48. Ausgabe • 43. Jahrgang Einzel-Nummer 20 Pf. Österreich 35 Groschen **Reichsausgabe** „Freiheit und Brot!" **Reichsausgabe** München, Donnerstag, 27. Februar 1930

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H., München 2, NO, Thierschstraße 11/15 / Fernr. 20647 20648 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto München 11346, Wien 79921, Prag 77808 / Bank: Münchener Industriebank, e. G. m. b. H. Schriftleitung: München Schellingstr. 39/I / Fernruf: 20801–20808 / Sprechstunden täglich von 10–11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint tägl. in 2 Ausgaben: Reichsausg., Bezugspr. monatl. M. 3.20; Bayernausg. monatl. M. 3.45 jeweils zuzügl. Postbestellgeld M. –.36 / Anzeigenpr.: Die 31,5 mm breite u. 1 mm hohe Zeile kostet 15 Pf. / Im Textteil die 65 mm breite u. 1 mm hohe Zeile 60 Pf. / Anzeigenschluß 12 Uhr vorm. am Tage vor Erscheinen / Anzeig.-Abteilg. Thierschstr. 11 / Fernr. 20647

Mobilmachung in Sowjetrußland

Vor dem Rücktritt der Reichsregierung — Sturz der französischen Regierung — Revolution auf Haiti Vormarsch des Nat.-soz. Studentenbundes

Die Young-Regierung droht mit dem Rücktritt

Erpressungsmanöver zur Annahme des Versklavungsplanes / Eine Gewerkschaftsregierung im Hintergrund

Berlin, 25. Februar. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" meldet, verlautet in parlamentarischen Kreisen, die Reichsregierung habe den Parteien des Reichstages nochmals mit aller Entschiedenheit und mit aller Klarheit eröffnet, daß die Ablehnung des Polenabkommens oder auch nur seine Abtrennung von den übrigen Haager Gesetzen unweigerlich nicht nur den Rücktritt des Reichsaußenministers, sondern des ganzen Kabinetts zur Folge haben müßte.

*

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. Februar.

Der „Berliner Lokalanzeiger" kennzeichnete die derzeitige Sachlage im Schoße der Reichsregierung in seiner heutigen Morgenausgabe mit der Überschrift: „Völlige Ratlosigkeit." Alle Versuche Dr. Moldenhauers, die Koalitionsparteien auf irgendwelche Vorschläge zusammenzubringen, scheinen tatsächlich gescheitert zu sein. Im Augenblick liegen die Dinge so, daß das Finanzministerium mit einer erhöhten Biersteuer, nochmals erhöhten Zöllen für Kaffee und Tee und den Gedanken einer Benzin- und Benzolsteuer umgeht, daß aber für alle diese Pläne eine Einmütigkeit nicht zu erzielen ist. Daneben schweben auch Erwägungen über eine Mineralwassersteuer. **Um die Situation zu kennzeichnen, genügt die Feststellung, daß man jetzt sogar schon im Regierungslager mit der Möglichkeit einer Kabinettskrise und dem Rücktritt der Müllerregierung noch vor der endgültigen Annahme des Tributplanes rechnet.**

Gewerkschaftsregierung?

Berlin, 25. Februar. Die „D. A. Z." meldet u. a.: Das Notopfer steht im Vordergrund der Besprechungen zwischen den Parteien. Es scheinen bestimmte Abreden zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie getroffen zu sein, die nur darauf hinauslaufen können, die Deutsche Volkspartei zum Verlassen der Koalition zu zwingen. Man spricht schon von einer bevorstehenden „Gewerkschaftsregierung", die sich auf folgenden Grundelementen aufbauen würde:

Sicherung der Arbeitslosenversicherung in ihrem heutigen Umfang ohne Beeinträchtigung ihrer Leistungen und ihrer bisherigen Praxis, Deckung ihres Defizits mit Reichshilfe, Sanierung der Reichskasse, aber Verzicht auf alle Steuersenkungspläne, Wiederherstellung der vom Kabinett gekürzten sozialen Positionen zu Lasten neuer Abstriche am Wehretat. (!).

Ausmarsch der Roten Armee gegen Rumänien und Polen

Bukarest, 26. Febr. Nachdem am Montag die Nachricht von der Ansammlung großer sowjetrussischer Truppenmassen an der rumänischen und polnischen Grenze halbamtlich dementiert worden ist, erschien am Dienstag eine offizielle Mitteilung, in der die Zusammenziehung russischer Truppen an der bessarabischen Grenze amtlich zugegeben wird. Es wird versichert, daß die rumänische Regierung bereits entsprechende Maßnahmen getroffen habe.

Die „Lupta" fordert, daß die Organisierung der Verteidigung des Landes dem General Plesa übergeben werde.

Helsingfors, 26. Februar. „Helsingin Sanomat" bringt ein aufsehenerregendes Telegramm aus Moskau, wonach überall in Rußland Aufrufe zur Kriegsbereitschaft veröffentlicht werden. Die Sowjetbehörden suchen dem Telegramm zufolge die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sich in Westeuropa eine feste Front gegen Sowjetrußland bilde und ein Krieg nahe bevorstehe.

Dr. Wirth kann das „Sanktionsrecht" Polens nicht widerlegen

Er kann nur schimpfen

Berlin, 25. Februar. „Der Deutsche", das Organ des Ministers **Stegerwald**, veröffentlichte am Montag von „durchaus sachkundiger Seite" ein juristisches Gutachten, das, wie das Blatt erklärte, geeignet sei, **die ganze Gefahr der Haager Sanktionsklausel zu beleuchten, um den regierungsoffiziösen Optimismus zu erschüttern. Das Gutachten kam zu dem Schluß, daß das Haager Sanktionsprotokoll Polen in den Bereich der Sanktionsberechtigten einbeziehe und daß die Sanktionsbefugnisse der einzelnen Staaten im Vergleich zum früheren Rechtszustand nicht eingeschränkt, sondern vielmehr willkürlich, sogar bis zur Unbegrenztheit erweitert worden seien.**

Dr. **Wirth** wendet sich in einer längeren, krampfhaften Erklärung gegen dieses Gutachten seines eigenen Parteiblattes. Die Ausführungen des Gutachtens über die Einstimmigkeit, mit der der Beschluß der Reparationskommission über die Feststellung einer Reparationsverfehlung gefaßt werden müsse, seien irrig. Die Änderungen, die die Londoner Konferenz in das Sanktionssystem des Versailler Vertrages gebracht habe, sei ebenfalls nicht berücksichtigt. Unrichtig sei, daß der Schiedskommission nur Staatsangehörige neutraler Staaten angehören dürfen. Der Vorsitzende der Schiedskommission müsse allerdings Amerikaner sein. Es sei dem Juristen des „Deutschen" entgangen, daß, **falls in der Reparationskommission (!) über eine angebliche Verfehlung Deutschlands eine Meinungsverschiedenheit herrsche**, die in der Minderheit verbliebenen Kommissionsmitglieder die Schiedskommission nicht nur anrufen dürfen, wenn sie gegen den Verfehlungsbeschluß seien, sondern wenn sie auch für den Beschluß seien.

In Berliner politischen Kreisen vermißt man bei der Entgegnung des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, die Widerlegung der vom „Deutschen" aufgestellten Behauptung, daß Polen auf Grund der im Haag getroffenen Abmachungen sanktionsberechtigt sei. Dr. Wirth ist auf die Polen betreffenden Ausführungen des „Deutschen" in seiner Erwiderung überhaupt nicht eingegangen.

Er bestätigt sie also!

*

Der „Deutsche" zu der Sanktionsveröffentlichung Dr. Wirths.

Berlin, 25. Februar. Der „Deutsche" schreibt zu der Entgegnung Dr. Wirths auf das von ihm veröffentlichte juristische Gutachten über die Sanktionsgefahr u. a.: Wir sind nicht rechthaberisch und würden uns freuen, wenn unser Jurist unrecht behielte. **Davon können uns aber die Darlegungen des Ministers leider nicht überzeugen.** Wir können sehr wohl Abgeordnete verstehen, die jetzt unter dem Druck der Verhältnisse (Drohung der Westmächte, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit) sagen: So **sehr uns das Haager Abkommen mißfällt, wir müssen es annehmen, wie man das geringere Übel einer tödlichen Gefahr vorzieht. Jene Politiker freilich, die achselzuckend und durch die optimistischen Argumente eingeschläfert dazu Ja sagen, diese Leute können wir nicht verstehen.** In beiden Fällen, ob wir das Haager Abkommen annehmen oder nicht, drohen uns Gefahren. Sie gegeneinander abzuwägen ist Sache der Abgeordneten.

335 Millionen Fehlbetrag der Reichsanstalt

Berlin, 25. Februar. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in diesen Tagen seine Vorarbeiten für den Haushaltsplan 1930/31 der Reichsversicherungsanstalt abgeschlossen. Der Entwurf des Vorstandes weist einen **Fehlbetrag von 335 Millionen** auf, für den nach den gesetzlichen Bestimmungen das Reich eintreten müßte. Die Höhe des Fehlbetrages **wird sich auf etwa 230 Millionen vermindern,** wenn die Befristung der im Vorjahre beschlossenen Beitragserhöhung aufgehoben und bis zum Ende des Haushaltsjahres verlängert wird.

Samstag Beerdigungsfeier für Horst Wessel

Berlin, 26. Februar.

Die Gauleitung Berlin hat gestern beim Polizeipräsidium den offiziellen Antrag gestellt, das Demonstrationsverbot dahingehend aufzuheben, daß es der Parteileitung ermöglicht werden kann, für den ermordeten Horst Wessel ein würdiges Leichenbegängnis durchzuführen. Die Entscheidung der Behörde muß abgewartet werden und dürfte im Laufe des morgigen Tages fallen. Die Beerdigung selbst ist vorläufig auf Samstag, 4 Uhr, vom Trauerhause, Jüdenstraße 51/52 aus, angesetzt.

Ein drakonisches Urteil gegen verzweifelte Bauern

Berlin, 26. Februar.

Vor dem Oldenburger Schöffengericht standen 31 Bauern der Umgebung wegen öffentlicher Zusammenrottung. Sie hatten, als einem der ihren ein Schwein zwangsversteigert worden war, das Tier dem neuen Besitzer aus dem Stall geholt und dem alten wieder zugestellt. Dafür erhielten die um ihre Scholle kämpfenden Landleute nunmehr geradezu drakonische Strafen. Der Landvolkführer Germann wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, zwei weitere Landwirte erhielten je 4 Monate, und 19 Angeklagte je 3 Monate Gefängnis. Strafaufschub wurde in allen Fällen ausdrücklich abgelehnt. Die verurteilten Bauern werden nunmehr sicherlich glühende Anhänger der Demokratie werden.

Absolute Mehrheit in Greifswald

Der neueste Sieg des nationalsozialistischen Studentenbundes

Die Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes teilt uns mit:

„Am 21. und 22. fanden hier die Wahlen zur Studentenkammer statt. Das Ergebnis ist ein glänzender Erfolg für uns Nationalsozialisten. Wir errangen als zweite Universität Deutschlands die

absolute Mehrheit!

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund hat seine Stimmenzahl verdreifacht:

früher 169 jetzt 489
früher 3 Sitze jetzt 8 (von 15!)

Der Hochschulring (Korporationsliste) hat die Hälfte seiner Stimmen und Sitze an uns verloren (früher 11 Sitze, jetzt 6). Die Finkenschaft hat ihren 1 Sitz gerade noch gerettet.

Die Führung der Hochschulgruppe liegt in den bewährten Händen des Kameraden Karl Königstein, der bereits in Erlangen vorbildliche Arbeit für den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund leistete".

Kabinett Chautemps schon wieder gestürzt

Die Regierung Chautemps in der Minderheit. 277 Stimmen für, 292 Stimmen gegen die Regierung.

Paris, 25. Februar. Die Kammer stimmte Dienstagabend zuerst über die Priorität der drei zur Tagesordnung eingebrachten Anträge, davon zwei Mißtrauensanträge und ein Vertrauensantrag, ab. Die Regierung knüpfte hieran die Vertrauensfrage. Die namentliche Abstimmung, die sich über dreiviertel Stunden unter ungeheurer Spannung hinzog, ergab die Niederlage der Regierung.

Paris, 25. Februar. Das endgültige Abstimmungsergebnis in der französischen Kammer weist 277 Stimmen für und 292 Stimmen gegen die Regierung bei 21 Stimmenthaltungen der Kommunisten auf. Die Regierung begab sich kurz nach 22 Uhr zum Elysee, um dem Präsidenten der Republik ihren Rücktritt zu überreichen. Vor der Kammer hat sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die in aufgeregtester Stimmung die Ereignisse in der Kammer verfolgt.

*

Revolution in Haiti

Neuyork, 25. Februar. Im Norden der dominikanischen Republik Haiti sind im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen ernste Unruhen ausgebrochen. Der Präsident der Republik, Vasquez, hat den Oberbefehl über die der Regierung treugebliebenen Truppen übernommen. Den Revolutionären soll es bereits gelungen sein, die Festung Santiago zu erobern, in der der Präsident Vasquez und der Vizepräsident Alfonseca Schutz gesucht hatten. Von da haben sich die Revolutionäre nach dem Innern gewandt und marschieren auf die Hauptstadt Santo Domingo zu.

Die Meldungen des amerikanischen Gesandten in Santo Domingo an das Washingtoner Staatsdepartement bestätigen den Ernst der Lage. Die Familien des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie mehrerer leitender Beamter der Republik haben in der amerikanischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht. Es verlautet, die amerikanische Regierung werde, falls die Unruhen zunehmen sollten, Kriegsschiffe entsenden.

*

Amerikanischer Schritt im Dominikanischen Freistaat.

Neuyork, 26. Februar. Die amerikanische Regierung hat nunmehr zur Beilegung des Streites zwischen der Regierung des Dominikanischen Freistaates und den Aufständischen einen Schritt unternommen. Der Gesandte Curtis hat den Legationssekretär Kabot nach Santiago geschickt, um Verhandlungen mit den Aufständischen zu führen, da ein blutiger Zusammenstoß mit den Regierungstruppen befürchtet wird.

Vor dem Flottenkompromiß auf dem Rücken Deutschlands

Berlin, 25. Febr. Nach Berichten aus London will der Mitarbeiter des „Daily Chronicle" von zuverlässiger Seite erfahren haben, England werde bei der Wiedereröffnung der Flottenkonferenz einen Kompromißvorschlag machen, der als Gegenleistung für die französische Unterstützung des englischen Standpunktes die Unterstützung des französischen Standpunktes durch England in der Frage der ausgebildeten Reserven vorsehe.

Diese Meldung wird in Berliner politischen Kreisen als ein Versuch bezeichnet, auf dem Rücken Deutschlands die Abrüstungsfrage zu einer Lösung zu bringen. Im übrigen hat der diplomatische Berichterstatter des halbamtlichen „Daily Herald" erklärt, daß an der Meldung kein wahres Wort sei. Nichtsdestoweniger wird es wahrscheinlich doch so kommen!

Die Sozialdemokraten fordern das „Notopfer"

Berlin, 26. Februar. Zu den Berichten über den Inhalt des Deckungsprogramms des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer stellt der „Vorwärts" fest, daß die Sozialdemokratie eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien ohne das „Notopfer" nicht für möglich halte.

Doch ein Franzose Präsident der Tributbank

Berlin, 25. Februar. **In Berliner politischen Kreisen erhält sich das Gerücht, der Verwaltungsrat für die B.I.Z. werde in seiner am Mittwoch in Rom beginnenden Konferenz den Franzosen Quesnay zum Generaldirektor der neuen Reparationsbank ernennen. Sollte sich dieses Gerücht bestätigen, dann würden in der Tat alle Bemühungen der deutschen Regierung, einen neutralen, und nicht einen Staatsangehörigen der Schuldnermacht für den Posten durchzubringen, als fehlgeschlagen zu betrachten sein.**

Kammerwahlen der Studentenschaft Bonn

Die Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes teilt uns mit:

In Bonn stellte der N.S.D.St.B. zum ersten Male eine eigene Liste auf und konnte sich sogleich als drittstärkste Fraktion durchsetzen.

Es erhielten:

		Stimmen	Mandate
1. Liste:	Ring kath. Korporationen	1089	18
2. Liste:	Bonner Waffenring	898	15
3. Liste:	**Nationalsoz. Deutsch. Studentenbund**	**312**	**5**
4. Liste:	Nationalchristliche Studenten	266	4
5. Liste:	Kath. Freistudenten	263	4
6. Liste:	Kathol. Theologen	246	4
7. Liste:	Nation. Freistudent.	220	4
8. Liste:	Einheitsliste der philosoph. Fakultät	215	3
9. Liste:	Liste vereinigter Fachschaften	156	2
10. Liste:	Freie Hochschulgruppe (Marxisten u. Juden)	118	2

Neue Sowjetmorde in Rußland

Kowno, 26. Februar. Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte das Gericht in Odessa den ehemaligen Offizier Haupt und zwei andere Offiziere wegen angeblicher sowjetfeindlicher Machenschaften im Gebiet von Odessa zum Tode.

Nationalsozialistische Kundgebung in Magdeburg

Berlin, 26. Februar.

Wie aus Magdeburg fernmündlich berichtet wird, hat dort gestern abend die größte nationalsozialistische Kundgebung stattgefunden, die die Stadt jemals sah. Die Stadthalle war überfüllt und über 4000 Personen jubelten dem Redner des Abends, Pg. Goebbels, immer wieder zu.

Am Lebensabend der Deutschen Volkspartei

NSPK. Die Bassermänner, die „Fortschritts"-Männer, die Freisinnigen, und wie die komischen Leutchen sonst noch firmierten, die das „Banner des Liberalismus" hochhielten, als bereits eine Welt in Flammen stand und das Ende des liberalen Zeitalters sich ankündigte, wurden nach dem Kriege, der **nur ein Kapitel der Revolution** und nicht die Revolution selbst beendete, von gerissenen Geschäftemachern noch einmal zu politischen Faktoren zusammengerafft. Es lag in der Natur der Dinge, daß dabei die **Demokraten** zunächst den Vogel abschossen. In der sogenannten verfassungsgebenden Nationalversammlung waren sie in sehr stattlicher Zahl vertreten, und ein wichtiger Bestandteil in der Regierung „ihrer" Republik, während **Stresemann**, dem Monsieur **Theodore Wolff** die Türe vor der Nase zugeworfen hatte, mit seiner damals wesentlich kleineren **Deutschen Volkspartei** noch Rechtsopposition mimte und für die schwarz-weiß-roten Farben und die Monarchie schwärmte. Heute sind die Demokraten tot, wenn es auch einige harmlose Exemplare unter ihnen noch nicht wissen sollten. Wir halten es jedenfalls für mehr als fraglich, ob sie nach den nächsten Wahlen zum Reichstag noch einmal in Fraktionsstärke in das sogenannte Hohe Haus zurückkehren werden. Daher sind ihre klügsten Vertreter im Begriff, das sinkende Schiff zu verlassen und anderswo Anlehnung bzw. Unterschlupf zu suchen. Ob ihnen der Wigwam des „Ordens"-Hochmeisters Mahraun wirklich eine gesicherte Heimstätte bieten kann, oder ob es für sie am Ende vorteilhafter wäre, erst noch den nicht sehr weiten Umweg über die Partei des verstorbenen Stresemann einzuschlagen, die vielleicht „markige" und „große" Persönlichkeiten braucht und mit offenen Armen empfängt — das ist das Dilemma, in dem die demokratischen Sturmgesellen sich winden. Unseres aufrichtigen Mitgefühls dürfen sie versichert sein. Sie werden uns allerdings einer solchen Gemütsverfassung nicht für fähig halten, und deshalb wollen wir auch darauf verzichten, ihnen einen Rat zu geben, weil wir fürchten, daß sie dann in der irrigen Annahme, wir wollten sie ins Verderben locken, genau das Gegenteil von dem tun könnten, was wir ihnen zu tun empfehlen.

Aber auf die Gefahr hin, daß sie uns mißverstehen, müssen wir hier aussprechen, daß die Zeichen für die Deutsche Volkspartei überaus ungünstig stehen. Ihre politischen Lebenstage dürften ebenfalls schon gezählt sein. Jedenfalls hat sie den Höhepunkt ihrer Entwicklung längst überschritten. Auch wenn Stresemann sein glorreiches Wirken hätte fortsetzen können, würde die Partei bei den kommenden Reichstags-Neuwahlen eine Niederlage erlitten haben. Jetzt, wo die **Curtius** und **Moldenhauer**, als **Exponenten sozialdemokratischer Politik**, nicht die S. P. D., sondern **ihre eigene Partei**, die Deutsche Volkspartei, mit der Verantwortung für die wahrhaft erstaunlichen Ergebnisse ihrer ministeriellen Tätigkeit belasten, weil sich eben nicht länger verheimlichen läßt, daß der verewigte große Zauberer Stresemann den Bewunderern seiner schwarzen Künste **Disteln als Feigenbäume** vorgeführt hat, sind die Wahlaussichten der Deutschen Volkspartei schon fast trostlos zu nennen. Die Partei würde sich aber gewaltig täuschen, wenn sie annehmen sollte, ihre Chancen würden steigen, falls der Termin der Neuwahlen sich recht lange hinausschieben ließe. Genau das Gegenteil würde der Fall sein. Dieser Reichstag kann nur weiterleben, wenn die Koalitionsgenossen der Sozialdemokratie sich ihren sozial-, finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen unterwerfen. Selbst der Deutschen Volkspartei wird nicht entgangen sein, daß das Zentrum dazu wenig Neigung zeigt. Hingegen pfeifen es alle Spatzen von den Dächern, daß mindestens **Curtius**, den der „**Jungnationale Ring**" übrigens als **waschechten Marxisten** bezeichnet, nicht übel

Lust hat, den letzten Rest volksparteilicher Tradition über Bord zu werfen und der SPD. in allen Stücken zu Willen zu sein. Geschähe das, würde die Deutsche Volkspartei (mit oder ohne Zentrum) bis zum bitteren Ende an der Seite der SPD. verbleiben — dann bräuchten die volksparteilichen Manager sich kaum noch der Mühe unterziehen, den Aufmarschplan für die kommende Wahlschlacht zu entwerfen. Sie wäre von vorneherein verloren. Die Partei könnte den Laden ruhig zusperren, während ihr, ginge die ganze Herrlichkeit nächstens schon und gar durch ihr „Verschulden" in die Brüche, freilich auch keine rosige Zukunft, wohl aber ein mehr oder weniger heiterer Lebensabend immerhin noch blühen könnte.

Die Fortsetzung der Politik mit strafrechtlichen Mitteln

Der verfassungsändernde Charakter des neuen Nationalsozialistengesetzes

Von Dr. jur. Frhr. v. Reck.

Die Tragödie des deutschen Volkes nähert sich ihrem Höhepunkt. Als beschleunigendes Element erscheint die Dringlichkeitserklärung der Youngversklavung durch Reichstag und Reichsrat. Aufhaltend kann nur mehr der Reichspräsident wirken. Die Katastrophe steht bevor. Noch hofft das gequälte Volk auf eine glückliche Lösung. Aber der Reichsregierung scheint eine befreiende Tat des Reichsoberhauptes als das Auftreten eines Deus ex machina, als sinnlosen Zufall anzusehen, der ausgeschlossen bleiben muß, weil er die Einheit der dramatischen Handlung stört. Nicht anders kann das neue Ausnahmegesetz verstanden werden, das im unmittelbaren Anschluß an die außenpolitische Katastrophe durchgepeitscht werden, und die Sozialdemokraten, die Verräter des Vaterlandes, mit diktatorischen Vollmachten zur „Verewigung" ihrer Büttelherrschaft versehen soll.

Die Reichsregierung hat den verfassungändernden Charakter des Gesetzes verneint. Das paßt recht schlecht zu der Eilfertigkeit, mit der sie dem „Freiheitsgesetz" diesen Charakter beigelegt hat! Es unterliegt indes keinem Zweifel, daß der Gesetzentwurf, der 14 Paragraphen umfaßt, an zahlreichen Stellen gegen Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung verstößt. Mit kühnem Tritte wird das „Palladium der deutschen Freiheit" in die Ecke gestoßen, werden die „Menschen"-, „Grund"- und „Freiheitsrechte", wie sie im 2. Hauptteil proklamiert sind, vergewaltigt.

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich."

In erster Linie verletzt das Gesetz den Art. 109, Abs. I RV., der bestimmt, daß alle Deutschen vor dem Gesetze gleich sind. Freilich besteht keine Klarheit über die Bedeutung dieses Ausspruches. Aber einerlei, ob er lediglich eine Richtschnur für die Rechtsprechung oder auch eine Bindung der gesetzgebenden Gewalt darstellt, soviel ist sicher: Dieses Gesetz spricht mit keinem Buchstaben von der Befriedigung des öffentlichen Lebens, der es angeblich dienen soll (der diesbezügliche § 3 wurde im Ausschuß gestrichen), dieses Gesetz bezweckt einzig den Schutz der Mißwirtschaft der Parlamentsmehrheit. Die nationale Opposition soll getroffen, ihre Presse verboten, ihre Führer sollen „nicht unter drei Monaten" in die Gefängnisse geworfen werden, wenn sie sich eine Kritik am heutigen korrupten System erlauben. Dieses Ziel soll außerhalb der bereits bestehenden Strafgesetze erreicht werden, indem man für die betroffenen Volksteile die Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzt. Die praktische Durchführung dieses Ausnahmegesetzes durch die Gerichte wird bestätigen, daß nicht staatliche Strafansprüche verwirklicht, sondern andersdenkende Volksgenossen politisch entrechtet und wirtschaftlich vernichtet werden.

Tod der freien Meinungsäußerung. Tod der Pressefreiheit.

Das Gesetz verstößt insbesondere auch gegen Art. 118 RV. Dieser Artikel gewährt jedem Deutschen das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern; kein Deutscher darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Die Bestimmungen des § 6 des Gesetzentwurfs, des sog. „Schikane-§", desgleichen die folgenden Bestimmungen über die Presse greifen tief ein in das verfassungsmäßig garantierte Grundrecht der freien Meinungsäußerung und in die Freiheit der Presse. Diese Paragraphen bedeuten den Schutz der „Revolutionäre im ministeriellen Ruhestande" (Dr. Müller-Meiningen) gegen jede Kritik und die „politische Heiligsprechung" (Dr. Everling) sozialdemokratischer Parteibonzen. Sie verbieten eine Gesinnung, die von der maßgebenden linksparteipolitischen Auffassung abweicht, mit schwersten Zuchthaus-, Gefängnis- und Geldstrafen und mit Verlust der Ehrenrechte sowie der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter und öffnen damit der „gemeinsten Denunziationssucht Tür und Tor" (Dr. Müller-Meiningen). Das Gesetz ist überdies kein „allgemeines Gesetz" im Sinne des Art. 118 RV. Die Verfassung spricht ausdrücklich „innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze", nicht „innerhalb der Schranken der Gesetze". Das Wort „allgemein" ist, nachdem es bereits vom Verfassungsausschuß gestrichen war, wieder eingesetzt worden (vgl. Prot. S. 377, 503). Das neue Gesetz, das ein Spezialgesetz ist, bedarf also in Anschung der Außerkraftsetzung der Grundrechte des Art. 118 RV. der in Art. 76, Abs. I RV. für Verfassungsänderungen im Gesetzgebungswege vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheit.

Beseitigung der Versammlungsfreiheit!

Verletzt wird weiterhin der Art. 123 RV. Hiernach haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln; Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Nach der Reichsverfassung können demnach nur Versammlungen „unter freiem Himmel" durch einfaches Reichsgesetz beschränkt werden. Alle übrigen Eingriffe dagegen sind verfassungsändernder Natur (vgl. hierzu auch Anschütz, Reichsverfassung, Anmerk. 3 zu Art. 123 RV.). Das neue Ausnahmegesetz jedoch gestattet jedem nachgeordneten Polizeiorgan, Versammlungen in geschlossenen Räumen zu verbieten.

Aufhebung der Vereinsfreiheit!

Gemäß Art. 124 RV. haben alle Deutschen das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden; dieses Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßregeln beschränkt werden. Das neue Zuchthausgesetz dient der Schaffung von Verbotsgründen für unbequeme nationale Verbände; es verstößt somit auch gegen Art. 124 RV. Das Zuchthausgesetz ist in Wahrheit kein Strafgesetz, sondern „Fortsetzung der Politik mit strafrechtlichen Mitteln"! Der Vereins-Paragraph bedeutet außerdem einen Vorstoß gegen die bundesstaatlichen Rechte. Die Rechte der Länder werden in einer Weise beschnitten, die eine Durchbrechung des föderativen Grundsatzes der Reichsverfassung darstellt und damit verfassungsändernd ist.

Mißachtung des Eigentums!

Art. 153 RV. spricht aus, daß das Eigentum von der Verfassung gewährleistet wird; sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Gewiß bildet das Eigentum keine Schranke der gesetzgebenden Gewalt, vielmehr findet es seine Schranke an den Vorschriften der gesetzgebenden Gewalt. Doch ist die Gewalt des Gesetzgebers über das Eigentum keine unbeschränkte. Die Eigentumsgarantie des Art. 153 RV. gilt nicht nur der Verwaltung, sondern auch der Gesetzgebung, einschließlich der einfachen, nicht verfassungsändernden Reichsgesetzgebung gegenüber. Das Privateigentum hat in Art. 153 RV. seine verfassungsmäßige Sicherung erfahren. Hierin liegt eine grundsätzlich bedeutsame Schranke des Gesetzgebers. Eine andere ergibt sich daraus, daß solche Eingriffe der gesetzgebenden Gewalt, die den Charakter von Enteignungsakten haben, nur nach Maßgabe des Art. 153, Abs. II RV., also „nur zum Wohle der Allgemeinheit", gegen „angemessene Entschädigung" und unter Offenhaltung des Rechtsweges über die Höhe der Entschädigung statthaft sind. (So Anschütz, S. 397/8; vgl. auch Wolff, S. 6, Triepel, S. 15.) Was tut hier unser Zuchthausgesetz? Es trifft Bestimmungen, daß das Eigentum verbotener Vereine der Beschlagnahme unterliegt, es überläßt aber die Eigentümer und ganz besonders dritte Personen, die für Ansprüche schuldrechtlicher oder dinglicher Art Befriedigung wünschen, völlig der Willkür. Das Zuchthausgesetz steht demnach auch in Widerspruch mit Art. 153 RV.

Wir kommen zum Schluß und fassen zusammen:

Das „Gesetz zur Befriedung des öffentlichen Lebens" räumt restlos auf mit dem Spuk der Weimarer Verfassung. Was das Versailler Schanddiktat, dessen Bestimmungen gemäß Art. 178 RV. bekanntlich der Reichsverfassung vorgehen, dem deutschen Volke an Freiheitsrechten noch gelassen, wird von der eigenen Regierung jetzt genommen. Die „Menschenrechte" werden zu Pseudo-Privilegien sozialdemokratischer Massen. Deren Erwachen wird fürchterlich sein. Uns aber wird kein Terror schrecken. Die Märtyrer, die uns erstehen, werden neue Millionen um unser Banner scharen. Just heute ist der rechte Tag, um rote Bonzen an die vierzigste Wiederkehr des Wahltages vom 20. Februar 1890 zu erinnern: die roten Leitartikler triefen heute vor Jubel über diesen „großen Siegestag", der die „völlige Bankerotterklärung der Gewaltpolitik des Bismarckschen Obrigkeitsstaates", die „Ohnmacht auch der stärksten polizeilichen Machtmittel" und das „Fiasko des Sozialistengesetzes" für sie bedeutet. Wohlan, schafft ein „National-Sozialistengesetz", um so näher wird der Tag des großen Volksgerichtes sein!

Kündigung der Arbeiterlöhne im Deutschen Baugewerbe. Essen, 25. Februar. Vom Rheinisch-Westfälischen Baugewerbe-Verband wird mitgeteilt: Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise und der katastrophalen Lage des Baumarktes haben sich die Arbeitgeber-Verbände des gesamten deutschen Baugewerbes gezwungen gesehen, von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen und die zur Zeit gültigen Bauarbeiterlöhne zum 31. März dieses Jahres zu kündigen.

Das angebliche Landesverrats-Verfahren gegen Krupp und Thyssen

Ein pazifistisches Ablenkungsmanöver der Firma Keller – Foerster – Bernhard

Zu den Vorwürfen gegen Krupp und Thyssen.

Eine Erklärung des Thyssenkonzerns.

Wilhelmsruhe, 25. Febr. Direktor Dr. Härle vom Thyssenkonzern übergibt dem Deutschen Handelsdienst folgende Erklärung:

„Namens sämtlicher Herren, welche im Thyssenwerk als Direktoren während des Krieges tätig waren, habe ich in meiner Eigenschaft als geschäftsführender Direktor zu den Mitteilungen über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens zu erklären, daß weder einer der Herren Thyssen, noch einer der Direktoren des Thyssenkonzerns bisher von einer Strafanzeige oder der Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens Kenntnis erhalten hat.

Zur Sache selbst haben wir zunächst ganz allgemein zu erklären, daß sämtliche Lieferungen unserer Werke während des Krieges in vollem Einverständnis mit den zuständigen deutschen Behörden erfolgt sind. Darunter befindet sich selbstverständlich keine Lieferung an das feindliche Ausland.

Stacheldraht haben wir während des ganzen Krieges überhaupt nur an die deutsche und österreichische Heeresverwaltung geliefert.

Die Lieferung von Infanterieschutzschilden an die holländische Regierung erfolgte in vollem Einvernehmen mit dem Kriegsministerium in Berlin. Alle Einzelheiten der Lieferungen und der Preisberechnung wurden vorher mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbart, welche an holländischen Guldenlieferungen Interesse hatten."

*

Auch die Firma Krupp weiß nichts von einem Ermittlungsverfahren.

Berlin, 25. Februar. Ähnlich wie die Thyssenwerke teilt auch die Firma Krupp dem „Deutschen Handelsdienst" mit, daß ihr von einer angeblichen Anklage bezw. einem bereits eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen der Kriegslieferungen nicht das Geringste bekannt sei. Es erübrige sich daher, auf die in der Zeitungsmeldung angeführten Vorwürfe näher einzugehen.

*

Die Meldung von dem angeblichen Landesverratsverfahren gegen Krupp und Thyssen wurde zuerst von dem jüdischen Berliner „Tempo" aus dem Hause Ullstein verbreitet. Das „Tempo" hat seine Informationen aus dem pazifistischen Lager und von der berüchtigten Liga für Menschenrechte, in deren „politischen Beirat" neuerdings auch Georg Bernhard von der „Gazette de Voß" eingetreten ist. Der Mann, der die Beschuldigungen gegen Krupp und Thyssen zum ersten Male — u. W. in der Schweiz — erhoben hat, ist der katholische Friedensbündler Prof. Keller aus Freiburg, ein Freund des Landesverräters Foerster, der neuerdings zusammen mit dem Dr. Mönius die infame Greuelhetze gegen die deutsche Armee wieder aufgenommen hat.

Man sieht, was für eine übelberüchtigte und verdächtige Gesellschaft hinter der ganzen Aktion steht. Wenn ausgerechnet Leute, die den fortgesetzten Landesverrat selbst berufsmäßig betreiben, zum Staatsanwalt laufen und moralische Entrüstung heucheln, dann wissen wir, was davon zu halten ist. Und wenn ausgerechnet Ullstein heute über „Landesverrat" Lärm schlägt, dann ist das bei einer Firma doppelt pikant, deren Generaldirektoren sich soeben gegenseitig selbst vor aller Öffentlichkeit gemeiner landesverräterischer Handlungen während und nach dem Krieg bezichtigen.

Sabotage der parteikatholischen Gruppe gegen die deutsche Studentenschaft

Jeder dritte Student in Würzburg Nationalsozialist

ssk. Erste Asta-Sitzung des neugewählten Würzburger Studentenausschusses. Wahl des Vorsitzers der Studentenschaft. 15. Stimmen der parteikatholischen Gruppen und des ihnen verbündeten Republikanischen Studentenbundes fallen auf einen Zentrümler; Gegner der „Deutschen Studentenschaft", der Schöpfung studentischer Frontsoldaten. 15 Stimmen stehen dagegen für einen Nationalsozialisten, den Exponenten des Kampfes um die Wiedergewinnung und Erhaltung der Gestalt, in die sich das Kriegserlebnis deutscher Jugend gebunden hat. **15 Stimmen für einen Nationalsozialisten, der allein als Vertreter einer Gefolgschaft steht, in der sich Freistudent und Studentin, katholischer Verbindungsstudent und Burschenschafter, Jugendbewegter und Korpsstudent in wahrhaft überparteilicher Gemeinschaft des Blutes gefunden.**

Die Gruppe, die sich „katholisch" nennt, **die in Wahrheit das Zentrums-Volkspartei-Gemansche an der Hochschule darstellt,** weigert sich bei Stimmengleichheit des Losentscheids. Des Losentscheids, den man ihr voriges Jahr bei gleichen Verhältnissen zugestanden hatte, obwohl damals die Vertreter des „Waffenringes" die stärkste Fraktion im Asta darstellten. Die Heuchlerlarve muß ihr vom Gesicht: Nationalsozialisten und Waffenring erklären sich bereit, einem Vertreter dieser sogen. katholischen Arbeitsgemeinschaft ihre Stimmen zu geben, wenn man auf den vorgeschlagenen Herrn, das Linksextrem der Gruppe, verzichte. Die katholische Liste hält an der Person des von ihr vorgeschlagenen Herrn fest, weigert sich, einen anderen Kandidaten — einen C.V.er fordern die Nationalsozialisten — zu nominieren. Zeigt damit, daß es ihr nicht um die Sache, um die Geschlossenheit der Studentenschaft, zu tun ist, daß sie vielmehr bewußt einen für die Nationalsozialisten untragbaren Herrn nominierte, um einen Scheingrund zu bekommen für die Versuche auf Zerschlagung der Studentenschaft nach beckerpreußischem Muster, die daraufhin seitens dieser Zentrums-Jugendabteilung prompt einsetzte. **Die „Katholische Liste" erklärte ihren Austritt aus dem allgemeinen Studentenausschuß und steckte sich hinter die örtliche Zentrumspresse, um gegen den Teil der Studentenschaft, der willens ist, für das gemeinsame Ganze Arbeit zu leisten, Sabotage zu treiben.**

K.V. und R.K.D.B., die linken Flügel der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft", haben gesiegt, und der C.V. ließ sich — entgegen seiner Tradition — von diesen Saboteuren studentischer Selbstverwaltung, den Nichts-als-Anwärtern auf die Futterkrippe dieses Systems, willenlos ins Schlepptau nehmen. Daß dabei der Republikanische Studentenbund der Marxisten und anderen Juden treu assistierte, ist selbstverständlich. **Heuchler und Pharisäer, die da unter Absingen von Sprüchen über die „Einheit und Einheitlichkeit der Studentenschaft" den Dolchstoß gegen diese führten.** Den Dolchstoß, der dank der Kraft nationalsozialistischen Wollens in Leere ging. Oder doch zum Erfolg führte. Zum Erfolg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, zu dem gerade auf diese Zerschlagungsversuche hin der katholische Verbindungsstudent, den die Parlamentsmethoden seiner „Vertreter" anekeln, sich drängt. **Schon standen drei C.Ver auf unserem letzten Wahlvorschlag, schon bekennt sich ein hoher Prozentsatz gerade aus diesen Verbänden zu uns. Der Parteikatholik sabotiert. Der religiöse Katholik steht bei uns.**

Gefestigter denn je steht die Würzburger Studentenschaft. Der 2. Vorsitzer ist Nationalsozialist. Soziales Amt, Presseamt, Mensaamt sind in nationalsozialistischen Händen. Jeder dritte Würzburger Student ist Nationalsozialist. Im Hörsaal der Universität sprach vor wenigen Tagen der Nationalsozialist Dr. Ziegler, Weimar, über den Nationalsozialistischen Staat.

Das Hakenkreuz-Banner steht in der Würzburger Universität. Von uns gehalten!

Stimmen aus dem Volke

Spitzelwirtschaft bei den Finanzämtern.

Man schreibt uns:

Die Finanzämter unterhalten einen organisierten dauernden Spitzeldienst, ohne daß die Öffentlichkeit jemals etwas davon merkt. Diese Dunkelmänner wissen sich an Personen heranzupirschen und deren private Lebensverhältnisse zu überwachen.

Eines der übelsten Mittel dieser Steuerspione ist es, sich durch Bestechung und auf andere Art hinter entlassene Angestellte zu stecken und so Geschäftsgeheimnisse auszukundschaften. Als Äquivalent für solche unsaubere Dienste gewähren die Finanzämter den Steuerspionen nicht unbeträchtliche Provisionen. **Unlängst ist durch einen Prozeß bekannt geworden, daß dem gegen das Finanzamt klagenden Steuerspion eine Provision von 20 Prozent seitens des Finanzamtes zugesichert worden war. Der Streitwert belief sich auf 10 000 Mark. 88 000 Mark hatte er bereits erhalten. Während in den beiden ersten Instanzen der Klageanspruch verneint worden war, mußte ihn das Reichsgericht bejahen.**

Ein solches Spionagesystem ist verwerflich, aber kennzeichnend für diese bemerkenswerte Republik.

*

Vorsicht geboten!

Einem Münchener Geschäftsmann passierte folgende Sache, die zur allgemeinen Warnung weiteren Kreisen, besonders Geschäftskreisen, dienen mag:

Im Juli v. J. erschien ein Amerikaner aus Seattle und kaufte Tonwaren im Betrage von zirka 7 Mark. Der Preis wurde bezahlt, die Ware durch Vermittlung der Allgemeinen Transportgesellschaft nach Amerika geschickt.

Im August erschien die Vertreterin eines „Museum of Art" aus Cleveland (Ohio) und kaufte Tonwaren im Betrage von ebenfalls 7 Mark. Der Preis wurde bezahlt, die Ware wieder durch Vermittlung der Allgemeinen Transportgesellschaft abgeschickt.

Die Waren kamen ordnungsgemäß an ihrem Bestimmungsort an, wurden jedoch von den Empfängern nicht angenommen. Auf wiederholtes Verlangen des Verkäufers wurde der Empfang erneut verweigert. Die Folge war, daß die verhältnismäßig außerordentlich hohen Transportkosten auf Rechnung des Münchener Geschäftsmannes gingen. Die Allgem. Transportgesellschaft berechnet den Transport in beiden Fällen mit der Gesamtsumme von 43 Mark die nunmehr infolge des eigenartigen Verhaltens der amerikanischen Käufer auf Kosten des Münchener Verkäufers gingen. Im Verhältnis zu dem Preis der Ware bedeuten diese Transportkosten eine außerordentlich hohe Schädigung des einheimischen Geschäftsmannes.

Bei solchen und ähnlichen Überseeaufträgen ist also Vorsicht geboten.

Moldenhauers Finanzprogramm

Berlin, 26. Februar. Wie die Morgenblätter melden, besteht im Reichsfinanzministerium der Plan, eine Benzinsteuer einzuführen. Der Gedanke an eine Steuer auf Mineralwasser soll fallen gelassen worden sein.

Der „Börsen-Kurier" berichtet, daß die Posten der Einnahmenseite des Haushaltsplanes noch einmal genau durchgeprüft werden. Bei den jetzigen Steueransätzen liege das Risiko bei der Vermögensteuer, bei der Umsatzsteuer und beim Spiritusmonopol. Dieses Risiko wird auf 110 Millionen Mark geschätzt, wovon auf das Reich 95 Millionen entfallen. Es soll daher eine Reserve von etwa 45 Millionen Mark in den Haushaltsplan eingestellt werden. Gewisse Möglichkeiten liegen weiter in der Verkürzung der Fälligkeitstermine. Hier könnten als einmalige Steuererhöhung bei der Tabaksteuer 30 Millionen, bei der Biersteuer 30 Millionen, bei der Zuckersteuer 14 Millionen, bei den Tabaksteuerlagern 5 Millionen und bei den Zuckersteuerlagern 3 Millionen hereingeholt werden. Das würde eine einmalige Einnahme von 82 Millionen Mark betragen.

Die Rückkehr Aman Ullahs nach Afghanistan

Konstantinopel, 25. Februar. Wie aus Angora aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, soll Aman Ullah in den nächsten Tagen wichtige Besprechungen mit dem hiesigen persischen und sowjetrussischen Botschafter haben. In der bevorstehenden Begegnung Aman Ullahs mit Duritzsch soll die Rückkehr Aman Ullahs nach Kabul über die Sowjetunion erörtert werden. Die russische Regierung wird die Durchreise im Einverständnis mit Nadir Khan gestatten. Ferner wird Aman Ullah ein Militärflugzeug für den Flug von Taschkent nach Kabul zur Verfügung gestellt. Russische amtliche Kreise erklären, daß Nadir Khan gewisse Vorbedingungen stelle.

Ein demokratischer Bürgermeister. In Neustadt a. d. Dosse ist der demokratische Bürgermeister Reinecke wegen Abgabe einer gefälschten Bürgschaftserklärung vom Amte suspendiert worden. Ob der Stadt durch die Angelegenheit Schaden erwachsen wird, muß die schwebende Untersuchung ergeben. Wie es heißt, lautet die gefälschte Bürgschaftserklärung für 10 000 Mark, die der Bürgermeister für persönliche Zwecke verwendet haben will.

*

Allgemeine Fürbitte für die russischen Christen. Berlin, 25. Febr. Der evangelische Oberste Kirchenrat hat angeordnet, daß am ersten Passionssonntag (9. März) in sämtlichen Kirchen der Not der bedrängten Christen in Rußland im Gottesdienst in besonderer Fürbitte gedacht werden soll.

Kleine Nachrichten

Deutsch-russischer Flüchtlingstransport in Hamburg. Hamburg, 25. Febr. Aus dem Flüchtlingslager Mölln ist vor einigen Tagen ein weiterer Transport deutsch-russischer Auswanderer in Stärke von 250 Personen in Hamburg eingetroffen. Von ihnen haben am Sonntagabend 129 Mennoniten an Bord des Hapagdampfers „Baden" die Ausreise nach Brasilien angetreten, wo sie sich in der Siedlung Hammonia niederlassen werden. Der Rest des Transportes, 110 Personen, hat sich nach England eingeschifft, von wo aus die Bauern nach Kanada reisen werden.

*

Der Kirchenbericht des englischen Botschafters. Kowno, 25. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Botschaftsrat der englischen Botschaft in Moskau, Gwadkin, nach London mit dem Bericht des Botschafters Ovey über die Lage der Kirchen in der Sowjetunion abgereist, um ihn der britischen Regierung zu unterbreiten. Diese Berichterstattung dürfte für die Weiterentwicklung der russisch-englischen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der Stellungnahme Englands zum Schutze der Kirche in Sowjetrußland von großer Bedeutung sein.

*

Ein Großherzog als Zeitungsverleger. Schwerin, 25. Febr. Vor dem Amtsgericht Schwerin erfolgte heute vormittags die Zwangsversteigerung der Verlagsgesellschaft Dietsch u. Co. (Kommanditgesellschaft Mecklenburger Nachrichten). Das Meistangebot wurde von dem früheren mecklenburg-schwerinischen Großherzog Friedrich Franz IV. mit 60 000 Mark abgegeben. Der Zuschlagstermin ist auf den 4. März, mittags 12 Uhr, festgesetzt.

*

Schober wieder in Wien. Wien, 25. Febr. Am Dienstag, um 10 Uhr vormittags, traf Bundeskanzler Schober in Begleitung des deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld wieder in Wien ein. Er wurde von einer großen Menschenmenge herzlich begrüßt. Der Bundeskanzler äußerte bei dieser Gelegenheit seine Befriedigung über den Verlauf seiner Verhandlungen in Berlin und sprach mit besonderer Zufriedenheit über den Erfolg seiner wirtschaftlichen Besprechungen. Er ergriff dann noch einmal die Gelegenheit, seinen Dank an die deutsche Öffentlichkeit, die deutsche Regierung und die deutsche Presse auszudrücken.

*

Das Eintreten des Papstes für die russische Christenheit. Rom, 25. Febr. Trotz aller Ableugnungen der sowjetrussischen Öffentlichkeit befassen sich alle Volksschichten in Italien nach wie vor mit den Christenverfolgungen in der Sowjetunion. Es ist anzunehmen, daß die Sühnemesse, die der Papst am 19. März in der Peterskirche zelebrieren wird, einen großen Widerhall hervorrufen wird. Es sind jetzt schon mehrere Pilgerzüge für diesen Tag angekündigt. Zahlreiche italienische Bischöfe haben verfügt, daß zur Stunde, da der Papst die Messe zelebrieren wird, sämtliche Kirchenglocken ihrer Diözesen läuten.

*

Die B.I.Z.-Vorlage im Schweizerischen Ständerat genehmigt. Bern, 25. Febr. Der Schweizerische Ständerat hat in seiner Dienstagvormittag-Sitzung ebenso wie der Nationalrat den beiden Regierungsvorlagen über die Staatsverträge wegen Niederlassung der Internationalen Reparationsbank in der Schweiz einstimmig mit einer Stimmenthaltung zugestimmt. Dem unbefristeten Staatsvertrag, der dem Volksbefragen untersteht, wurde im Nationalrat mit 110 gegen zwei kommunistische Stimmen zugestimmt. Die Zahl der Enthaltungen ist also nicht unbedeutend.

*

Die Entlobung des Grafen Hochberg. Bukarest, 25. Febr. Die „Neue Freie Presse" hatte eine Meldung aus Cannes veröffentlicht, derzufolge Graf Hochberg einem Vertreter des Blattes erklärt haben soll, daß seine Verlobung mit der Prinzessin Ileana nicht aufgehoben wurde. In Regierungskreisen wird erklärt, daß man diese Unterredung des Grafen Hochberg mit Befremden betrachtet. Die Entlobung sei beschlossene Tatsache. Die Königin Maria und Prinzessin Ileana werden von ihrer Reise nach Ägypten erst im Mai und nicht wie anfangs verlautete, schon Ende März zurückkehren.

*

Indienststellung der „Hannover". Bremen, 26. Februar. Am Dienstag wurde im Ausrüstungshafen der Marinewerft das alte Linienschiff „Elsaß", das älteste Linienschiff der Flotte außer Dienst gestellt und gab seine Besatzung an die „Schleswig-Holstein" ab. Neu in den Dienst wurde dafür die modernisierte „Hannover" gestellt, die zum dritten Male die Flagge hißt.

*

Verlängerung der Mieterschutzgesetze. Berlin, 25. Februar. Im Reichstag nahm am Dienstag Reichsjustizminister von Guérard zur Verlängerung der Mieterschutzgesetze Stellung. Die Zwangswirtschaft, so erklärte er, könne erst beseitigt werden, wenn die Voraussetzungen für die Wiedereinführung der freien Wirtschaft gegeben seien. Das sei heute noch nicht der Fall.

*

Die Dienstwohnung des früheren Reichspostministers Stingl. Berlin, 25. Febr. Zu der Meldung eines Frankfurter Blattes, daß der frühere Reichspostminister Dr. Stingl seine Wohnung wegen interner Auseinandersetzungen verlassen habe, wird von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt, daß Dr. Stingl ohne jede Einflußnahme der Reichsregierung aus freiem Entschluß Verzicht auf seine Dienstwohnung ausgesprochen habe.

Hauptschriftleitung: Alfred Rosenberg.
Chef vom Dienst: Wilhelm Weiß.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Walter Buch.
Für Anzeigen: Ernst v. Westernhagen.
Verlag: Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.
Walter Buch in Solln b. München; alle übrigen in München.
Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München.

Nationalsozialisten!
Meidet Warenhäuser und jüdische Geschäfte!

Bevorzugt bei Euren Einkäufen die im Völkischen Beobachter inserierenden Firmen. Ihr unterstützt dadurch Euer Kampfblatt! Bezieht Euch bei Einkäufen immer wieder auf den „Völkischen Beobachter".

Münchener Beobachter

Tägliches Beiblatt zum „Völkischen Beobachter“ — Ausgabe 48 vom 27. Februar 1930

Spaltung im Münchner V.D.A.

Prügelszenen in der Münchner Universität – Unerhörte jüdische Provokationen – Professor Nawiasky wird abgelehnt – Die Opposition gründet eine deutsche Gruppe

Die gestrige Mitgliederversammlung der akademischen Ortsgruppe München des Vereins für das Deutschtum im Auslande nahm einen überaus stürmischen Verlauf.

Schon zu Beginn der geschlossenen Mitgliederversammlung forderte der 1. Vorsitzende Prof. Dr. Nawiasky (!) alle Nichtmitglieder zum Verlassen des Saales auf. Gleichzeitig ertöten bereits erregte Rufe zur Geschäftsordnung, die auf das Vorhandensein einer starken Opposition schließen ließen. Nawiasky erstattete einen kurzen, nicht besonders viel sagenden Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, und erteilte sodann dem Führer der Opposition, Herrn cand. ing. Hagert das Wort.

Dieser übte in scharfer, klarer, aber durchaus sachlicher und würdiger Form Kritik an der bisherigen Arbeit der Ortsgruppe für das Deutschtum im Auslande. Er übte Kritik vor allem an der Geschäftsführung des Vereins durch Dr. Dawiasky. Seine klaren Ausführungen waren ein getreues Spiegelbild des heute in Deutschland sich abspielenden Kampfes der Geister. Hier sprach einer der jungen Generation, die an den Fehlern der Alten gelernt hat. Er bemängelte den fehlenden Aktivismus im Kampfe für das Deutschtum im Auslande. Seine Worte, die in ihrer kritischen Sachlichkeit an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, verrieten, daß hier der Vertreter einer Jugend sprach, die weiß was sie will, und die auch bereit ist, für ihr Deutschtum zu kämpfen.

Leider wurden die sachlichen Ausführungen immer wieder durch den mauschelnden Prof. Nawiasky unterbrochen, der sein Verhalten mit allen möglichen Ausflüchten zu motivieren suchte. Hagert erhob im Verlaufe seiner Ausführungen die schwersten Anwürfe gegen Nawiasky. — **Verstoß gegen die Satzungen! — Parteiische Geschäftsführung! — Aufnahmeverweigerung von Mitgliedern aus parteiisch persönlichen Gründen!**

Die Gemüter wurden immer erregter, die Zwischenrufe immer häufiger und schärfer, so daß sich Herr Prof. Dr. Bucher, ein Greis mit weißem Haar, genötigt sah, einen Appell an akademischen Anstand und Sitte zu richten.

Als dann cand. ing. Hagert nach mehreren Diskussionsrednern nochmals das Wort zu einer Erklärung seiner oppositionellen Stellungnahme ergriff, ertönten Rufe — raus, — schmeißt ihn raus! **selbst Nawiasky als erster Vorsitzender** und Versammlungsleiter soll sich zu solchen Rufen haben hinreißen lassen. — Mit einem Male entstand ein tolles Tohuwabohu:

Die Gegner Hagerts und Anhänger Nawiasky sprangen über die Bänke hinweg und schlugen auf Hagert ein. Im Nu entwickelte sich eine wüste Schlägerei.

Es ertönten Rufe wie „Judenknecht“!

Nur das Eintreten des weißhaarigen Prof. Dr. Bucher schützte Hagert vor weiteren Mißhandlungen durch seine rüpelhaften, allen Anstand und Sitte vergessenden Gegner, unter denen sich die Mitglieder der akademischen Gruppe der **Deutschen Volkspartei** besonders hervortaten. Nawiasky stand hinter seinem Pult und machte trotz seiner akademischen Würde als Hochschulprofessor **keine Anstalten,** dem Skandal einer **Prügelei in einem Hörsaal der Universität ein Ende zu bereiten.**

Nachdem sich der Tumult gelegt hatte, nahm Hagert als Vertreter der **Deutschen** Opposition das Wort:

Er forderte den jüdischen Professor Nawiasky auf, die Namen der Angreifer festzustellen und der disziplinarischen Bestrafung für ihr unakademisches Verhalten zuzuführen. (Ob ers wohl tut? D. Red.)

Sodann verlas er eine Erklärung mit folgendem Wortlaut, welcher zugleich die tiefsten und letzten Gründe der Opposition gegen Nawiasky zeigt:

„Die Tätigkeit der bisherigen Leitung der akademischen Ortsgruppe München des V. d. A. ermöglicht in keiner Weise die Wahrung der Interessen des bedrängten Deutschtums im Auslande, so wie wir uns hierzu verpflichtet fühlen. Das deutsche Volkstum ist der Leitgedanke jeder Arbeit des V. d. A. Es ist das einzige, was uns in dem Elend der Nachkriegszeit geblieben ist. Wir als deutsche Jungen werden in unsere Zukunft schreiten, um den Gedanken des deutschen Volkstums bis aufs letzte zu verteidigen. Wir sind nach den heutigen Vorgängen zu der Erkenntnis gelangt, daß in dieser Ortsgruppe des V. d. A. Auffassungen zutage treten, die wir als bewußte Deutsche aufs schärfste bekämpfen müssen, und von denen uns Gewißheit ist, daß Auffassungen derselben Art den Untergang und das Elend unseres Vaterlandes verschuldet haben.“

Darauf verließ die Opposition die Versammlung. Nawiasky erstattete dann in oberflächlicher Weise Kassenbericht. Über ein **Defizit von 250 Mark** will er im nächsten Etat Auskunft geben (!).

Die Vorstandswahl der Desperados ergab wieder: Nawiasky als 1. Vorsitzenden (!).

„Gerührt“ dankte Nawiasky für das „Vertrauen“. Er freue sich, auch wenn einige Herren nicht mit ihm einverstanden wären, er glaube jedoch, daß auch diese zur „Mitarbeit“ bereit seien, so bald sie ihn in seiner Arbeit kennen gelernt hätten. (Echt jüdisch!)

Sofort erhoben sich die Vertreter zweier Münchener Burschenschaften, und erklärten folgendes:

„Nach den Vorgängen in der Vorstandschaft sei eine gedeihliche Mitarbeit für sie nicht mehr möglich, und sie sehen sich daher veranlaßt, ihren Austritt aus der akademischen Ortsgruppe München des V. d. A. zu erklären.“

Inzwischen hatten die oppositionellen Mitglieder eine Versammlung in den Steinickesaal einberufen, der bald eine beängstigende Fülle aufwies.

cand. ing. Hagert eröffnete um 11 Uhr diese Versammlung, gab eine kurze Schilderung der Vorgänge der Versammlung in der Universität, was eine allgemeine Erregung unter den Anwesenden auslöste. Hagert entwarf ein kurzes Bild der Gründe seiner Opposition gegen Nawiasky und erklärte dann unter dem Beifall sämtlicher Anwesenden, **daß mit Herrn Prof. Dr. Nawiasky keine Arbeit für das deutsche Volkstum von deutschbewußten Studenten mehr geleistet werden könne.**

Sodann wurde vorbehaltlich der Genehmigung durch das Vereinspräsidium in Berlin die

Deutsche Gruppe im V. d. A.

gegründet, und eine programmatische Erklärung verlesen.

Die Vorstandswahl ergab: Herr von Mossow, den Vorsitzenden des Münchener Waffenringes und Vorsitzenden des Hochschulringes deutscher Art, als 1. Vorsitzenden.

Die Hochschulgruppe des Stahlhelm sowie verschiedene Korporationen traten sofort korporativ der Neugründung bei, weitere werden folgen. Die am ersten Tage aufgenommene Mitgliederzahl betrug über 150.

Die Vorgänge in der Universität waren von Anfang bis zu Ende ein unerhörter akademischer Skandal, welcher nicht zum geringsten durch das Verhalten des Professors Nawiasky provoziert worden war, der sich nicht genug tun konnte, seine zweifelhaften Verdienste um das schwer bedrängte Auslandsdeutschtum nach Art jüdischer Hausierer selbst zu preisen.

Wir freuen uns ob des Mutes, mit dem ein Vertreter der Deutschen Studentenschaft den Selbstbeweihräucherungsversuchen dieses mehr als seltsamen Universitätsprofessors, dessen Ahnen übrigens aus Galizien stammen sollen, entgegengetreten ist.

Wir freuen uns ob des erwachenden Aktivismus unserer akademischen Jugend, die mit dem Alten bricht und sich in ihrem Kampfe um das Deutschtum nun deutsche Führer aus ihren eigenen Reihen nimmt und sich jede jüdisch-professorale Bevormundung energisch verbittet. Es ist das Zeichen eines erstarkenden völkischen Reinlichkeitsgefühls in unserem Volke und besonders in unserer Jugend — und damit auch das Zeichen eines beginnenden Aufstieges.

Mit einer solchen Jugend kann Deutschland nicht verloren sein. Sie kann auch unserer tatkräftigen Unterstützung in diesem ihrem Kampfe für völkische Sauberkeit stets sicher sein.

Diese Vorgänge werden wohl auch innerhalb der Gesamtorganisation des V. d. A. weitere Kreise ziehen und werden vielleicht den Auftakt zum Beginn einer Säuberungsaktion in dem verjudeten und freimaurerisch verseuchten V. d. A. bilden, die notwendig ist, wenn der V. d. A. zu dem werden will, was er sein soll.

L. Rn.

Eine Erklärung der Auslandsdeutschen zum Fall Nawiasky.

Der Vertreter der Vereinigung auslandsdeutscher Studierender gibt zu den Vorgängen in der Vorstandschaft der Akademischen Ortsgruppe München des V.d.A. folgende öffentliche Erklärung ab:

Solange die bis jetzt bestehenden Zustände in der Akademischen Ortsgruppe München des V. d. A. bestehen, haben die in München studierenden Auslandsdeutschen kein Interesse an der Akademischen Ortsgruppe München. Im besonderen da die Akademische Ortsgruppe München des V. d. A. sich bisher nicht im Geringsten um die Auslandsdeutschen gekümmert hat. Sollte das bisherige Auftreten der Akademischen Ortsgruppe München weiter bestehen, so sehen wir, die Auslandsdeutschen, uns gezwungen, diese Zustände in unserer Heimat unter den dortigen Deutschen weitgehendst zu verbreiten.

gez.: von Frankenstein.

Diese Erklärung ist wohl die glänzendste Rechtfertigung des Verhaltens der Opposition gegen Nawiasky, und für Nawiasky selbst als Vorsitzenden der Akademischen Ortsgruppe München des V.d.A. ist sie der Beweis seiner absoluten Unfähigkeit und eine kräftige moralische Backpfeife — ein Wink mit dem Zaunpfahl, abzutreten von der Schaubühne seines jede praktische Betätigung hemmenden Daseins im V.d.A.

Nachrufe im Stadtrat

Das Verlassen des Sitzungssaales

st. Anläßlich eines Nachrufes des Oberbürgermeisters Dr. Scharnagl auf den verstorbenen früheren Gemeindebevollmächtigten Gutsbesitzer Ludwig Obermayer in der Dienstagsitzung des Stadtrates verließen die Kommunisten (wie schon beim letzten Nachruf) den Sitzungssaal.

Dies veranlaßte Stadtrat Gerstl von der Bayerischen Volkspartei zu einer geharnischten Erklärung mit dem Ausdruck der tiefsten Verachtung für Leute, denen selbst der Tod keine Achtung mehr abnötigt.

In einem ihrer schneidenden Zwischenrufe betonte Frau Sarnecki ihre ganz vollendete „Wurschtigkeit“ gegenüber einer Verachtung von Seite der Vertreter der kapitalistischen „Klasse“.

Herr Mauerer, der rosafarbene Genosse der blutroten Sarnecki, hielt die Gelegenheit für gekommen, seinem noch nicht verwundenen Schmerz darüber Ausdruck zu geben, daß auch die Nationalsozialisten seinerzeit den Saal verließen, als Scharnagl den Nachruf auf den jüdischen Fraktionsvorsitzenden der SPD. im Stadtrat, Rechtsanwalt Nußbaum, sprach. Das ist schon etliche Jahre her, aber Herr Mauerer hat es noch nicht vergessen, daß wir dem einzigen Juden im Stadtrat die nach seiner Meinung „schuldige“ Reverenz versagten.

Der Kommunist Huber gab wieder eine seiner geistreichen Bemerkungen von „Veranstaltungen nationalen Nummels“ zum besten, um sein läppisches Verhalten zu beschönigen.

Pg. Hermann Esser betonte den Redereien des Herrn Mauerer gegenüber, daß die Nationalsozialisten sich den Ehrungen verstorbener Mitglieder des Hauses gerne anschließen, soferne es sich um Deutsche handelte, jede Ehrung von Angehörigen einer fremden Rasse jedoch stets entschieden ablehnen werde.

Dieser, einem internationalen Marxisten, der die pazifistische Phrase von der „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt,“ gedankenlos nachbetet (obwohl er keinen Hund kaufen würde, der nicht rassenrein ist), wie wir gerne zugeben, unverständliche Gedanke entlockte Herrn Wimmer von der S.P.D. den wütenden, aber nicht sehr gescheiten Zwischenruf an Esser: „Als ob Sie so rassenrein wären!“

Esser gab ihm die gute Antwort: Bei Ihnen, Herr Wimmer, bleiben wir im Saal!

Ob diese Antwort aber Herrn Wimmer zu einigem Nachdenken über rassebiologische Probleme veranlassen wird, dürfte zweifelhaft sein.

Herr Gerstl war schließlich nicht sehr erbaut über diese Entwicklung seines Rüffels an die Kommunisten, was nicht Wunder nimmt, da doch die Bayerische Volkspartei in bezug auf die Judenfrage bekanntlich ein Janusgesicht zeigt: den Wählern gegenüber und am Biertisch antisemitisch, bei der Abstimmung über das Schächtverbot aber gegen dieses Verbot!

Helft den Hungernden und Frierenden!

Das „Hilfswerk 1930“ hat seine Arbeit im Interesse der Notleidenden fortgesetzt. Es sind eine Reihe von freiwilligen Spenden, darunter sehr namhafte, zu verzeichnen.

Wir können heute bekanntgeben, daß außer den schon veröffentlichten Annahmestellen für Geld- und Sachspenden auch die Deutsche Stunde in Bayern sich in den Dienst der Sache gestellt hat und über Geldspenden quittiert.

Es besteht Aussicht, daß schon in der nächsten Woche mit den dringendsten Hilfsmaßnahmen begonnen werden kann. In welchem Umfange, richtet sich nach dem weiteren Eingang der Mittel.

Gerne kann anerkannt werden, daß gewisse Kreise der Wirtschaft wie bisher, so auch jetzt nicht versagten. Sehr oft wird nicht berücksichtigt, daß durch die nun schon jahrelang dauernde Wirtschaftskrise nicht nur die Arbeitnehmerkreise, sondern, wie die häufigen Konkurse beweisen, auch das Gewerbe und ein Großteil der Industrie und des Handels schwer zu leiden haben. Die Ausnahmefälle ändern an dem Gesamtzustand nichts.

Es sollte heute jeder, der nicht arbeitslos ist, ganz gleich welchen Standes er ist, für die Vielen, die mit ihren Familien in bitterer Not sind, sein Scherflein geben.

Bayerns Industrie im Jahre 1929

Bayerns Industrie unterscheidet sich von der der meisten anderen deutschen Länder dadurch, daß sie sich in der Hauptsache aus mittleren und kleineren Betrieben zusammensetzt. Zudem ist sie nicht in bestimmten Bezirken oder Zentren zusammengefaßt, sondern über das ganze Land verteilt. Diese beiden Momente erschweren ihr, sich durchzusetzen, zumal unser Land, weil arm an Rohstoffen, vor allem arm an Kohle, und weil entfernt von den Einfuhrzentren im Wettbewerb, insbesondere beim Export schlechter gestellt ist.

Der uns vorliegende Jahresbericht des Bayerischen Industriellenverbandes läßt deutlich erkennen, welch anstrengende, mit viel Enttäuschung und Mißerfolg durchsetzte Arbeit die Vertretung der Industrieinteressen in Bayern erfordert. Er beweist aber auch, wie dringend notwendig Bayerns Industrie einer straffen wirtschaftlichen Organisation bedarf.

Der Bayerische Industriellenverband steht in vorderster Reihe im Kampf für Bayerns Industrie. Es würde zu weit führen, all das auch nur zu streifen, was sein Jahresbericht Interessantes zu berichten weiß. Ihren programmatischen Ausdruck fanden seine Forderungen erst kürzlich wieder in der Denkschrift des Verbandes „Zur Gesundung der deutschen Wirtschaft“ unter der Parole: Kapitalbildung, Stärkung des Inlandsabsatzes und Exportförderung.

Eine besonders wichtige Frage ist die bayerische Gewerbesteuer. Hier fordert der Verband, daß durch Beschränkung der Freigrenzen diese Steuer auf eine breitere Grundlage gestellt wird, zugleich wird aber auch eine Senkung des Höchstsatzes der Gewerbesteuer für notwendig erachtet. Darüber hinaus arbeitet der Verband auf eine allmähliche vollständige Beseitigung der Gewerbesteuer hin, da diese als zusätzliche Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer

Bayerische Wirtschaftszahlen

Nach den Zusammenstellungen im Bayerischen Statistischen Landesamt betrugen im Monat Januar die Großhandelsziffern für Agrarstoffe 121.8 (Dez. 126.3), für Kolonialwaren 114.9 (115) für industrielle Rohstoffe und Halbwaren 128.3 (129.3), für industrielle Fertigwaren 156 (153.2) und der Gesamtindex bezifferte sich auf 132.3 (134.3). Die Indexziffer der Gesamtlebenshaltung war 151.6 (152.6).

Die Großhandelspreise für Weizen betrugen je Zentner 12.36 Mark (12.20 M.), für Roggen 8.76 Mark (9.09 M.). Der tarifliche Stundenlohnsatz für gelernte Arbeiter blieb mit 99.6 Pfennig unverändert, ebenso der für ungelernte Arbeiter mit 84.5 Pfennig. Der Aktienindex hat sich von 104.69 im Dezember auf 105.11 erhöht.

Kampfbund der deutschen Kultur

Am Mittwoch, den 26. Februar, spricht

Gräfin Edith Salburg

im Steinicke-Saal (Adalbertstr. 15), abends 8 Uhr, über **„Leben und Wirken von Karl Peters,** dem Begründer einer deutschen Kolonialmacht“.

Vorverkauf i. d. Riegerschen Universitätsbuchhandlung, Odeonspl.

Beethovens IX. Symphonie

Richard Wagner ist es zu danken, daß heute Beethovens Neunte Symphonie zu den populärsten Instrumentalwerken gehört. Er war es, der das von den Dirigenten gefürchtete Werk herausholte und durch Aufführungen im Konzertsaal dem Publikum näherbrachte. Aber er war auch der Ansicht, daß Beethoven mit der „Neunten“ den Anfang gemacht habe, durch Einführung der Vokalmusik den Vorrang der reinen Instrumentalmusik zu brechen. Man behauptet zwar heute noch, diese Meinung Richard Wagners sei ohne jede Begründung.

Ob aber Richard Wagner damit vorausschauend der Musikausübung neue Wege gewiesen hat, läßt sich bisher nicht übersehen, weil leider das menschliche Instrument, die Stimme, gegenüber jedem anderen Instrument, vorläufig noch wegen der Unsicherheit jeder bewußten Stimmbehandlung so stark beeinträchtigt ist, daß eine Konkurrenzfähigkeit nicht gegeben ist.

Es ist aber denkbar, daß in absehbarer Zeit hier ein Wandel zugunsten der Vokalmusik eintreten kann, der unter Umständen der letzteren einen ganz erheblich begünstigteren Platz in der Musik einräumen wird. Genau genommen steht die Stimmbildung im Chorgesang auch heute noch auf einer dilettantenhaften Stufe. Das wenige, was geleistet wird, bezieht sich auf Rhythmik und vielleicht etwas Dynamik. Die Stimme als solche, die doch die Hauptsache ist, das Instrument, das zum Singen und Klingen gebracht werden soll, ist heute noch genau so vernachlässigt wie vor hundert Jahren.

Unter diesen Tatsachen wird jede chorische Aufführung leiden müssen. So auch der Schlußsatz der „Neunten“, der sogar in ungewöhnlich gesteigertem Maße Anforderungen an die Chöre stellt, die einfach über die Leistungsfähigkeit unserer heutigen Chöre gehen. Meines Erachtens ist es gar nicht auszudenken, wie gewaltig gerade das Finale klingen könnte, wenn es jemals gelingen würde, Chöre zu schaffen, deren Klangintensitäten durch gleichmäßig geschulte Stimmen zu einer einzigen Homogenität zusammengeschweißt wären.

Nur dadurch könnte wirklich die durch die ersten Sätze der Neunten Symphonie vorbereitete Spannung, die im letzten Satz zur Entladung kommen sollte, dem von Beethoven im Geiste gehörten Höhepunkt nahegebracht werden. Aber auch schon so, wie unter Siegmund v. Hausegger das Werk erstand, berechtigte es, zu dem am Schlusse einsetzenden geradezu stürmischen Beifall.

Als Einleitung zu dem Abend spielte das Streichorchester eine Fuge aus dem Streichquintett von Heinrich Kaminski, bearbeitet von Reinhard Schwarz. Das Werk beginnt sehr vielversprechend mit dem imposanten Fugenthema, das in seinen Einzelteilen noch glänzend durchgeführt ist. Aber schon in dem angeschlossenen ruhigen, langsamen Teil, der vom Soloquintett ausgeführt wird, flaut es erheblich ab und kann sich auch im Scherzandoteil und dem ausklingenden Tempo di marcia nicht mehr zu größerer Wirkung aufraffen.

G. A.

Theater am Gärtnerplatz. Donnerstag, den 27. Februar, findet die letzte Aufführung der „Fledermaus“ mit Rudolf Seibold und Emmy Marée als Gast statt. Am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, die letzte Aufführung „Das Dreimäderlhaus“. Am Freitag, den 28. Februar, beginnt das Gastspiel Weiß Ferdl und Emmy Marée in dem dreiaktigen Volksstück „Der Dickschädel“. Für die Erstaufführung am Freitag, sowie für die beiden nächstfolgenden Aufführungen, am Samstag, den 1. März, hat bereits der Vorverkauf überaus stark eingesetzt. Während des Gastspiels Weiß Ferdl beginnen die Vorstellungen allabendlich pünktlich um 7.45 Uhr.

Hannah Mittelmann hatte nach nur zweijähriger Ausbildung bei Kammersänger Max Krauß in Konzerten, gemeinsam mit diesem, in Norddeutschland, u. a. in Celle, ganz großen Erfolg bei Publikum und Presse. Die „Celler Volkszeitung“ schreibt: „Wir sanken in uns zusammen ob dieser seligen Musik, des sinnlich berauschenden Ausdrucks, dessen Frl. Mittelmann fähig war, daß eine beängstigende, atemlose Stimmung durch den Saal zitterte, als sie von der jungen Nonne sang und etwas von einer Mondnacht in den Saal hauchte, daß selbst der eigene Atem störte, kurz, daß sich eine hohe Kunst zeigte, bei der es so schwer wird, überhaupt noch zu kritisieren, wo Freude am Genuß das Höchste ist, was den Suchenden beseligt.“ Von den Engagementsverhandlungen, die mit mehreren deutschen Bühnen augenblicklich schweben, wird demnächst eine unterzeichnet werden.

*

Kammersänger Max Krauß hatte auf einer großen Konzertreise durch Norddeutschland — zur Zeit befindet sich der Künstler mit Emmi Krüger und Professor Ruoff zu Konzerten in der Schweiz — ganz großen Erfolg. Publikum und Presse der teilweise — u. a. in Hannover — ausverkauften Säle war begeistert und voll des Lobes.

Eine venia legendi für Sportmedizin. Die Medizinische Fakultät der Universität Leipzig hat dem Assistenten am Hygienischen Institut Dr. med. Arno Arnold auf Grund der Habilitationsschrift: „Körperentwicklung und Körperbau in Beziehung zu den Leibesübungen“ die „venia legendi für Sportmedizin“ erteilt.

Aus Bayerns Gauen

Tetzner an Deutschland ausgeliefert

Freiburg i. Br., 25. Februar. Der seit seiner Festnahme in Kolmar in Haft befindliche Heinrich Tetzner wurde am Dienstag von der französischen Behörde der deutschen Gendarmerie ausgeliefert. Tetzner wird zur Aburteilung nach Regensburg überführt werden. Er hatte bekanntlich in seinem Auto einen Handwerksburschen verbrannt und wollte damit seinen eigenen Tod vortäuschen, um in den Besitz einer hohen Versicherungssumme zu gelangen.

Der Fluch des Messers

Straubing, 25. Februar.

Am Montag hatte sich vor dem Schwurgericht Straubing der verh. Bürstenmacher Joseph Schreiner von Eglsee bei Hunderdorf wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge und wegen leichter Körperverletzung zu verantworten.

Am 8. Dezember v. J. hatte Schreiner den verh. Landwirt Johann Weinzierl von Hunderdorf nachts 11 Uhr vor einer Wirtschaft erstochen und dessen Bruder Otto durch einen Faustschlag verletzt. Das Motiv der Tat war ein lang zurückliegender Groll wegen Kleinigkeiten. Der Getötete hinterließ eine Witwe, die nun vor acht Tagen entbunden hat. Drei kleine Kinder vermissen den Ernährer.

Der Staatsanwalt beantragte neun Jahre Zuchthaus und sechs Monate Gefängnis. Das Urteil des Schwurgerichts lautete wegen Verbrechens der Körperverletzung mit Todesfolge und wegen Vergehens der leichten Körperverletzung auf 5 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Zeit.

*

Selbstmord nach dem Ball.

Miesbach. Am Sonntag früh wurde in seinem Zimmer der 23 Jahre alte Mechaniker Stephan Neumeier tot aufgefunden. Eine am Boden liegende Selbstladepistole wies darauf hin, daß sich Neumeier selbst entleibt hatte. Nach dem „Miesbacher Anzeiger“ hatte der Lebensmüde am Tage vorher noch den Schützenball besucht. Um 4 Uhr früh verließ er plötzlich den Saal, ohne sich von jemand zu verabschieden. Er ging nach Hause und dürfte dann den unseligen Schritt unternommen haben.

Tragisches Ende.

Bad Tölz. Der 30jährige Arbeiter Johann Fink war am Samstagabend auf verschiedenen Tölzer Faschingsveranstaltungen gewesen und dabei in guter Laune angetroffen worden. Gegen 6 Uhr morgens kam er nach Hause, wo seine Mutter bereits das Hauswesen besorgte. Im Flur der elterlichen Wohnung gab er aus einem Revolver drei Schüsse gegen sich ab. Der herbeieilenden Mutter stürzte der Sohn mit dem Ausruf: „Mutter, ich kann nimmer!“ tödlich getroffen in die Arme. Die Tat dürfte nach dem „Tölzer Kurier“ in einer Art Dämmerzustand begangen worden sein, vielleicht auch aus Angst vor Verlust der Arbeit.

Absturz in den Bergen.

Füssen. Wie das „Füssener Blatt“ meldet, stürzte am Sonntag ein Berliner Wintergast, der einen Aufstieg von Reutte aus in der Richtung Gernspitze unternommen hatte, oberhalb des Frauensees ab. Mit schweren Verletzungen mußte er ins Tal befördert werden.

Unglück oder Verbrechen?

Neu-Ulm. Der in Ay wohnhafte 63jährige Brückenzolleinnehmer und frühere Zimmermeister Anton Achberger wurde in der württembergischen Nachbarschaft zwischen den Orten Stein und Buch mit schweren Kopfverletzungen tot aufgefunden. Er scheint die ganze Nacht im Freien gelegen zu sein. Die Polizei nimmt bisher an, daß Achberger das Opfer eines Unfalls geworden ist, während in Ay vielfach die Meinung geäußert wird, daß ein Verbrechen vorliege.

Die Tschechisierung des Böhmischen Grenzwaldes.

Deggendorf. Nach einem Bericht des „Deggendorfer Donauboten“ von der Böhmischen Grenze ist die exekutive Übernahme der Schwarzenberggüter bei Winterberg bereits vom zuständigen Bezirksamt bewilligt worden. Nach den letzten Ausweisungen des Bodenamtes wurden vom Großgrundbesitz Winterberg 4543 Hektar landwirtschaftlichen und 21 492 Hektar anderen Bodens beschlagnahmt.

Schwere Messerstecherei.

Amberg. In der Nacht zum Montag ereignete sich in Etsdorf eine schwere Bluttat. Es kam hier zu einer Messerstecherei, wobei der Sohn des Bürgermeisters Breitschaft von Etsdorf einen tiefen Stich erhielt, der die Wirbelsäule verletzte. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus Amberg eingeliefert. Es besteht Lebensgefahr. Als Täter kommt ein Hirte in Betracht. Ein anderer Sohn des Bürgermeisters von Etsdorf ist im vergangenen Jahre durch einen Messerstich ums Leben gekommen.

Opfer des Autos.

Bad Kissingen. Als am Montagvormittag der aus Stangenroth gebürtige Martin Schmitt auf seinem Fahrrad einem Postkraftwagen vorfahren wollte, kam zur gleichen Zeit ein von Bad Kissingen kommender Lastwagen dahergefahren, der den jungen Schmitt vom Rade schleuderte und gegen das Postauto warf. Der Bedauernswerte erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot.

Das Drama von Kulmbach wird zur Komödie

Eine neue Sensation – Schuberth widerruft abermals sein Geständnis

F. J. M. Rehse Archiv Zeitgeschichte u. Publizistik München

Bayreuth, 25. Febr.

Am Dienstag waren bei dem Arbeiter Fritz Schuberth im Gefängnis in Bayreuth seine Schwester Lina und sein Bruder Nikolaus, später seine Frau mit einer Verwandten. Es fällt zunächst auf, daß Fritz Schuberth sich nicht mehr in der Strafanstalt St. Georgen, sondern in der Irrenabteilung befindet.

Ein Mitarbeiter der „Telegraphen-Union“ hatte mit Nikolaus und Lina Schuberth eine Unterredung, als sie von ihrem Besuch bei ihrem Bruder kamen. Die Schwester erklärte, sie habe ihrem Bruder auf Grund seiner neuerlichen Selbstbezichtigung vorgehalten: „Du bist also ein Raubmörder.“ Der Bruder habe entgegnet: „So ist es ja gar nicht. Das wird sich alles herausstellen.“

Gleichzeitig erklärten die beiden Geschwister, die bekanntlich zum gleichen Zeitpunkt, als der Tod in der Villa Meußdörffer einkehrte, den Bruder in seiner Behausung angetroffen haben wollen, daß sie noch mehrere Zeugen aufbieten würden, die bekunden könnten, daß Fritz Schuberth in der fraglichen Nacht nicht aus seiner Wohnung gekommen sei. Der Bruder und die Schwester Schuberths sind sogleich nach ihrem Besuch über diesen neuen Stand der Dinge vom Staatsanwalt vernommen worden.

Als kurz darauf die Ehefrau Schuberth bei ihrem Mann im Gefängnis war, soll Schuberth gleichfalls sein Geständnis widerrufen haben. Er soll erklärt haben: „Ich habe mit dem Morde an Frau Meußdörffer nichts zu tun. In den nächsten Tagen schon wird das alles klipp und klar festgestellt sein.“

Beim Besuch der Frau Schuberth bei ihrem Mann war der Staatsanwalt persönlich anwesend. Frau Schuberth soll ihrem Mann eine Anweisung der Bayerischen Vereinsbankfiliale Kulmbach vorgelegt haben, auf Grund deren Frau Schuberth berechtigt sein soll, die vereinbarte Geldsumme der Familie Meußdörffer abzuheben.

Nationale Not an der bayerischen Ostgrenze

Weiden, 25. Februar.

Zu dem in der letzten Zeit mit Recht vielfach erörterten Problem der bayerischen Grenznot erhält der „Oberpfälzische Kurier“ eine längere Zuschrift, in der es heißt, das Inland unterschätze unseren tschechischen Nachbarn ganz gewaltig, weil es immer noch gewohnt sei, im Osten Bayerns einen verbündeten Freund, den Böhmen, den Österreicher, zu wissen. In dieser Vorstellung lebe ein großer Teil der Inlandsbevölkerung noch heute. Um so mehr gelte es, die Augen zu öffnen über die große Gefahr, die an der bayerischen Ostgrenze droht.

Wir brauchen deshalb einen engen Anschluß ans Inland durch Schaffung geeigneter Straßen und Verkehrswege sowie Verkehrsmittel. Wir brauchen Schulen, die der nachwachsenden Jugend deutschen Geist einpflanzen, wir brauchen Zollgesetze, die unsere Landwirtschaft und Industrie schützen, wir brauchen Kapital, das die daniederliegende Grenzlandindustrie wieder aufleben läßt, wir brauchen Arbeit, damit die unheilvolle Grenzlandflucht aufhört.

Wir brauchen einen besseren Grenzschutz, denn bekanntlich lockt die Grenze besonders im Osten Diebs- und Raubgesindel an. Wir brauchen an der Grenze die besten Behörden und Beamten, wir brauchen Beamte, die nicht nur ein oder zwei Jahre an der Grenze aushalten und dann schleunigst wieder gehen. Wir brauchen vor allem Behörden, die sich nicht scheuen, für die nationale Ostgrenzmarkung Opfer zu bringen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Es ist nicht nötig, daß wie in der Tschechei für zwei oder drei Kinder Schulpaläste gebaut werden; wir wollen nur, daß da, wo es nicht mehr anders geht, gebaut wird, daß nicht an die hundert Kinder in ungesunden Räumen bleiben müssen, daß nicht 60—70 Kinder in einer Klasse zusammengepfercht werden. Wir fordern Eisenbahn- und Postverbindungen auch da, wo voraussichtlich kein Vorteil herausschaut, wo aber eine Verbindung angebracht ist, damit wir nicht von zwei Seiten abgeschnitten sind.

Es ist wahrlich keine Geldverschwendung, wenn man für die bedrohte Ostgrenze Gelder auswirft. Wenn unsere Grenzbevölkerung nur ökonomisch handeln wollte, dann wäre es traurig um das Grenzdeutschtum bestellt. Wir bringen Opfer gern und viele, wir fordern aber auch von der anderen Seite Opfer.

Abminderung des Frostes

Die Bayerische Landeswetterwarte meldet am 26. Februar 1930, vormittags 9 Uhr:

Die vor dem Kanaleingang gelegene Depression kommt nur langsam vorwärts, da ihr der Weg nach Osten durch die kontinentale kalte Luft noch versperrt ist. Wir rechnen daher für unser Gebiet lediglich mit Bewölkungsschwankungen und allmählicher Ablinderung des Frostes.

Aus der Landeshauptstadt

Die Studienangleichung zwischen Deutschland und Oesterreich

München, 25. Februar.

Die Vorarbeiten zur Studienangleichung zwischen Österreich und dem Reiche wurden von der **Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft** in München im Laufe des letzten Jahres in erfolgversprechender Weise in Angriff genommen. Um das ganze schwierige Problem der Studienangleichung einem weiteren Kreise bekanntzumachen, veranstaltet die Studentenschaft der Universität München am Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, im großen Hörsaale der Universität eine große Kundgebung. Dabei wird Universitätsprofessor Dr. Richard **Meister**, Wien, zum erstenmal öffentlich ein grundlegendes Referat über „Das österreichische Bildungswesen und das akademische Studium in Österreich" halten. Der Redner gehört zu den besten Sachkennern auf diesem Gebiet und ist von der Universität Wien mit der Bearbeitung der Studienfragen, darunter Hochschulreform und Studienangleichung, besonders betraut.

Wirtschaftliche Gestaltung des Flugverkehrs

Beratungen des Deutschen Städtetages in München.

Im Rahmen der am Freitag und Samstag abgehaltenen Besprechungen des Deutschen Städtetages fand auch eine Erörterung der Fragen des Luftverkehrs statt, wobei Oberbürgermeister Dr. Lehr, Düsseldorf, den Standpunkt vertrat, daß mehr als bisher nach wirtschaftlichen Grundsätzen geflogen werden müsse. Er ging dabei von den Richtlinien aus, die der Arbeitsausschuß der regionalen Flugverkehrsgesellschaften aufgestellt hat, um den Wert der einzelnen Linien möglichst einwandfrei zu ermitteln. Diese Richtlinien seien durchaus zu begrüßen. Sie stellen aber noch keine hinreichend einwandfreie Unterlage dar und sind deshalb nach Ansicht Dr. Lehrs revisionsbedürftig.

Die von dem Vortragenden in dieser Richtung gemachten Vorschläge wurden von den Vertretern des Städtetages als beachtenswert bezeichnet und sollen einer Nachprüfung unterzogen werden. Vor allem verlangt der Düsseldorfer Oberbürgermeister, daß man der Bewertung der Linien statt des bisherigen Flug-Kilometers den Tonnen-Kilometer zugrunde legen soll, und daß man neben der Forderung einer Mindestfrequenz auch die einzelnen Anleger berücksichtigt.

Wenn wirtschaftliche Grundlagen für die Aufstellung des Flugplanes maßgebend werden, dann dürfte es nicht mehr möglich sein, daß noch so hohe Subventionen dazu führen, als unwirtschaftlich erkannte Linien trotzdem weiterzuführen. Luftverkehr dürfte in Zukunft nicht dort entstehen, wo hohe Subventionen winken, sondern dort, wo die Wirtschaftlichkeit Subventionen rechtfertige. Subventionen als solche seien unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Wertes der Linien auch für die Zukunft vertreibar. Die Bodenorganisation müsse aber nach wie vor in den Händen der Städte bleiben.

Der Redner empfahl schließlich, um der Lufthansa eine Disposition zu ermöglichen, auf Grund der bisherigen Erfahrungen anzugeben, auf welche Linien man seitens der Städte Wert lege und welche Beobachtungen man hinsichtlich Personen-, Fracht- und Postverkehr gemacht habe. Dagegen werde es sich schwer ermöglichen lassen, für mehrere Jahre Subventionen im voraus zuzusichern, weil die Stadtparlamente an die Haushalte gebunden seien.

In einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Städtebundes wurden Fragen **der wirtschaftlichen Betriebsführung in den** Gemeinden behandelt.

Gemeindesteuern

Bei der Stadthauptkasse (Rathaus) einzubezahlen.

1. bis 15. März: **Gemeindeumlagen** aus der Haussteuer nebst Hausunratabfuhr-, Kanalbenützungs- und Straßenreinigungsgebühren; siehe auch besondere Bekanntmachung der Stadthauptkasse. Anwesens- und Kontonummer angeben! Keine Schonfrist!

25. März: Letzter Tag der Entrichtung der gemeindlichen Biersteuer für den Monat Januar 1930. Keine Schonfrist!

Gegen den neuen Film „Ludwig II., König von Bayern"

Der Bayerische Heimat- und Königbund wendet sich in einem Protest gegen die für die ersten Märztage in München geplante Aufführung des neuen Films „Ludwig II., König von Bayern", verweist auf die Geschmacklosigkeit und vielfach verrohende Wirkung gewisser Stellen dieses Films und bittet die bayerische Staatsregierung, die Zulassung des Filmstreifens, selbst wenn er neuerlich gekürzt sein sollte, wegen seiner Tendenz für Bayern im Widerrufsverfahren zu verhindern.

Das Spiel auf der Straße.

An der Kesselbergstraße in München vergnügten sich Kinder auf einer Schleifbahn. Dabei geriet ein Neunjähriger unter einen sogenannten Bulldogganhänger, der gerade die Straße passierte, erlitt einen Wirbelsäulenbruch und war sofort tot.

Der Tod auf der Straße. In der Senefelderstraße erlitt ein 35jähriger Reichsbahnassistent einen Blutsturz. Er war sofort tot. Die Leiche kam nach dem Ostfriedhof.

Der Verein Marinejugend Vaterland e. V. sieht seine Aufgabe darin, das Werden deutscher Jugend der heutigen Zeit anzupassen — eine Aufgabe, die auf lange Sicht gestellt ist — es muß aber endlich einmal der Anfang gemacht werden. Über Wesen und Sinn dieser Jugendarbeit, die durchaus andere Wege geht, gaben die Vorträge des Herrn Korv.-Kapitän Fritz Albrecht kürzlich den Eltern und den Münchner Schülern recht eingehend Aufschluß. Die V.M.V.-Schule München stellt Jungen zwischen 12 und 16 Jahren ein. Übungstage jeden Mittwoch, nachm. von 5 bis 8 Uhr im Maxgymnasium. (Gymnastik, Ausbildung, Vortrag.) Jeden Monat eine Wanderung, Wassersport, Besichtigungen usw. Osterfahrt: 11. bis 23. April: Leipzig—Dresden—Sächs. Schweiz. Persönliche Anmeldungen Mittwochs im Maxgymnasium. Schriftliche Anmeldungen an den Schulleiter, Herrn Franz Halbig, München 39, Waisenhausstraße 67.

Fortbildungskurs für Kraftfahrzeugführer (Herren- und Berufsfahrer) veranstaltet vom Polytechnischen Verein in Bayern. Ein neuer Kurs beginnt am Freitag, den 7. März, abends 7 Uhr, in dem Vortragsaal des Sozialen Landesmuseums, Pfarrstr. 3. Der Kurs hat den Zweck, Herren- und Berufsfahrer und -Fahrerinnen in ihren Kenntnissen des Baus und der Behandlung von Kraftfahrzeugen zu vervollkommnen. Die Leitung ist in den Händen des Herrn Postoberinspektor Sämann. Der Kurs findet jeden Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt, und umfaßt 9—10 Abende. Kursgebühr RM. 10.—. Anmeldung in der Geschäftsstelle des Polytechnischen Vereins, Briennerstr. 8/I, 4. Aufg., Fernsprecher 92773, mündlich, schriftlich oder durch Fernsprecher.

„Kampf der Tertia." Die Bayerische Landesfilmbühne zeigt diese Woche, einem vielfachen Wunsche entsprechend, im Goethe-Saal, Leopoldstraße 46a, den Film „Kampf der Tertia" nach dem Roman von Wilhelm Speyer. Es sind prächtige Jungens, diese Tertianer, die den Kampf gegen die Stadtschulbehörde eines ihrer Schulgemeinde nahen Städtchens aufnehmen, weil man dort wegen eines unbegründeten Verdachtes die Katzen vertilgen will. Wie die ganze Tertia für das Leben der Katzen kämpft, gegen das ganze Städtchen Boestrum siegt und so den gesunden frischen Sinn und Mut heutiger Jugend erweist, das zeigt dieser Film, der am Donnerstag und Freitag jeweils 4 Uhr, 6.15 Uhr und 8.15 Uhr und am Samstag 4.15 Uhr und 8.15 Uhr im Goethe-Saal, Leopoldstr. 46a, läuft.

*

Im **Jung-Akademischen Club** spricht am Donnerstag, den 13. März 1930, abends 8 Uhr, im Hotel „Deutscher Kaiser" Herr Prälat Blaskovicz, Temesvar, über „Die Lage des Deutschtums in Rumänien". Prälat Blaskovicz ist einer der bekanntesten Führer der Deutschen in Rumänien, besonders der Auslandsdeutschen im Banat. Als Mitglied des rumänischen Parlaments ist der Redner ein vorzüglicher Kenner der Wirtschaftsfragen Rumäniens. Nachdem erst vor wenigen Tagen die Wahlen zum rumänischen Parlament stattfanden, gewinnt sein Vortrag in München besondere Bedeutung. Die Teilnahme an dem Vortrag ist nur auf Grund besonderer Einladungskarten möglich, die durch die Geschäftsstelle des Clubs, Leopoldstraße 13/I (Fernruf 31503) zu beziehen sind.

Bayerischer Landesverein für Heimatschutz. Am Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saal des Hotels Union, Barerstr. 7, ein Lichtbildervortrag von Herrn Dr. Joseph Maria Ritz, Konservator am Landesamt für Denkmalpflege, über „Volkstümliche Malerei" statt. Gäste willkommen.

Der Verein Münchener Aquarellisten hielt in diesen Tagen seine Generalversammlung ab. Die Neuwahl **des Vorstandes hatte** das folgende Ergebnis: **1. Vorsitzender Ferd. Nockher; 2. Vorsitzender Otto Miller-Diflo; Schriftführer und Kassenwart: Rudolf Köselitz.** Als Junioren für 1930 wurden gewählt die Herren: Nockher, Miller-Diflo, Köselitz, Adalbert Holzer, H. Kreyssig, Müller-Schnutterbach, Hans Neumann.

*

Wiedersehensfeier ehemaliger Angehöriger des kgl. Bayer. 3. Infanterie-Regiments.

Die Vereinigung ehem. Angehöriger des kgl. Bayer. 3. Infanterie-Regiments „Prinz Karl von Bayern" veranstaltet am 5./6. Juli heurigen Jahres einen Regimentstag mit Wiedersehensfeier. Hierzu werden jetzt schon große Vorbereitungen getroffen. An alle ehemaligen Regimentskameraden sowie an die Kameraden aller Militärvereine geht freundliche Einladung zum Besuch der Feier. Nähere Programmbekanntgabe erfolgt zur gegebenen Zeit an dieser Stelle. Anmeldungen und Anfragen wollen gerichtet werden an den 1. Vorsitzenden Herrn Steuersekretär Albrecht, Aichach, Riegelgasse.

Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer

Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über den Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1930 vorgelegt, mit dem Vorschlage, diesen Zuschlag für das Rechnungsjahr 1930 auf 15 Prozent zu belassen, wie im verflossenen Rechnungsjahr 1929. Der **Deutsche Touring-Klub** hat daraufhin eine Eingabe an den Reichsrat gerichtet und diesen gebeten, mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage, die sich auch im Kraftfahrwesen bemerkbar macht und im Hinblick darauf, daß die Erträge der Kraftfahrzeugsteuer in den letzten Jahren stets über den Voranschlag hinausgegangen sind, den Zuschlag höchstens auf 10 Prozent festzusetzen.

Ortsgruppe Au-Giesing

Vorführung des Parteitagfilms im Gasthaus Walchenseeplatz (im neuen Häuserblock mit dem Bild des Schmied von Kochel über dem Eingang) heute Abend. Erwerbslose und Kriegsbeschädigte gegen Ausweis frei. Eintritt 20 Pfennig.

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund. Hochschulgruppe München. Studentinnensektion.

Der nächste öffentliche Studentinnen-Sprechabend (der letzte dieses Semesters) findet statt am **Donnerstag, den 27. Februar** abends 8 Uhr, im Mathilden-Hospiz, Mathildenstr. 5. Thema: „Unsere Stellung zum Faschismus, und die Südtiroler Frage". Alle deutschen Kommilitoninnen sind herzlichst willkommen. Für Mitglieder Erscheinen unbedingt **Pflicht!**

*

Hitlerjugend München.

Das ständige Anwachsen unserer Hitlerjugendbewegung macht eine eigene Geschäftsstelle dringend notwendig. Welche Parteigenossen oder Gesinnungsfreunde überlassen uns leeres oder möbliertes Zimmer zu mäßigem monatlichen Mietpreis? Bahnhofnähe bevorzugt! Angebote erbitten wir an: Hitlerjugend e.V., Landesverband Südbayern, Paul-Heyse-Straße 7/I.

*

Die Hitler-Jugend Ortsgruppe München

ladet alle verehrten Eltern und Gönner zu der am Freitag, den 14. März 1930, stattfindenden **Eltern-Besprechung** im Hotel „Sächs. Hof", Arnulfstraße 22 (Nebenzimmer) recht herzlich ein.

Wir kommen damit einem in letzter Zeit mehrfach geäußerten Wunsche nach, und bitten die verehrten Eltern an diesem Ausspracheabend recht zahlreich zu erscheinen.

i. A.: O. Neff.

*

Deutscher Frauenorden Ortsgruppe München.

Anmeldungen zum Deutschen Frauenorden (Rotes Hakenkreuz) in München an die Ortsgruppenführerin Frau Rosa Stierhof-Schultes, Klenzestraße 16/2. Sprechstunde: jeden Dienstag 9 bis 11 Uhr vormittags.

*

Alle Ordensschwestern, die schon einmal in einem Sanitätskurs ausgebildet wurden, werden hiermit aufgefordert, ihre Anschrift mitzuteilen an Frau Rosa Stierhof-Schultes, Klenzestraße 16/II, Ortsgruppenführerin.

*

An alle Nationalsozialisten Münchens!

Am 12. Februar habe ich die Führung der Ortsgruppe München des Deutschen Frauenordens übernommen. In der Überzeugung, daß eine Organisation ihre Daseinsberechtigung nur mit Leistungen beweisen kann, fordere ich hiemit alle Mitglieder der Ortsgruppe auf, sich für die Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Schwesternschaft, eine soziale Fürsorgestelle, eine Abteilung für Anfertigung von Braunhemden und eine Jungmädchengruppe sind in Bildung begriffen.

Jede Frau und jedes Mädchen hat Gelegenheit sich hier ihrer Veranlagung entsprechend zu betätigen. Beachten Sie die Aufforderung zu Anmeldungen in den nächsten Nummern des „Völkischen Beobachters"! Jede eile an die Stelle, an der sie am besten wirken kann, auf daß der Orden seinen Zweck erfülle, ein Hilfsfaktor, eine wesentliche Stütze der großen nationalsozialistischen Bewegung zu sein.

Und ihr Frauen, die ihr dem Orden noch ferne steht, tretet ein in unsere Reihen! Je größer die Ortsgruppe ist, desto segensreicher kann sie wirken.

Mitarbeiten zu dürfen an dem gewaltigen Werke unseres Führers Adolf Hitler, im Sinne unserer Führerin Elsbeth Zander wollen wir Frauen vom Frauenorden als heiligstes Vorrecht für uns in Anspruch nehmen.

Heil!

Rosa Stierhof-Schultes, Klenzestraße 16/II.

Wer will Kaufmann werden?

Der Beruf ist beim Manne so tief eingebettet in seine ganze Persönlichkeit; er ist so richtungweisend für die Entwicklung des inneren und äußeren Menschen, daß es für den Mann kaum eine zweite Entscheidung von gleicher Bedeutung für das ganze Leben gibt, wie die Entscheidung für diesen oder jenen Beruf. Darum prüfe, wer sich ewig bindet — prüfe gründlich, bis in die letzten Einzelheiten, mache sich mit tiefem Ernst wirklich frei von jeder Modepsychose, sei gewissenhaft in der Selbsteinschätzung, versäume auch nicht, sich von erfahrenen Berufskennern beraten zu lassen.

Wie sieht es im Kaufmannsberuf aus?

Darüber muß völlige Klarheit herrschen: Die Zeiten, in denen der Kaufmannsberuf von Freytagscher Soll- und Haben-Romantik umwoben, sind unwiederbringlich dahin. Die Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb, zum Konzern und Mammutunternehmen hat den Kaufmannsgehilfen — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — den Weg zur Selbständigkeit abgeschnitten.

Der Traum vom Handelsherrn, der über Waren, Schiffe, Pflanzungen, Häuser herrscht, ist ausgeträumt. Was früher nur eine Übergangszeit war, ist heute ein Berufsstand, aber ein junger, aufstrebender Stand mit neuen Zielsetzungen und besonderen Lebenserfordernissen.

Das besagt nun keineswegs, daß die Aufgaben des Kaufmannsgehilfen sehr eingeengt wären. Im Gegenteil: Nie wurde vom Kaufmann eine solche Gründlichkeit und Vielseitigkeit des Wissens in jedem Berufszweig verlangt wie heute. Für den, der vorwärts kommen will — und wer wollte das nicht? schließt die Lehre nie ab.

Die kaufmännischen Betriebe sind untereinander in Handelsbetriebe, Branchen, Verkehrsunternehmungen und kaufmännische Hilfsbetriebe aufgeteilt; diese wiederum in Groß- und Kleinhandel, in Eisenindustrie, Chemische Industrie, Textilindustrie usw., in Reedereien, Eisenbahngesellschaften, Kraftfahr- und Luftverkehrsgesellschaften, in Banken, Versicherungsgesellschaften, Speditionsfirmen, Auskunfteien, Druckereien, Verlagsanstalten und noch viele andere mehr.

Schon ein flüchtiger Blick auf das Organisationsschema eines einzigen Betriebes belehrt darüber, wie unendlich feingegliedert und vielgestaltig das Arbeitsgebiet des Kaufmannes heute ist.

Alle kaufmännischen Betriebe sind auf dem sogenannten „wirtschaftlichen Prinzip" aufgebaut; überall ist die Arbeit so zu gestalten, daß für den einzelnen Betrieb wie für die Volkswirtschaft ein „Mehr", ein Gewinn herauskommt. Somit ist der Kaufmann der Sachwalter in der Verwaltung der volkswirtschaftlichen Güter.

Je mehr er in dieser Stellung eine sittliche Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber empfindet, um so weniger wird er sich durch rein eigennützige Motive des Geldverdienens leiten lassen, und um so mehr wird er jenes tiefe, sittliche Verhältnis zu seinem Berufe finden, ohne das niemand Kaufmann werden sollte.

Wer kann Kaufmann werden?

Ein Berliner Berufsberatungsamt hat darüber 10 Gebote zusammengestellt, die in der Schrift des Deutschnational. Handlungsgehilfen-Verbandes „Wer kann Kaufmann werden?" enthalten sind:

1. Der geistig beweglich ist und schnell auffaßt, 2. der fehlerlos schreibt und sicher rechnet, 3. der eine schöne Handschrift besitzt, 4. der aufmerksam und pünktlich ist, 5. der schnell und sicher antwortet, 6. der ein sauberer Junge ist, 7. der ein flinker, fixer Kerl ist, 8. der ehrlich und zuverlässig ist, 9. der ein anständiges, höfliches Wesen hat, 10. der mit offenen Augen durch die Welt geht.

Wer diese zehn Bedingungen erfüllt, wer Lust und Liebe zum Kaufmannsberuf mitbringt und wer — vor allem! — fleißig ist, der kann Kaufmann werden. Er wird, trotz der gegenwärtig miserablen Lage im Kaufmannsberuf und trotz der wirklichen Not der älteren Angestellten, es „zu etwas bringen". Daneben soll er aber auch gesund sein.

Das Arbeiten im vorwiegend geschlossenen Raum, das Tempo der Arbeit, die oft fehlende körperliche Ausarbeitung stellen hohe Anforderungen an Körper- und Nervenkräfte; leicht können Lungen-, Darm-, Augen- und Nervenleiden eintreten. Es ist ein unverzeihlicher Irrtum der öffentlichen Meinung, daß schwächliche Jungen am besten im Kaufmannsberuf aufgehoben seien.

Vorsicht bei der Wahl der Lehrstelle.

Die Not der älteren Angestellten hat viele Jugendliche davon abgeschreckt, Kaufmann zu werden. Daher werden heute bedeutend mehr Lehrstellen angeboten als besetzt werden können. Aber nicht alle Lehrstellen können empfohlen werden. Da ist es nicht immer leicht, eine Lehrstelle zu finden, in der die besonderen Talente des Lehrlings sich entfalten können. In jedem Falle ist dringend zu empfehlen, sich vor der Suche nach einer Lehrstelle an die Berufsberatungsstelle zu wenden, wie sie zum Beispiel der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in jedem größeren Ort für die jungen Berufsanwärter kostenlos unterhält.

Eine ungeeignete Lehrstelle kann für das ganze Leben von Nachteil sein. Unbedingt ist auch darauf zu achten, daß ein schriftlicher Lehrvertrag, der Zeit der Lehre, Entschädigung, Urlaub und so weiter festlegt, abgeschlossen wird. Es sei da noch einmal auf die Schrift „Wer kann Kaufmann werden?" hingewiesen, in der eine Fülle nützlicher Ratschläge zusammengetragen ist.

In der Schrift, die vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg 36, Holstenwall 1—5, an jeden Berufsanwärter abgegeben wird, heißt es zum Schluß: „Das Bild des Kaufmannsberufes ist groß und schön. Der Beruf bleibt immer Aufgabe. Nirgends gibt es ein Rasten in ihm. Die Besten gehören vor die Front des Kaufmannsberufes. Keiner stelle sein Licht unter den Scheffel, keiner traue aber auch blind auf eigne Kraft.

Wählet nüchtern, aber verzichtet nicht auf die Begeisterung nach der Wahl. Der Beruf des Kaufmanns ist es wert.

Walter Preuß.

Vom Münchner Karneval

Das große Fest der Juryfreien.

st. Zu den karnevalistischen Ereignissen jedes Jahres zählen unstreitig auch die Feste der Künstlervereinigung „Die Juryfreien". Den geschlossenen Veranstaltungen in den stimmungsvoll dekorierten Ausstellungsräumen an der Prinzregentenstraße pflegen sich 2 große öffentliche Faschingsfeste zu gesellen, die alle Räume der bekannten Gaststätte „Blüte" im lateinischen Viertel mit ihrem beschwingten Treiben erfüllen. Am 21. Februar fand das erste öffentliche Fest in der „Blüte" statt, das gesellschaftlich ein hervorragendes Ereignis bedeutete. Das Oberhaupt der Stadt selbst, Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, wohnte dem fröhlichen Abend bei und wurde so Zeuge der humor- und geistvollen Bilderrevue „Das erwachende München" mit lustigen Versen von Oskar Maria Graf, die alle bemerkenswerten Vorkommnisse des Jahres, wie den Knappertsbusch-Prozeß, die „M. N. N.", ja, Herrn Scharnagl selber, mit der Freiheit des Faschings „hernahm" und in die Perspektive der Künstlerlaune rückte. Die bewährte, auf acht Mann verstärkte „Jury-Band" unter Bruno Aulichs ebenso trefflichem als unermüdlichem Dirigentenstab brachte den Zauberklang der „Stimmung" in den wogenden Farbenrausch. Trotz drangvoll fürchterlicher Enge konnten sich selbst die zahlreichen „Prominenten" lange nicht von dem Feste trennen, das echt Münchner Karnevalstreiben bis in die Morgenstunden erfüllte.

Das einzigartige, von den Künstlern der Vereinigung (Vorsitzender Kunstmaler Schlageter) sehenswert dekorierte Fest soll am nächsten Donnerstag, den 27. Februar, in der „Blüte" wiederholt werden.

*

„Die Rampe", Literarisch-musikal. Gesellschaft München e. V., veranstaltete am vergangenen Samstag ihr Faschingsfest mit der Devise „Eine Nacht im Orient". Die festlich geschmückten Museumssäle waren die Stätte des bunten, lustigen Treibens. Dank der rührigen Leitung des 1. Vorsitzenden, Herrn Länterer, wurde den Anwesenden viel Lustiges, Originelles und Künstlerisches geboten. Besonders hervorzuheben ist die Aufführung des Festspieles „Ein Fest in Memphis" oder „Der Peterl von Afghanistan", in dessen Verlauf mit besonderem Beifall die stimmlichen Kräfte, wie der Bariton des Herrn Karl Ebner, der Baß des Herrn Major a. D. Karl Schwelien und der Tenor des Herrn Dr. Ernst Mosbacher, aufgenommen wurden.

Starken Applaus hatte die berühmte indische Schlangentänzerin „Dagu-Mahè", die mit ihrer lebenden, 3 Meter langen Tigerschlange einen schönen, dem Rahmen des Festes angepaßten Anblick bot. Ein großer Erfolg war das Auftreten der jungen, äußerst talentierten Tänzerin Luise Schaffer, die mit ihrem Sklaventanz, Spitzentanz und Lausbubentanz einen wahren Beifallssturm hervorrief, und immer wieder mit Begeisterung begrüßt wurde. In einem gemütlich eingerichteten Harem wurde den Gästen bei Mokka und türkischen Zigaretten viel für Auge und Ohr geboten.

Der glänzende Verlauf des Festes war ein Beweis, welch großen Anklang „Die Rampe", deren Zweck in der Förderung junger, emporstrebender Kräfte in der Literatur und Musik, liegt, beim Publikum hat. E. S.

*

Sturmvogel-Ball. Am Donnerstag, den 27. Februar, veranstaltet der größte Münchener Motorrad-Klub, der Klub für Motorsport „Sturmvogel" e. V. (ADAC.), seinen traditionellen Sturmvogelball in sämtlichen Räumen von Wien-München im Hotel Wagner, Sonnenstraße. Zum Tanz spielen zwei Musikkapellen auf und während der Tanzpausen sind, wie gewohnt, lustige Überraschungen vorgesehen. Der Eintrittspreis ist inkl. Steuer für Herren 2 M., für Damen 1.50 Mark.

Eine Wiederholung des Funkballes findet am Faschingssonntag, den 2. März, im Deutschen Theater statt. Bernhard Ette wird mit seinem Orchester zum Tanze spielen. Auch der Je-ka-fu-Senderaum ist wieder im Betrieb, der es jedermann ermöglicht, einmal vor dem Mikrophon zu sprechen. Die Veranstaltung, für die der Vorverkauf bereits sehr lebhaft eingesetzt hat, hat das Deutsche Theater übernommen.

Bunter Ball. Freitag, den 28. Februar, ist im Deutschen Theater wie alljährlich der Bunte Ball des Vereins zur Unterstützung des Dr. von Haunerschen Kinderspitals, allgemein der „Haunersche" genannt. Durch den Besuch dieses Balles ist Gelegenheit gegeben, dem bekanntlich sehr volkstümlichen und besonders unterstützungswerten Kinderspital Mittel zuzuwenden, die restlos den Kindern zugute kommen. Außerdem ist der Ball dadurch sehr beliebt, daß eine besondere Idee nicht ausgegeben, sondern jedes hübsche Kostüm, auch das leider im Münchner Fasching selten gewordene Visier gestattet ist. Da der Ball mit Hilfe der Medizinerschaft veranstaltet wird, ist erfahrungsgemäß viel tanzfrohe Jugend zugegen. Vorverkauf: Bankgeschäft Ernst Weingarten, Residenzstr. 23, Tel. 29023, Fa. Alfred Schmid Nachf., Residenzstr. 7, Tel. 23494, Musikalienhandlung Max Hieber, Marienplatz 18, Tel. 24806, Musikalienhandlung O. Halbreiter, Promenadeplatz 16, Tel. 92272, Verlagsanstalt D. u. R. Bischoff, Bayerstr. 21, Tel. 26895, Deutsches Theater, Schwanthalerstr. 13, Tel. 57201. Studenten-Karten im Vorverkauf nur beim Vergnügungsamt der Asta der Universität und der Technischen Hochschule München.

Handel

Konkurse in Bayern

Eröffnet: Joseph Deierler, Schuhwarengeschäftsinhaber, Nürnberg; KV. Rechtsanwalt Dr. Klinger, Nürnberg; AF. 31. März; PT. 10. April. — Anton Kain, Kaufmann und Spezereigeschäfts-Inhaber, Ingolstadt; KV. Rechtsanwalt Nadler, Ingolstadt; AF. 17. März; PT. 26. März. — Wilhelm Junack, Kaufmann, Alleininhaber eines Feinkostgeschäfts in München; KV. Rechtsanwalt Schneider, München; AF. 7. März; PT. 17. März.

Aus der Bewegung

Bekanntmachung.

Der S.S.-Ausweis Nr. 1261, ausgestellt auf den Namen Adolf Wohnsiedler, S.S.-Sturm 13, Stuttgart, ist zu Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

*

Ortsgruppe Haidhausen:

Donnerstag, den 27. Febr., abends 8 Uhr, Sprechabend im Hofbräuhauskeller. Sämtliche Vorstandsmitglieder treffen sich bereits eine Stunde früher.

Die Ortsgruppenleitung.

*

Ortsgruppe Au-Giesing.

Freitag, den 28. Februar, im Franziskanerkeller an der Hochstraße: „Freie Aussprache über den Youngplan mit vorhergehender Einführung in ihn, durch Pg. Dr. Pfaff, einer der besten Kenner des Youngplans. Gäste, besonders Verteidiger des Youngplans, willkommen; freie Aussprache!

*

Sektion 24 Thalkirchen-Obersendling.

Mittwoch, 26. Februar, Sprechabend im Gasthof „Deutsche Eiche". Thema: „Was wollen wir über den Young-Plan wissen."

*

Sektion 19. Stadtbezirk München-Süd.

Die nächste Zusammenkunft findet wieder bei unserem Mitglied Schweiger, Gasthaus „Forstenrieder Franziskaner", Forstenriederstraße 187, am Mittwoch, den 26. Februar 1930, abends 8 Uhr, statt. Vollzähliges Erscheinen erwartet der Sektionsführer Emmer.

*

Ortsgruppe Mitte, Sektion I/IV.

Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Hofbräuhaus, Kartensaal, Eingang von der Bräuhausstraße öffentliche Versammlung für den I und IV Stadtbezirk. Thema: „Tributregierungen, Massenelend, Massenmord und Ausweg." Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, sich an der Verteilung der hiezu erschienenen Versammlungseinladungen in Form eines Flugblatts zu beteiligen.

*

Ortsgruppe Gau Nymphenburg.

Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend bei Pg. Semmelmann, Gernerstr. 20. Redner: Pg. Dötsch.

SPIEL-PLAN

Mittwoch, den 26. Februar

National-Theater: „Jenufa". Anfang 7.30 Uhr.
Residenz Theater: „Ein Sommernachtstraum". Anfang 7.30 Uhr.
Prinz-Regenten-Theater: Geschlossen.
Münchener Schauspielhaus: „Zwei Krawatten". Anfang 7.30 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Das Dreimäderlhaus". Anfang 8 Uhr.
Münchener Volkstheater: „Hulla di Bulla". Anfang 8 Uhr.

Donnerstag, 27. Februar:

National-Theater: „Tiefland". Anfang 8 Uhr.
Residenz Theater: „Figaros Hochzeit". Anfang 7 Uhr. 2. Vorst. d. Mozart-Platzmiete i. Reihe C.
Prinz-Regenten-Theater: „Gesellschaft der Menschenrechte". Anfang 7.30 Uhr.
Münchener Schauspielhaus: Alleinige Uraufführung: „Kreatur". Anfang 7.30 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Die Fledermaus". Anfang 8 Uhr.
Münchener Volkstheater: „Hulla di Bulla". Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Augsburg.

Mittwoch, den 26. Februar:

23. Vorstellung in Platzmiete A: Uraufführung: „Premiere". Anfang 7.30 Uhr.

Donnerstag, den 27. Februar:

22. Vorstellung in Platzmiete B: „Neues vom Tage". Anfang 7.30 Uhr.

Theater in Nürnberg

Mittwoch, 26. Februar.

Altes Stadttheater am Lorenzerplatz: „Liliom". Anfang 8 Uhr.
Neues Stadttheater am Ring: Keine Vorstellung.

Donnerstag, 27. Februar.

Altes Stadtheaer am Lorenzerplatz: „Der Dämon". Anfang 8 Uhr.
Neues Stadt-Theater am Ring: „Neues vom Tage". Anfang 8 Uhr.

Landestheater Koburg.

Donnerstag, 27. Februar.

Donnerstags-Dauerkarte, Vorstellung 30. „Manon Lescaut". Anfang 7.30 Uhr.

Stadt-Theater Würzburg.

Donnerstag, 27. Februar:

Geschlossen.

Film des Tages

Phoebus-Palast, Sonnenstraße. „Landung in Paris". — Der amerikanische Tonfilm „Der Golfteufel", Lustspiel.

Emelka-Theater, Augustenstr. 87. „The Pilgrim" (Der Pilger) und „Feine Leute" mit Charlie Chaplin. Ferner „Die Verführerin". Ferner „Deutsche Jubil.-Skimeisterschaft 1930 in Oberstdorf vom 4. bis 9. Februar."

Luna-Palast. „Der Mann mit der Peitsche" mit Douglas Fairbanks, Fritz Kampers und Lee Parry. Ferner: „Autobus Nr. 2" mit Fritz Kampers und Lee Parry.

Kamera-Kino, Geibelstraße 6. „Ich lebe für dich", mit Wilhelm Dieterle, Lien Deyers. — „Liebe im Kuhstall", mit Henny Porten. — Kulturfilm und Deulig-Woche.

Sendlingertor-Lichtspiele, Sendling... „Liebeswalzer" mit Lilian Har... Fritsch, Georg Alexander.

Rathaus-Lichtspiele, Weinstr. 8. „Ho..." mit Harry Hardt, Gerda Maurus, Gustav Fröhlich.

Gloria-Palast, Stiglmaierplatz. „Broadway", mit Glenn Tryon, Evelyne Brent, Merna Kennedy. — „Kaiserin Elisabeth" von Österreich.

Film-Palast, Blumenstraße 29. „Broadway", mit Glenn Tryon. — „Hotel Stadt Lemberg", mit Pola Negri.

Bahnhof-Lichtspiele, Schillerstr. 4. „Alraune" mit Brigitte Helm, Paul Wegener, Iwan Petrovich. — „Die Gespensterfarm" mit Hoot Gibson.

Lipali, Kaufingerstr. 14. „Die Schreckensfahrt des Goldexpreß". — „Buster, der Filmreporter" mit Buster Keaton.

Museum-Lichtspiele, gegenüber dem Volksbad. „Mein Herz ist eine Jazzband", mit Lya Mara. — „Schloß der Liebe", mit Iwan Petrovich.

Merkur-Lichtspiele, Gollierstr. 24. „Verbotene Liebe". — „Vater und Sohn". mit Harry Liedtke.

Regina-Lichtspiele, Kaufingerstr. 23. „Mein Himmelreich", mit Vilma Banky.

Karlsplatz-Theater, Am Stachus. „König Ludwig II." — **Die Peitsche des Gesetzes"**

Viktoria-Theater, Lindwurmstraße 25 „Wenn du noch eine Heimat hast", mit Grita Ley. — „Die Peitsche des Gesetzes".

Rumford-Lichtspiele, Rumfordstr. 10. „Nachtlokal", mit Evelyn Holt, Erna Morena, Iris Arlan, Fred Döderlein. — „Unsere Liebe war Sünde", mit Vivian Gibson.

Lindwurmhof-Lichtspiele, Lindwurmstraße 88. „Polizeispionin 77", mit Ellen Richter. — „Sensation im Wintergarten", mit Claire Rommer, Paul Richter.

Imperial-Theater, Schützenstr. 1a. „Die Nacht gehört uns" mit Hans Albers, Charlotte Ander.

Filmburg, Feilitzschstr. 7. „Der Erzieher meiner Tochter", mit Harry Liedtke.

Fern-Andra-Lichtsp., Nymphenburgerstr. 136. „Frühlingsrauschen" mit Wilh. Dieterle, Lien Deyers. — „Der Sonderling" mit Karl Valentin, Lisl Karlstadt.

Scala-Lichtspiele, Türkenstr. 24. „Der Sonderling" mit Karl Valentin, Lisl Karlstadt.

Marmorhaus, Leopoldstr. 35. „Die Konkurrenz platzt" mit Maria Corda, Harry Liedtke. — „Frauen am Abgrund" mit Elga Brink.

Leopold-Lichtspiele, Leopoldstr. 80. „Rajah (Das Herz des Maharadscha). — „Pat und Patachon als Schwiegersöhne".

Capitol, Türkenstr. 89. „Tagebuch einer Verlorenen" mit Louise Brooks. — „Lunapark" mit Lois Wilson.

Oli-Lichtspiele, Orleansplatz 2. „Frühlingsrauschen" mit Wilhelm Dieterle, Lien Deyers. — „Achtung! Doppelgänger".

Wittelsbacher-Lichtspiele, Wittelsbacherpl. 3. „Schwester Maria" mit Werner Pittschau, Iris Arlan. — „Die Frau nach der man sich sehnt".

Harras-Lichtspiele, Plinganserstr. 42. „Paris du Stadt der Liebe" mit Ivan Petrovich. — „Kindertragödie".

Rundfunk

Donnerstag, den 27. Februar.

6.45 Uhr: Morgengymnastik I.
10.45 Uhr: Marktbericht der Münchner Großmarkthalle.
11.00 Uhr: Pressemeldungen.
11.15 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Werbenachrichten.
12.00 Uhr: Übertragung der Funkbildwetterkarte der Bayer. Landeswetterwarte.
12.30 Uhr: Mittagskonzert.
1.55 Uhr: Zeitzeichen.
2.00 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Pressemeldungen. Börsennachrichten. Tagesprogrammdurchsage.
3.45 und 5.55 Uhr: Zeitangabe. Wetterbericht. Neueste landwirtschaftliche Meldungen.
4.00 Uhr: E. Jessen: Spaziergang durch die Stadt.
4.15 Uhr: R. Braungart: Otto Erich Hartleben.
4.30 Uhr: Das Funktrio.
5.30 Uhr: Privatdozent Dr. E. Miller: Weltwirtschaftliche Rundschau.
6.15 Uhr: Reg.-Rat Dr. K. Weller, Weihenstephan: Pflege der Weiden und Wiesen.
6.30 Uhr: Büchertisch.
6.45 Uhr: Was soll ich werden?
7.00 Uhr: Justizrat R. Laturner: Hörbericht: Recht.
7.30 Uhr: Unterhaltungsstunde.
9.00 Uhr: Konrad Dreher.
9.30 Uhr: Kleine Kammermusik.
10.20 Uhr: Abendmeldungen: Zeitangabe. Wetterbericht. Pressemeldungen. Sportfunk. Programm des nächsten Tages.
Anschließend: Steuerterminkalender für die 1. Hälfte im März.

Beerdigungen

Am 27. Februar.

Ostfriedhof: Schrepfer Sophie, Stationsdienerswitwe, 80 Jahre, 3 Uhr; Kreuzpaintner Albert, Postassistent a. W., 50 J., 4 Uhr; Scheller Margarete, Zimmermeistersgattin, 71 J., 3 Uhr; Donner Anna, Buchhalterswitwe, 47 J., 3½ Uhr; Zehetbauer Lorenz, Brauereiarbeiter, 60 J., 4 Uhr; Breitenladner Liselotte, Zementeurskind, 11 M., 3½ Uhr; Landinger Georg, ehem. Hilfsarbeiter, 80 J., 2½ Uhr; Höchstötter August, Polizeisekr. a. D., 78 J., 10 Uhr (Feuerbestattung).

Westfriedhof: Hallhuber Joseph, Kaufmann, 59 J., 2½ Uhr; Hüber Kreszenz, Kaufmannsgattin, 46 J., 2 Uhr; Hupf Josephine, Min.-Oberoff.-G., 59 J., 3 Uhr.

Alter nördlicher Friedhof: Hölzl Maria, Oberoffiziantenswitwe, 64 J., 11¼ Uhr.

Sendling: Knoll Franz, ehem. Schmiedmeister, 70 J., 11 Uhr; Würdinger Josepha, Oberpostsekr.-G., 51 J., 11¼ Uhr.

Waldfriedhof: Huber Berta, 28 J., 4¼ Uhr; Kulisch Walter, Schauspieler, 37 J., 3½ Uhr; Spindler Hildegard, 2½ J., 4 Uhr; Will Wilhelm, 8 M., 1½ Uhr; Karl Auguste, Oberregierungsratswitwe, 51 J., 3 Uhr; Wohlfahrt Alois, ehem. Schafhändler, 87 J., 2½ Uhr.

Die Presse als Machtmittel des faschistischen Staates

Mit dem „Marsch auf Rom“ beginnt die neue Epoche – Die Monopolstellung der faschistischen Presse – Verhinderung von Mißbrauch der Presse – Der Arbeitsvertrag der Journalisten – Pressepolitik, ein Stück der gesamten Staatspolitik

Im Münchner Studentenhause hielt Schriftsteller A. Dresler auf Einladung der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung einen Vortrag über die faschistische Presse, aus dem wir einen größeren Auszug nachstehend wiedergeben.

*

Äußerlich betrachtet hat die italienische Presse eine ähnliche Entwicklung genommen wie die deutsche. In den Zeiten des Humanismus und der Renaissance finden wir einen mächtigen Aufschwung des Briefverkehrs, den man mit Recht als die Vorstufe des Zeitungswesens angesprochen hat.

Zu solchen Publizisten und Verfassern von Briefen, die von vorneherein für ein größeres Publikum bestimmt waren, gesellten sich zu Ende des 15. Jahrhunderts berufsmäßige Nachrichtenschreiber, scrittori d'avvisi, novellanti, menanti und von Venedig ausgehend gazzettanti genannt. Sie standen entweder im Solde von Fürsten oder Stadtmagistraten, denen sie aus Rom, Venedig, Mailand, Genua das Neueste vom Tage auf Nachrichtenblättern, fogli d'avvisi regelmäßig übersandten, oder verkauften solche Blätter öffentlich von Schreibstuben aus ans Publikum, wie es in Venedig auf der Rialtobrücke der Fall war.

Einen gewaltigen Einschnitt bedeutete in der italienischen Presse die französische Revolution. Sie ließ die ersten politischen Blätter, zugleich auch die ersten Tageszeitungen entstehen und eine größere Zahl befähigter Journalisten zur Entfaltung ihrer Kräfte gelangen. Aber diese erste Blüte des politischen Journalismus dauerte nur wenige Jahre, denn Napoleon stellte nach seiner Besteigung des Kaiserthrones die Zensur im Königreich Italien in ähnlicher Weise wieder her, wie sie zuvor in den italienischen Einzelstaaten bestanden hatte und dieser Zustand blieb auch nach der Restauration von 1815 und der Besetzung der Lombardei und Venetiens durch Österreich.

Mit dem „Marsch auf Rom“ aber beginnt dann eine völlig neue Epoche der italienischen Presse, die faschistische.

Es versteht sich von selbst, daß ein Vortrag über die faschistische Presse mit dem Namen Mussolinis begonnen werden muß. Ist doch der Gründer und Führer des Faschismus politisch erst als Journalist hervorgetreten.

Den zuerst gewählten Lehrberuf gab Mussolini bald auf, 1902 ging er in die Schweiz, dort als Gelegenheitsarbeiter und durch Aufsätze für sozialistische Blätter sich sein Brot verdienend. Er wollte damals selbst ein internationales Blatt gründen, was allerdings nicht gelang, er wurde vielmehr wegen seiner revolutionären Propaganda aus der Schweiz ausgewiesen.

Im damals österreichischen Triest setzte er seine Laufbahn fort am irredentistischen „Popolo“ Caesar Battistis und hier vollzog sich sein erstes Eintreten für den nationalen Gedanken.

Nach seiner Rückkehr in die Heimat erwarb er in Forli eine Druckerei und gab dort das sozialistische Wochenblatt „La Lotta di Classe“ (Der Klassenkampf) heraus. Für seine Auffassung vom Journalismus sind seine Worte bezeichnend: „Es handelt sich nicht darum, jede Woche die Zeitung vollzuschreiben, sondern für uns ist die Zeitung die Partei, ist sie eine Fahne, eine Seele“.

Sein leidenschaftlicher Stil und seine journalistischen Fähigkeiten brachten Mussolini dann 1912 die Berufung zum Hauptschriftleiter des sozialistischen Zentralblattes, des Mailänder „Avanti“ (Vorwärts). Der inzwischen verstorbene Paul Valera hat von dieser Zeit berichtet, Mussolini habe den „Avanti“ geleitet, wie ein Schiffsoffizier auf der Kommandobrücke sein Schiff leitet. Er suchte seine Mitarbeiter selbst aus, entließ mitleidslos jeden, der nicht gewandt und zuverlässig war, sorgte für einen reichen Nachrichtendienst und brachte die Auflage innerhalb zweier Jahre von 25 200 auf 94 000.

Der Ausbruch des Weltkrieges aber führte Mussolinis Ausschluß aus der Partei herbei, da er entgegen der Neutralitätslosung der Partei bald zu der Überzeugung kam, die Teilnahme Italiens am Kriege könnte die Möglichkeit zur Durchführung der sozialen Revolution bieten. Infolgedessen legte er die Leitung des „Avanti“ nieder und gab am 15. November 1914 ein eigenes Blatt „Il Popolo d'Italia“ heraus, in dem er für Italiens Anschluß an die Entente eintrat. Aber, obwohl er daraufhin aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurde, stand auf dem Kopfe seines neuen Blattes bis 1918 die Bezeichnung „Sozialistische Tageszeitung“.

Trotz größter finanzieller Schwierigkeiten gelang es Mussolini, den „Popolo d'Italia“ zu einer Fahne der Interventionisten aller Richtungen zu machen. Hunderte von Sozialisten schlossen sich ihm an und aus den Lesern seiner Zeitung gründete er am 11. Dezember 1914 den ersten „Fascio Interventista“, den ersten Bund zur Herbeiführung der Teilnahme Italiens am Kriege.

Der Faschismus ist also entstanden aus der Lesergemeinde des „Popolo d'Italia“.

Am 31. August rückte er selbst zu den Bersaglieri, den Jägern, ein und gab an der Front eine Schützengrabenzeitung, ein „Giornale di Libera“ heraus. Im Herbst 1927 schwer verwundet, kam er nach Mailand ins Lazarett und konnte nun, freilich auf Krücken, selbst wieder bei seinem „Popolo d'Italia“ nach dem Rechten sehen. Vor allem bekämpfte er mit größter Heftigkeit die sich infolge der Niederlage von Karfreit breitmachende defaitistische Stimmung.

Nach dem Kriege steckte sich Mussolini als neues Ziel die Bekämpfung der roten Flut des von Moskau her propagierten Kommunismus.

Aus den Lesern seines „Popolo d'Italia“ gründete er am 23. Mai 1919

„Kampfbünde gegen den Marxismus“,

die „Fasci di Combattimento“. Wieder wurde seine Zeitung zu einer Fahne im Kampfe, um die erbittert gekämpft wurde. Es kam zur regelrechten Belagerung der Redaktion durch die Roten, worauf als Vergeltung die Verbrennung des Verlagshauses des „Avanti“ erfolgte. Bis zum 30. Oktober 1922 hat Mussolini durch alle geistigen und blutigen Kämpfe die Leitung des „Popolo d'Italia“ beibehalten, erst nach dem Marsch auf Rom gab er sie an seinen Bruder Arnold ab und behielt nur die Leitung der Monatsschrift „La Gerarchia“ (Die Hierarchie) bei.

Nachdem die faschistische Partei durch den Marsch auf Rom am 28. Oktober 1922 die Regierungsgewalt übernommen hatte, ergab sich für sie die Notwendigkeit, die Presse im Sinne ihrer Politik zu beeinflussen. Zunächst begnügte man sich damit, den amtlichen Pressedienst, die „Agenzia Stefani“ in die Hand zu bekommen, indem man in ihr einen Vertrauensmann der Partei unterbrachte. Als weiterer Schritt folgte dann eine

straffe Organisation der Parteipresse,

die durch den politischen Erfolg einen starken Aufschwung genommen hatte. Manche der Unterführer sowie viele der intellektuellen Köpfe der Partei hatten auf eigene Faust eine faschistische Zeitung gegründet.

Dem wurde ein Riegel vorgeschoben durch eine Verordnung der Parteileitung vom 11. Oktober 1923, nach welcher als amtliche Parteiblätter anerkannt wurden: 12 Tageszeitungen (für jede Provinz eine), ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt, 2 zweimal und 44 einmal wöchentlich herauskommende Blätter, ferner 3 Monatsschriften, 7 Blätter für die faschistische Jugend, 7 Blätter im Ausland (davon 1 in Berlin) und 2 Kolonialzeitungen. Bei dieser Aufzählung zeigt die große Zahl der Wochenblätter, wie stark die geistige Seite der Partei im Grunde genommen war.

Gleichlaufend mit dieser Gewinnung einer Monopolstellung der faschistischen Partei im Parlament, im Gewerkschaftswesen und auf anderen Gebieten, ging das Streben auch nach einer Monopolstellung innerhalb der Presse und nach Beherrschung der öffentlichen Meinung.

Im Rahmen seiner allgemeinen Gewerkschaftspolitik hat der Faschismus auch den Journalistenberuf ebenso gewerkschaftlich organisiert wie die übrigen geistigen Berufe, z. B. Ärzte und Lehrer.

Durch Gesetz vom 26. Februar 1928 ist ein journalistisches Berufsregister, das „Albo professionale“ eingeführt worden, in das jeder Journalist eingetragen sein muß. Dadurch, daß an die Eintragung in dieses Register bestimmte Bedingungen geknüpft werden und über die Zulassung der faschistische Journalistenverband entscheidet, ist einerseits die Möglichkeit des Ausschlusses nichtfaschistischer oder faschistenfeindlicher Journalisten von ihrer Berufstätigkeit gegeben, andererseits aber bietet dieses Register zugleich die Mittel, den gesamten journalistischen Nachwuchs im faschistischen Sinne zu erziehen.

Ein weiteres Mittel zur Beherrschung der Presse bildet die Pressegesetzgebung.

Artikel 28 der unter Cavour erlassenen piemontesischen Verfassung vom 4. März 1848 hatte nach französischem Muster die Freiheit der Presse verkündet und nur den Mißbrauch dieser Freiheit mit einigen Strafbestimmungen bedacht. Dieses nach Karl Albert von Sardinien sogenannte Albertinische Edikt erfuhr zwar 1852 und 1859 geringe Einschränkungen und wurde 1859 durch Bestimmungen des Strafgesetzes ergänzt, im übrigen aber bildete es das Muster der Pressegesetzgebung auch den übrigen italienischen Staaten und es wurde nach der Einigung Italiens für das ganze Königreich verbindlich.

Seine wichtigste Bestimmung war, daß für einen Artikel in erster Linie der Verfasser haftbar gemacht wurde, in zweiter Linie der Verleger und in dritter Linie der Drucker. Bis 1924 ist das Albertinische Edikt in Kraft geblieben, am 9. Juli 1924 wurde es durch ein faschistisches Reglement ersetzt, das vom Ministerrat bereits am 12. Juli 1923 angenommen worden war.

Dieses Reglement ordnete die Verantwortlichkeit für Pressevergehen neu, sein 1. Artikel bestimmte, daß verantwortlich in erster Linie der Gerent oder der Leiter der Zeitung ist und daß dieser vom Präfekten des Erscheinungsbezirkes des Blattes als verantwortlicher Redakteur anerkannt sein muß. Der Verfasser eines strafbaren Aufsatzes kann außerdem noch haftbar gemacht werden.

Senatoren und Abgeordnete dürfen nicht als verantwortliche Redakteure zeichnen,

damit sie nicht unter dem Schutz der Immunität Pressevergehen ausüben können. Ebenso darf niemand verantwortlicher Redakteur sein, der wegen Pressevergehens bereits zweimal bestraft ist.

Der Präfekt kann die Anerkennung eines verantwortlichen Redakteurs unter Angabe des Grundes widerrufen, er kann ferner den verantwortlichen Redakteur verwarnen, wenn falsche oder tendenziöse Nachrichten gebracht werden, welche den Beziehungen Italiens zum Ausland schaden oder das nationale Ansehen im Innern oder gegenüber dem Ausland beeinträchtigen könnten, ferner bei Aufreizung zum Klassenhaß, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und die Obrigkeit, sowie bei Beschimpfung des Vaterlandes, der Religion, des Königs, der königlichen Familie, des Papstes, befreundeter ausländischer Mächte usw. Nach zweimaliger Verwarnung kann der Präfekt dem verantwortlichen Redakteur die Anerkennung entziehen.

Daß durch dieses Reglement die Pressefreiheit aufgehoben wurde, ist von faschistischer Seite ebensowenig bestritten worden, wie die Aufhebung des parlamentarischen Systems durch das Wahlgesetz von 1923.

Das Pressereglement von 1924 unterstellte die gesamte italienische Presse der Aufsicht des Faschismus,

denn die Präfekten waren damals natürlich entweder bereits Faschisten oder doch zum mindesten faschistenfreundlich gesinnt.

Die neue Pressegesetzgebung des Faschismus und die Einrichtung des Berufsregisters wurde ergänzt durch die Schaffung eines journalistischen Kollektiv-Arbeitsvertrages, den „Contratto di lavoro giornalistico“, der sich im Rahmen der übrigen Kollektivverträge der übrigen Berufe hält.

Über diese Fassung von 1919 ist dann der Faschismus weit hinausgegangen durch ein Gesetz vom 3. April 1926. Der darin festgelegte Arbeitskollektivvertrag regelt alle beruflichen Angelegenheiten der Journalisten, wie Anstellung und Entlassung, Gehalt, Urlaub und Feiertagsruhe, Alters- und Krankenfürsorge, Bewachung der Stelle bei Einziehung zum Militär oder Dienst bei der Miliz, Versorgung der Hinterbliebenen und Erben im Falle des Todes, Beitrag zur Berufsfürsorgekasse, Standeswürde usw.

Die endgültige Fassung erhielt dieser zwischen dem faschistischen Nationalverband der Zeitungsverleger und dem faschistischen Nationalsyndikate der Journalisten abgeschlossene Kollektivvertrag am 5. März 1928 in 28 Artikeln. Der Monopolstellung der faschistischen Berufsverbände entsprechend hat dieser Kollektivvertrag Geltung auch für die nichtfaschistischen Journalisten.

Den Einschränkungen der Pressefreiheit steht eine ausgedehnte Fürsorge für den Journalistenberuf gegenüber;

wie der Faschismus sich zur Aufgabe gestellt hat, einen Typ des Italieners zu schaffen, so hat er sich auch die Schaffung eines neuen Journalistentyps zum Ziele gesetzt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß das Problem Staat und Presse im Faschistischen eine vollkommen neue Lösung gefunden hat, und man muß dem Faschismus zugestehen, daß ebenso, wie seine Revolution im Gegensatz zur bolschewistischen, fast völlig unblutig verlaufen ist, auch seine Neugestaltung der Presseverhältnisse nicht wie in Rußland einfach durch die völlige Beseitigung des Bestehenden erfolgt ist, sondern nur durch die Besitzergreifung des vorhandenen Presseapparates und seine Einordnung in das System des faschistischen Staates.

Letzten Endes aber darf man die faschistische Pressepolitik überhaupt nicht losgelöst für sich betrachten, sondern kann sie nur als im Zusammenhang mit der Monopolstellung der Partei im gesamten Staatsleben, im Gewerkschaftswesen usw. beurteilen.

Unter den vielen Machtmitteln des Faschismus ist die Presse nur eines,

das noch nicht einmal zu den wichtigsten gehört, eine Tatsache, die vom Auslande meist **übersehen wird.**

Grauenhafte Korruption in der französischen Presse

Bis zum Leitartikel alles käuflich – Der Anzeigenteil als Mittel zu Finanzschwindeleien aller Art – Manche Blätter leben nur von „erotischen“ Anzeigen – Das Lösegeld der Spielbank

Die großen Pariser Blätter werden heute fast ausschließlich im Straßenverkauf vertrieben. Die Einführung des Straßenverkaufes der französischen Zeitungen, bei denen früher der feste Bezug die Regel gewesen war, geschah durch Emil de Girardin, der 1826 das Tagblatt „La Presse“ gründete. Es kostete nur fünf Centimen, einen Sou, was damals ein ungewöhnlich niedriger Preis war, der nicht einmal die Herstellungskosten der Zeitung deckte.

Dem suchte Girardin durch den Ausbau des bis dahin wenig beachteten Anzeigenteils abzuhelfen, wobei er sein Blatt auch zu Finanzmanövern und Börsenschwindeleien benutzte.

Dadurch wies er der französischen Presse jenen Weg zu dunklen Geldgeschäften und zur Bestechlichkeit,

den sie seither ganz allgemein eingeschlagen hat. Dem Vorbild der „Presse“ sind die späteren Soublätter wie „Le Petit Journal“, „Le Petit Parisien“, „Matin“, „Journal“ usw. getreulich gefolgt, und ihre Art ist kennzeichnend geworden für das gesamte Zeitungswesen Frankreichs.

„Der Pächter des Finanzteiles“, d. h. ein Geldgeber, pachtet gegen Monats- oder Jahreszahlungen den gesamten Inseratenteil einer Zeitung, so daß die Zeitung selbst keine gewöhnlichen Inserate annimmt. Dagegen sind finanzielle Anzeigen, Reklame und alles, was sonst noch im Textteil aufgenommen wird, von solchen Pachtverträgen immer ausgeschlossen und werden eigens von dem Inserenten bezahlt. Bemerkenswert ist, daß

auch die großen Nachrichtenagenturen wie Havas und Fournier den Inseratenteil großer Blätter pachten,

wodurch sie auf diese auch politischen Einfluß gewinnen.

Greifen wir nun einmal aufs Geratewohl zwei der großen Pariser Blätter heraus, um uns ihren Anzeigenteil näher anzusehen. Zunächst eine Ausgabe des „Journal“. Die Nummer umfaßt acht Seiten. Die Anzeigen, die nicht verpachtet sind, beginnen bereits auf der zweiten Seite. Dort finden sich in der bezeichneten Nummer fünf Anzeigen mittlerer Größe, auf Seite 3 folgen darauf ebenfalls fünf mittelgroße Anzeigen und eine große, ferner der Kurszettel der ausländischen Börsen. Seite 4 enthält einen umfangreichen Theater-, Konzert- und Vergnügungsanzeiger, 25 kleinere Anzeigen, meist von Vergnügungsstätten, und eine sehr große der Fordschen Automobilvertretung. Auf Seite 5 ist der Kurszettel der Pariser Börse vom Tage vorher untergebracht, ferner Handels-, Schiffahrts-, Autolinien- und Eisenbahn-Nachrichten sowie vier kleine und mittlere Geschäftsanzeigen. Seite 6 bringt 17 kleine und mittlere Anzeigen neben dem Textteil, und erst die beiden letzten Seiten sind ausschließlich Inseratenseiten.

Davon enthält Seite 7 vorwiegend die „Petites Annonces“, die meist nur zwei bis drei Zeilen umfassen, in unserem Falle beträgt ihre Zahl 349, außer denen noch zwei kleine, eine mittelgroße und eine Geschäftsanzeige vorhanden sind.

Der Preis der „Petites Annonces“ ist ein recht erheblicher; Stellengesuche kosten sieben Franken die Zeile, Angebote von Unterricht 15 Franken, Stellenangebote, Stunden in fremden Sprachen, Wohnungs- und Geschäftsräume zu vermieten, Kauf- und Verkaufsanzeigen 20 Franken, Handels- und Kapitalsanzeigen, Angebote von Häusern, Grundstücken und Geschäften 25 Franken die Zeile.

Die letzte Seite endlich bringt nur geschäftliche Anzeigen, und zwar zwei große, fünf mittlere und 17 kleine. Im ganzen entfallen von der achtseitigen Nummer etwa 5½ Seiten auf den textlichen, und nur 2½ Seiten auf den Anzeigenteil, die Börsen- und Vergnügungsnachrichten eingerechnet.

Ähnlich wie beim „Journal“ ist das Verhältnis zwischen Text- und Inseratenteil beim „Matin“.

Der Verfasser eines Buches „Hinter den Kulissen des französischen Journalismus“, ein französischer Chefredakteur, hat nun der Presse den Vorwurf gemacht, daß ihr Anzeigenteil vielfach Schwindelinserate enthält, und daß die erotischen Anzeigen einen so hohen Hundertsatz ausmachen wie in keinem anderen Lande der Welt.

In der Tat ist man erstaunt, beim Durchblättern französischer Zeitungen

auffallend zahlreiche Anzeigen mehr oder minder verhüllt erotischer Art

zu finden und zwar meist unter den „Petites Annonces“. Ja, es gibt Blätter, die von derartigen Anzeigen geradezu leben, wie z. B. der „Frou-Frou“, der vom Direktor des bedeutendsten Pariser Abendblattes „Paris-Soir“, E. Merle, herausgegeben wird.

Sowohl die „Petites Annonces“ als auch die Inserate des „Frou-Frou“ sind ausnahmslos erotischen, teilweise sogar perversen Charakters. Wird dagegen vom moralischen Standpunkt aus angekämpft, so von dem geschäftlicher Ehrenhaftigkeit gegen die

Benutzung des Inseratenteils zu Börsenmanövern und Finanzschwindeleien,

wie sie in Frankreich an der Tagesordnung sind. Dabei wird dann auch noch der Nachrichtenteil der Zeitung zur Unterstützung von Schwindeleien herangezogen, und das geht folgendermaßen zu: Ein Bankier möchte eine Million haben, aber das ist keine „Nachricht“. Er träumt, er hätte eine Diamantenmine in Brasilien entdeckt. Auch das ist keine. Er geht zur Zeitung und zahlt.

Diese Zahlung ist noch weniger „Nachricht“; sie bleibt unter uns. Aber, daß er behauptet, die Mine zu besitzen und darauf eine Emission macht mit großen, gutbezahlten Reklamen und Inseraten, dies macht die Sache zur „Nachricht“.

Man sieht, wie auf diese Weise Schwindeleien vom Anzeigenteil in den Nachrichtenteil übergreifen. Und es ist dann nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Tatsache, daß

auch ein Leitartikel, der zur Unterstützung eines Börsenmanövers dient, bezahlt wird.

So mußte der seinerzeitige Geldgeber Clémenceaus, Cornelius Herz, für einen Artikel im „Figaro“ zur Vertuschung des Panamaskandals nicht weniger als 100 000 Franken zahlen! Und es kommt schließlich dahin, daß das Inserat nicht mehr als kaufmännische Reklame angesehen wird, sondern daß es nur noch den Umweg zur Beeinflussung eines Blattes in bestimmter Richtung darstellt.

Das Bankinstitut „Crédit Foncier“ zahlt zum Beispiel jährlich über zwei Millionen Franken an Pariser Blätter, nur damit nichts Ungünstiges über seine Finanzlage gesagt wird.

Die Spielbank von Monaco zahlt laut ihrer Bilanz an Pariser Blätter 800 000 Franken im Jahr, damit kein Selbstmord, kein Regenwetter oder sonst etwas Nachteiliges über Monte Carlo gemeldet wird.

Ist es doch eine bekannte Erscheinung, daß französische Blätter, auch die größten, „Insertionsaufträge, d. h. Geldzuwendungen, dadurch einfach erpressen, daß sie über ein Geschäft, ein Finanzunternehmen, über Wertpapiere usw. so lange ungünstige und falsche Nachrichten bringen, bis ihnen durch Bezahlung von Inseraten, die gar nicht gedruckt zu werden brauchen, der Mund gestopft wird.

Jedes Wort, jede Zeile in dem Blatt ist käuflich,

alle zur Notierung zugelassenen Werte, die im täglichen Börsenzettel vorkommen, müssen dafür eine Jahreszahlung leisten, sonst wird der Kurs einfach weggelassen.

Besonders ausgenützt werden von der französischen Presse Gelegenheiten wie staatliche Anleihen an auswärtige Mächte.

An Hand zahlloser, mehr oder minder berüchtigter Beispiele ließe sich noch so manches über die eigenartigen Methoden sagen, wie die französische Presse die Finanzierung vornimmt. Aus dem Gesagten läßt sich aber wohl bereits deutlich entnehmen, daß es auf das Fehlen reell kaufmännischer Auswertung des Anzeigenteils, auf sein Mißverhältnis zum Textteil, auf die Verpachtung des Inseraten- und Anzeigenteils an bestimmte Industrie- und Geldgeberkreise zurückzuführen ist, wenn von ernsthaften Franzosen selbst immer wieder von einem „Pressesumpf“, einem „Schweinestall der Presse“, von „Vergiftung der öffentlichen Meinung“ usw. gesprochen wird.

Dr.

Die Greuel der Tschechen in Sibirien

Aufsehenerregende Mitteilungen eines russischen Offiziers – Die Tschechen als Verräter der slawischen Brüder – Eine völlig minderwertige Truppe – Der Aufstand der Tschechen in Sibirien – Ungestraft plünderten sie das russische Volkseigentum

Ein zaristischer Offizier, der lange in Nordasien kämpfte, hat unmittelbar nach seiner Abfahrt aus Wladiwostok seine Erinnerungen (auf russisch) in Tokio aufgezeichnet. Er war Augenzeuge vieler tschechischer Taten, und hörte an Ort und Stelle das, was andere Augenzeugen ihm zu erzählen hatten. Er gibt seiner Schrift den seltsamen Namen „Slawophile“, was offenbar ironisch aufzufassen ist, und den Untertitel „Die tschechischen Argonauten in Sibirien“. Er stattet die Schrift mit zwei Mottos aus. Das eine lautet: „Eine große Beleidigung hat mir jener Mensch zugefügt; wie Judas hat er seinen Bruder verraten!“ Das Zitat stammt aus Gogol, die „Furchtbare Rache“. Das zweite Motto soll ein Schlagwort sein, das damals in Sibirien gang und gäbe gewesen sei: die Unsrigen kämpfen mit den Unsrigen; die Tschechen treiben Zuckerhandel!

Wir geben im folgenden die Schrift wörtlich wieder (mit einigen Abkürzungen) und beginnen demgemäß mit dem Wortlaut, wie ihn jener Offizier niedergelegt hat.

*

Die Haupthelden der Intervention in Sibirien, die Tschechoslowaken, sind nach ihrer Heimat abgedampft. Vorher haben sie das russische Gut, das sie geraubt oder um ein Spottgeld gekauft hatten, auf ihre Dampfer geladen, haben die requirierten russischen Pferde verschleudert und haben die sibirischen Papierrubel in klingende Münze umgetauscht. Sie sind heimgekehrt, bekleidet mit den hohen Würden von Generälen und diplomatischen Vertretern, und mit vollgestopften Börsen, sie, die ehemaligen kleinen Handelsreisenden, Handlungsdiener und Feldschere, wie Syrowoj, Gayda, Pawlu, Blagosch.

Der tschechische Vertreter in Japan, Dr. Pergler, erklärte selbst, daß

die einfachsten Kämpfer der tschechischen Armee sich in Kleinrentner verwandelt

haben. Die Rubel natürlich, mit russischem Blute bespritzt, in fremde Valuta umgewechselt, die stinken nicht. Bei einem biegsamen Gewissen wird man sich mit diesen Rubeln nicht übel in der jungen tschechoslowakischen Republik einrichten können.

Im Rücken der Schlachten fütterten sich die Tschechen satt,

sie, die den Schutz der sibirischen Hauptbahn übernommen hatten, entrissen gewissenlos den Sanitätszügen die Lokomotiven und gaben dadurch die Staffeln mit den unschuldigen Opfern ihrer Intervention, nämlich mit den russischen Frauen und Kindern, gräßlichen Leiden preis.

In diesen hochtragischen Tagen vernahmen wir endlich die Stimme ihres altehrwürdigen Präsidenten. Statt jedoch die verwilderten Tschechen zur Erfüllung der elementarsten Humanitätsgrundsätze zurückzurufen, hat Masaryk, ein Führer des Slawentums, in seiner Weihnachtsbotschaft an seine „teueren Kinder“ nichts anderes zu sagen gewußt, als sie zu bitten, „alle Kräfte zur Erreichung des ersehnten Zieles der baldmöglichsten Heimkehr anzuspannen“.

Diese Mahnung ihres Präsidenten haben die lieben Kinder buchstäblich erfüllt.

Ihre Brüder, die Polen und Serben verratend, hinter sich Tausende von russischen Leichen zurücklassend, sind die tschechischen Sokols (Falken) nicht nur in raschem Fluge Wladiwostok zugeeilt, sondern haben noch Zeit gefunden, ihre reiche Kriegsbeute mitzuführen, ohne zu vergessen, unterwegs das russische Gold und Papiergeld aus der Staatskasse von Irkutsk mitzunehmen.

In derselben Botschaft zeigt sich Masaryk beunruhigt um das Los der Gräber der in Sibirien gefallenen tschechischen Krieger: Wir glauben, daß die Beunruhigung des Präsidenten grundlos ist. Wir erinnern uns des Spruches des altrussischen Heldenfürsten Viatoslav: Die Toten trifft keine Schande! Die Gräber echter tschechischer Helden, die ihr Leben für ihre Nächsten opferten, werden sich stets der Pflege des russischen Volkes erfreuen.

Dies dagegen sollen sich ihre überlebenden, mit unauslöschlicher Schande bedeckten Kameraden merken, daß neben den spärlichen Gräbern tschechischer Helden längs des großen sibirischen Schienenstranges Tausende neuer russischer Gräber entstanden sind, auf deren Kreuz die kurze Inschrift eingeschnitten ist:

Hier hat ein Bruder den anderen verraten!

Die Hügel dieser Gräber werden einst dem Erdboden gleich werden. Vergessen wird die lange Reihe der Namen von den Opfern des tschechischen Verrates. Ewig aber wird die Sage weiterleben vom

Verbrechen der Kaine des Slawentums.

(Das geht auf Kain, der den Abel erschlug.)

Die unbestechliche Geschichte wird es vermerken, daß die junge tschechische Republik das erste Jahr ihrer Freiheit durch einen Verrat gebrandmarkt hat, der in der Geschichte unerhört ist. Zwischen sich und dem übrigen Slawentum hat die Republik damit einen tiefen Abgrund gegraben.

Erster Abschnitt

Die ersten tschechischen Truppenformationen in Rußland. — Deren Erweiterung. — Moralischer Zustand im Jahre 1918. — Ursachen des tschechischen Aufstandes gegen die Bolschewiki.

Im November 1914 trat die tschechische Druschina in die Reihen der russischen Feldarmee ein. Die Druschina formierte sich zum Teil aus russischen Untertanen tschechischen Blutes, gebürtig zumeist in Wolhynien, zum Teil aus österreichischen Tschechen, die das Ideal der slawischen Gemeinbürgschaft pflegten. Der Krieg ereilte sie in Rußland, und sie traten ohne Bedenken gegen Österreich auf. Fahnenträger der Druschina war ein alter Professor der Prager Universität. Erstklassiges Kriegsmaterial war vorhanden. Infolgedessen erwarb die Druschina, kaum an der Front erschienen, ausgezeichneten Kriegsruhm. Mit der Zeit wurde sie, deren Stärke ursprünglich nur 800 Mann betrug, durch Zustrom von Freiwilligen tschechischen Kriegsgefangenen eine Brigade, dann eine Division. Die oberen Kommandostellen wurden durch russische, die unteren durch tschechische Offiziere besetzt.

Nachdem die Revolution ausgebrochen, wurde dem tschechischen Nationalkomitee gänzliche Freiheit eingeräumt, um alle Kriegsgefangenen zu sammeln und zu verwerten. Die Folge war die Errichtung des tschechoslowakischen Armeekorps. Es erreichte die imposante Stärke von 50—60 000 Mann.

In dem Maße jedoch, in dem die Zahl der Krieger sich erhöhte, verschlimmerte sich die Qualität dieser Formation.

Die idealen Kämpfer, die schon bei Beginn des Krieges mit den Waffen in die Reihen des russischen Heeres eingetreten waren, sie waren entweder tot oder ausgeschieden. Die gelichteten Reihen wurden durch Leute ausgefüllt, die sich aus den Konzentrationslagern befreien wollten oder auch zwangsmäßig durch jenes Nationalkomitee von dort herausgeholt waren.

In den schweren Tagen der Julikämpfe um Tarnopol, als die Russen, bei denen die republikanische Propaganda gewirkt hatte, ihre Stellungen ohne Widerstand preisgaben, haben die Tschechen ihre Kriegspflicht tapfer erfüllt. Nach der Auflösung der russischen Front, nach dem Frieden von Brest-Litowsk, wurden die tschechischen Formationen zunächst nach Kiew zusammengezogen.

Gemäß der Bestimmung des Interalliierten Obersten Rates in Paris sollten sie nach Wladiwostok abtransportiert werden, um von da an die französische Front weiterbefördert zu werden. Im Frühjahr 1918 waren die tschechischen Staffeln längs dem sibirischen Schienenstrange von Pensa (nordwestlich des Urals) bis Wladiwostok auseinandergezogen. Nun wünschte natürlich Deutschland nicht ein Erscheinen dieser Tschechen in Frankreich. Graf Mirbach forderte von den bolschewistischen Kommissären, die ihm gefügig waren, sie sollten die tschechischen Truppenteile entwaffnen und in Konzentrantionslagern internieren.

Dies war der einzige Grund des tschechischen Aufstandes,

der sich im weiteren Verfolg zur Alliierten-Intervention in Sibirien auswuchs. Mit anderen Worten: Wir verneinen jedwede idealen Beweggründe für die Taten der Tschechen an der Wolga und in Sibirien und behaupten, daß deren Handlungen ausschließlich durch den Selbsterhaltungstrieb bestimmt worden sind.

Wir haben an die Freundschaft Englands und Frankreichs geglaubt. Das imperialistische und gierige Amerika haben wir in einen Mantel einer uneigennützigen Beschützerin der Schwachen und Bedrängten gekleidet.

Wir glaubten an eine Weltgerechtigkeit.

Da erwarteten uns nur schreckliche Enttäuschungen. So wollten wir den Aufstand der Tschechen gegen die Bolschewiki, der sich nur gegen die Aussicht richtete, wiederum in Konzentrationslager gebracht zu werden, wo ihrer die schärfsten Strafen für ihren Verrat an Seiner Apostolischen Majestät (dem österreichischen Kaiser) harrten. Den waren wir geneigt, für eine nationale Bewegung anzuschauen. Mehr noch, wir waren bereit, in ihm einen Protest gegen das ganze deutsche Schalten und Walten in Rußland zu erblicken.

Als unbelehrbare Slawophilen wähnten wir daß die Tschechen nicht nur um Böhmens Freiheit, sondern auch um die Wiederauferstehung eines nationalen Rußlands kämpften. Dem gegenüber war die traurige Wirklichkeit gräßlich.

Das Verweilen in Konzentrationslagern, die Berührung mit den in Zerfall begriffenen Teilen des russischen Heeres konnte unmöglich einen guten Einfluß auf den moralischen Zustand der Tschechen haben, konnte ihre Disziplin nicht fördern. Es gab bei ihnen noch kein Offizierskorps.

Gerade die tschechischen Offiziere der österreichischen Armee, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, waren derart „verdeutscht“, daß sie mit wenigen Ausnahmen sich der Masaryk-Bewegung fernhielten; andererseits waren sie durch die russischen Offiziere allmählich hinausgedrängt worden. Infolgedessen sah man sich genötigt, Leute heranzuziehen, auch für die höheren Kommandostellen, die nur einfache Soldaten gewesen, und jeder ernsten militärischen Ausbildung bar waren.

Man sah in Offiziers- und sogar Generalsstellen ehemalige Agronomen, Händler und Handlungsreisende erscheinen.

Von den tschechischen Generalen war ein einziger Leutnant gewesen. Syrowoj war ursprünglich Handelsreisender, Gayda Feldscher. Die Leute ordneten sich einem solchen Kommando nur ungern unter. Stets gab es Intrigen zwischen den höheren Chargen. Die Masse der Soldaten mischte sich ein, zumal die Tschechen nach bolschewistischem Muster auch bei sich Soldatenkomitees eingeführt hatten.

Das Ergebnis war: im Frühjahr 1918 waren die tschechischen Truppenteile nicht mehr die einst wohldisziplinierten und geschlossenen Heeresformationen, sondern

ein wirrer Haufe von verschieden bewaffneten Männern,

die bloß den einzigen Gedanken hegten, sich der Gefangenschaft durch die Deutschen zu ent- entziehen und möglichst bald in die Heimat zurückzukehren. Die Kommandostellen führten nicht etwa die Soldaten, sondern ließen sich von diesen, sich ihrer Stimmung anpassend, ergeben hinterher schleppen.

Die idealen Gründer des tschechischen Nationalkomitees wurden nach und nach durch politische Karrierenmacher hinausgedrängt. Demagogen traten auf, die nach der Popularität bei den Soldaten haschten. Als faktische Lenker des Komitees taten sich die Vertreter der äußersten sozialistischen Partei auf: Bogdan Pavlu, Patehol, Blagosch, der später den Admiral Koltschak verriet, Girsa, Richter, Medek, deren Treiben in Sibirien zur Genüge bekannt ist.

(Schluß siehe Rückseite.)

Sechs Todesopfer eines Fabrikbrandes

Großfeuer in einer großen Londoner Strohhutfabrik – Unter den Toten eine 75jährige Frau

London, 26. Febr.

In einer der größten Strohhutfabriken der Welt in London brach am Dienstagvormittag Großfeuer aus. Die Flammen erreichten schnell eine Höhe von 20 bis 25 Metern, und von etwa 200 Arbeitern und Arbeiterinnen konnte sich nur ein Teil in Sicherheit bringen. Sechs Personen sind dabei in den Flammen umgekommen, unter ihnen eine 75jährige Frau, drei jüngere Arbeiterinnen, ein Maschinist und ein Angestellter. Die Fabrik wurde fast restlos zerstört. Etwa 20 Arbeiter und Arbeiterinnen zogen sich schwere Brandwunden zu. Die Ursache des Feuers steht noch nicht einwandfrei fest, doch nimmt man an, daß Bienenwachs in den Kesseln überkochte, in Flammen aufging und die Flammen dann einen nahegelegenen Fahrstuhl ergriffen.

Mit 200 000 Mark flüchtig

Hamburg, 26. Februar.

Die hiesige Staatsanwaltschaft hat gegen den Kaufmann Julius Stiefel, Inhaber eines Zuckergroßhandelsgeschäftes, Haftbefehl wegen dringenden Verdacht's des Betruges und des Konkursverbrechens erlassen. Ferner wurden Haftbefehle wegen dringenden Verdachtes der Mittäterschaft gegen die beiden Lagerhalter Paul Krause und Gustav Lipp erlassen. Alle drei sind flüchtig. Es wurde festgestellt, daß Stiefel am 18. Februar unter Mitnahme von über 200 000 Mark Hamburg verlassen hat. Er wollte angeblich in Magdeburg Geschäfte abwickeln.

Das Alibi nicht geglückt

Magdeburg, 26. Februar.

Zur Mordsache Bauer wird mitgeteilt, daß der von dem Privatdetektiv Peters angetretene Alibinachweis als nicht geglückt zu betrachten sei. Die Durchsuchung des Hauses der Frau Bauer und der Wohnung von Peters haben zu nennenswerten Ergebnissen nicht geführt. Der Verdacht gegen die Beschuldigten stützt sich in der Hauptsache auf Indizien.

Der ermordete Bauer war bei der Basler Lebensversicherungs-Gesellschaft mit 25 000 Schweizer Goldfranken (bei Tod durch Unfall mit der doppelten Summe) versichert. Diese Versicherung galt sowohl für Bauer wie für seine Frau. Es lief außerdem noch eine Unfallversicherung auf 50 000 Reichsmark, ebenfalls bei der Basler Lebensversicherungs-AG. Schließlich hatte Bauer bei einer anderen Versicherungsgesellschaft noch eine Unfallversicherung über 10 000 Reichsmark abgeschlossen.

Die Schwester der Frau Bauer, die einen Selbstmordversuch unternahm, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Auch noch eine Hellseherin in Kulmbach

Berlin, 26. Februar.

Wie der „Lokal-Anzeiger" erfährt, hat die Familie Meußdörffer auch eine Hellseherin zur Klärung des Mordfalles herangezogen. Es handle sich um eine Dame aus Charlottenburg, die mit ihrer verheirateten Tochter zusammenarbeitet und festgestellt haben will, daß der Einbruch in die Villa Meußdörffer von mindestens zwei Einbrechern mit Gesichtsmasken verübt worden sei, die Geld suchten und mit der Örtlichkeit genauestens vertraut gewesen seien.

*

Frau Sacher gestorben.

Wien, 26. Februar.

Am Dienstagvormittag ist hier eine der bekanntesten Wienerinnen, „Frau Anna Sacher", gestorben, die durch die nach ihr genannte Sacher-Torte, die sogar in einem Lustspiel auf die Bühne gebracht worden ist, bekannt wurde und auch sonst im „Hotel Sacher" zum Weltruf der Wiener Küche beitrug. Frau Sacher war in ihrer Jugend eine berühmte Schönheit und hat, was bei ihr eigentümlich war, mehrere starke Habanazigarren täglich geraucht.

Vögel, die sich parfümieren

Von Dr. Kurt Foericke.

Vor vielen Jahren schrieb mir einmal mein Bruder aus Schlesien, er habe beim Rehbockanstand am Waldesrande beobachtet, wie Stare in seiner unmittelbaren Nähe an einer sogenannten Ameisenstraße einfielen und den Boden eifrig mit ihren Schnäbeln abzirkelten. Die ergriffenen Ameisen wurden aber nicht etwa kurzerhand verspeist, sondern die Vögel steckten sie sich mit allen Zeichen des Wohlbehagens unter die Flügel.

Einige Jahre später machte ich selbst ganz ähnliche Beobachtungen gleichfalls bei Staren, und neuerdings wird das gleiche auch von Krähen berichtet. Diese rutschten an dem betreffenden Platze mit gesträubten Federn, gelüfteten Flügeln und erhobenem Kopfe förmlich auf dem Bauche herum, wobei sie sich auf den Schwanz stützten. Sie waren so vertieft in ihre ihnen sichtlich sehr angenehme Beschäftigung, daß sie den Jäger samt Hund ganz nahe herankommen ließen. Bemerkenswert ist auch, daß in allen Fällen weder Stare noch Krähen einen Laut hören ließen, sondern sich ganz still verhielten, obwohl sie doch sonst bekanntlich recht schreilustige Vögel sind.

Was mag nun wohl der Grund dafür gewesen sein, daß sie sich mit solchem Eifer einem solch rätselhaften Genusse hingaben? Dieser bestand wohl zum Teil darin, daß die bedrohten Ameisen zur Abwehr reichlich Ameisensäure ausspritzten, was wohl erfrischend auf die Haut der Vögel wirken mag. Von einem Behagen an dem Geruch der Ameisensäure kann dagegen kaum die Rede sein, da ja das Geruchsvermögen der Vögel bekanntlich stark verkümmert ist. Eine praktische Folge dieser „Ameisenbäder" war es aber jedenfalls, daß dadurch lästige Hautparasiten der Vögel zum Abfallen bewogen wurden. Ob die Stare und Krähen das gewußt haben mögen, also zielbewußt handelten? Wenn ja, dann würde das ganze Verfahren für eine ausnehmend hohe Intelligenz bei ihnen sprechen.

Freibier im Parlament

Ein großer Teil der Mitglieder der belgischen Abgeordnetenkammer setzt sich jetzt für Forderungen ein, die eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten betreffen. Auch verlangt man die Wiedereinführung der alten Sitte des Freibiers an den Büfetts des Parlaments. Vor längerer Zeit war die Verabreichung des Freibiers eingestellt worden, weil es zu einigen Ausschreitungen gekommen war.

Verheerendes Großfeuer in Glurns im Vintschgau

15 Wohngebäude abgebrannt – 63 Menschen obdachlos

Meran, 26. Febr.

Die Stadt Glurns im Vintschgau wurde in der Nacht zum Dienstag von einem verheerenden Brande heimgesucht. 15 Wohngebäude fielen samt den dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden den Flammen zum Opfer. 63 Personen sind obdachlos. Eine Anzahl von Groß- und Federvieh ist mitverbrannt. Der Schaden beträgt etwa eine Million Lire und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist unbekannt.

Auf dem Kampfplatz der Zigeuner

Der Friedhof nach der Beerdigung des Primas

Budapest, 26. Febr.

Nach der Beerdigung des Zigeunerprimas Béla Raditsch am Montag gleicht der ganze Friedhof einem Kampfplatz. Die meisten Gräber sind zertreten und vollständig unkenntlich. Die Grabkreuze liegen am Boden, und die Rasenflächen sind zerstampft. Der Polizei wurden zahlreiche Körbe mit Hüten, Handtaschen, Kleidungsstücken und ähnlichen Dingen eingeliefert, die das Publikum auf dem Friedhof verloren hatte. Der auf dem Friedhof verursachte Schaden wird auf mindestens 21 000 Pengö geschätzt. Außerdem sind zahlreiche Anzeigen wegen gestohlener Brieftaschen, Uhren und anderen Wertsachen eingelaufen.

Die Leiche an der Fahnenstange

In Berlin stand vor einigen Tagen vor der Technischen Hochschule eine Menschenmenge. Da oben an der Fahnenstange hängt eine Leiche, murmelte einer. Die ganze Masse von Leuten, die es alle wie gewöhnlich furchtbar eilig haben, steht mit aufwärts gedrehten Hälsen und starrt. Um einen Menschen an der Fahnenstange baumeln zu sehen, verlangsamt selbst ein Berliner sein Tempo und läßt den Chef, die Freundin, die wichtigste Konferenz warten.

Da hängt er wirklich, um den fünfzig Menschen ihre wichtigste Beschäftigung, die Eile, vergessen. Wenn er lebendig wäre, würde sich natürlich kein Mensch für ihn interessieren. Von unten gesehen, ist er ziemlich schäbig angezogen. Das Publikum beginnt, seine Meinungen auszutauschen. Wahrscheinlich ein Selbstmörder aus Not, vielleicht ein Arbeitsloser. Arbeitslose gibt es Tausende.

Aber einer, der sich an der Fahnenstange aufhängt, so daß jeder Passant ihn sehen kann, das ist schon etwas Besonderes. Die starrende Menge beginnt bereits zu philosophieren. Die Not im allgemeinen. Die Not im besonderen. Von der Not zum Selbstmord. Vom Selbstmord zurück zu allen kleinen Sorgen des täglichen Lebens, vom Liebeskummer bis zum Krach im Büro.

Ein jeder fast entdeckt, angeregt durch diesen fremden Hängenden an der Fahnenstange, eine Stunde, eine Stimmung in sich, in der er selbst einmal an Selbstmord gedacht hat. Und irgendwo ist in jedem ein leises, wohltuendes, uneingestandenes Gefühl: Immerhin, der da hängt, aber ich lebe noch. Eine der Besonnenen ist zum Feuermelder gelaufen und hat die Feuerwehr alarmiert.

Nach einiger Zeit erscheint die Feuerwehr. Das Publikum, das plötzlich sehr viel Zeit hat, steht immer noch und wartet, daß die Leiche geborgen wird. Vielleicht erfährt man doch noch Einzelheiten. Nach kurzer Zeit verschwindet die Leiche durch eine Dachluke. Die Fahnenstange steht aufrecht und steif. Man sieht ihr nicht mehr an, daß sie vor kurzem einen Menschen vom Leben zum Tode befördert hat. — Übrigens hat sie das auch gar nicht!

Nach wenigen Minuten erscheinen nämlich die Feuerwehrleute wieder unten. Sie fluchen ziemlich derb vor sich hin. Die Leiche war nämlich keine Leiche, sondern eine ausgestopfte Puppe, die wahrscheinlich einer der Studenten zum Scherz an die Fahnenstange gehängt hatte.

Unter stürzenden Mauern ...

Schwere Gasexplosion in Prag – Erschütternde Szenen an der Unglücksstätte

Prag, 26. Februar.

In der Vorstadt Wrschowitz ereignete sich am Dienstag in einem dreistöckigen Wohnhause eine schwere Gasexplosion, durch die drei Personen schwer und einige Personen leicht verletzt wurden. Alle fünfzehn Wohnungen des Hauses wurden zerstört. Die Vorderfront stürzte unter ungeheurem Getöse zusammen. Am Vormittag hatte ein Arbeiter im ersten Stockwerk die Zuleitung zu einer Gasuhr gelegt. Vermutlich ist dabei Gas ausgeströmt, das dann explodierte. Der Arbeiter sowie zwei Hausbewohner wurden schwer verletzt.

An der Unglücksstelle spielten sich ergreifende Szenen ab. Eine Mutter konnte nur im letzten Augenblick davon abgehalten werden, ihr dreijähriges Kind aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes auf die Straße zu werfen, um es vor den Flammen und dem einstürzenden Mauerwerk zu retten. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß der Explosion kein Menschenleben zum Opfer fiel. Polizei und Militär nahmen die Aufräumungsarbeiten vor.

Ein Felsen auf den Schienen

Anschlag auf den D-Zug Berlin–Riga?

Berlin, 26. Febr.

In der Nacht zum Montag entgleisten bei Mitau die Lokomotive, ein Gepäck- und ein Schlafwagen des D-Zuges Berlin–Riga. Personen wurden nicht verletzt. Auf den Schienen wurde ein großer Felsstein gefunden, der die Ursache der Entgleisung war. Die Untersuchung ist im Gange.

Bauernnot auf Rügen

Man hat ihnen die Kredite gekündigt

Putbus, 26. Februar.

Die landwirtschaftlichen Kredite, die von der Preußenkasse auf dem Wege über die Pommernkasse und die landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsbank Stralsund begeben wurden, sind bei einer großen Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ganz kurzfristig gekündigt worden. Es sind von dieser Kündigung bisher 50 Güter betroffen worden, wobei es sich allgemein um alteingesessene Landwirte sowie Gutsbesitzer und Pächter handelt. Die gesamte Bevölkerung Rügens ist wegen der bevorstehenden wirtschaftlichen Katastrophe außerordentlich beunruhigt.

Gefängnis für Bauernnot

Berlin, 26. Februar.

In dem Prozeß gegen 31 Bauern aus Sevelten wegen öffentlicher Zusammenrottung wurde am Dienstag vom Oldenburger Landesschöffengericht das Urteil gefällt. Der Landvolkführer Germann wurde, wie aus Oldenburg berichtet wird, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, zwei Landwirte erhielten je vier Monate, 17 Angeklagte je drei Monate Gefängnis. Strafaufschub wurde in keinem Fall gewährt.

Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: Bei einem Bauern war ein Eber wegen rückständiger Steuern gepfändet worden. Eine Anzahl Bauern hatten den Eber dem neuen Besitzer mit Gewalt weggenommen und dem Gepfändeten wieder in den Stall gebracht.

Graue Haare – Weißer Pelz

Nach Metschnikoff beruht das Grau- und Weißwerden unserer Haare darauf, daß die Pigmentkörner, die das Mark eines Haares enthält, von wandernden Zellen absorbiert werden, die sie in den Blutumlauf hineinleiten, während sich im Inneren der Markräume des Haares Luft ansammelt. Diese Veränderung kann erst dann eintreten, wenn die Haarzellen wegen zunehmender Entkräftigung nicht mehr imstande sind ihren Inhalt festzuhalten, oder infolge einer übermäßigen Tätigkeit der wandernden Zellen, die Chromophagen genannt werden.

Eine ähnliche Erscheinung tritt bei gewissen Tieren ein, deren Haarpelz im Winter bleicht, wofür das Hermelin ein typisches Beispiel ist, das in der milden Jahreszeit oberseits braunrot gefärbt, in der rauhen dagegen am ganzen Körper weiß ist (bis auf die immer schwarze Schwanzspitze). Ebenso wird das oberseits bräunliche Eichhörnchen winters im hohen Norden häufig weißgrau, bisweilen auch ganz weiß oder gescheckt.

Nach Trouessart vollzieht sich bei diesen und verschiedenen anderen Tieren das Bleichen der Haare unter der Einwirkung der Kälte durch denselben Mechanismus wie das Grauwerden der Haare beim Menschen infolge des Alters oder heftiger Gemütsbewegungen. Auch bei Säugetieren, deren Pelz nicht in solcher Weise periodisch blaß wird, vermag übrigens ein plötzlich eintretender heftiger Frost dieselbe Erscheinung hervorzubringen. Roß berichtet, daß ein Lemming, der an zwei Vormittagen einer Kälte von 30 Grad unter Null ausgesetzt wurde, in acht Tagen beinahe vollkommen weiß wurde.

*

Das Lächeln einer Frau.

In Wien wird demnächst ein merkwürdiger Prozeß geführt werden. Das Streitobjekt ist das Lächeln einer schönen Frau. Die beiden Parteien sind ein österreichischer Schokoladenfabrikant, der das Lächeln und die dazugehörige Photographie als Reklame für seine Schokoladenpackungen benutzte, ein italienischer Verleger, der dem Fabrikanten die Photographie verkaufte, und der Photograph der Frau mit dem kostbaren Lächeln, der behauptet, er allein habe das Recht, sie zu photographieren und ihr Lächeln zu „verwerten".

Ein vergessener Zug.

In Gainsborough kam fahrplanmäßig ein Ausflüglerzug aus Manchester an. Aber auf dem Bahnsteig befand sich weder ein Beamter noch irgend ein Gepäckträger. Auch an der Sperre erwartete kein Kontrollbeamter die 50 Passagiere, die den Zug verlassen hatten. Man hatte den Zug einfach vergessen. Als aber die Ankommenden den Bahnhof verlassen wollten, fanden sie das hohe eiserne Bahnhofstor verschlossen, und sie mußten ihre Bekannten draußen solange warten lassen, bis man nach langem Suchen einen Bahnarbeiter fand, der das Tor aufschloß und die Vergessenen befreite.

Explosion in einem Maschinenschuppen.

Bei einer Explosion in einem Maschinenschuppen der Pennsylvania-Eisenbahn in Edinburg wurden vier Personen getötet. Der Schuppen brannte vollständig nieder.

Den Gatten durch Arsen beseitigt

Die sechste Gruppe der Giftmischerinnen an der Reihe

In Szolnok begann die Verhandlung gegen die sechste Gruppe der Giftmischer. Es steht die 53jährige Frau Maria Földvary vor Gericht, die beschuldigt wird, im März 1920 ihren Mann und im April desselben Jahres ihren Geliebten Nikolaus Olah

durch Arsen vergiftet

zu haben. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft wurde seinerzeit auch die Tochter der Angeklagten, Lydia Maior, verhaftet, später aber mangels Beweisen wieder freigesprochen. Frau Földvary hat vor dem Untersuchungsrichter die Tat geleugnet.

Der Vergiftung ihres Mannes verdächtigt sie ihre Tochter um so mehr, als diese das Vermögen ihres Vaters geerbt habe. Bei der Enterdigung des Ermordeten wurde

in der Leiche mehr Arsen gefunden, als in allen bisher enterdigten Leichen.

Beim Verhör bleibt die Angeklagte Frau Földvary beharrlich bei ihrem Leugnen. Sie gibt vor, sie habe mit ihrem Manne glücklich gelebt, und es habe niemals Streit zwischen ihnen gegeben. Anfangs Februar hätten die rumänischen Besatzungstruppen ihren Mann Tage hindurch zu schweren Zwangsarbeiten gezwungen, und seit dieser Zeit sei ihr Mann krank gewesen. Fünf bis sechs Tage vor seinem Tode habe die aus der ersten Ehe ihres Mannes stammende Tochter dem Vater eine Suppe gebracht, nach deren Genuß ihr Mann

über schwere Magenschmerzen geklagt

habe. Von da an habe er kaum etwas gegessen.

Die Angeklagte sagt auf weitere Befragung des Gerichtspräsidenten aus, daß die berüchtigte Hebamme des Dorfes Nagyrev, Fazekas, eine gute Bekannte von ihr gewesen sei. Sie will auch um die Vergiftung ihres Geliebten Olah nichts wissen, doch gibt sie zu, daß ihn während seiner Krankheit die Fazekas behandelt habe. Schließlich erklärte die Angeklagte, daß sie am Todestage ihres Liebhabers Olah zur Bahn gegangen sei. Als sie zurückgekehrt sei, habe sie erfahren, daß

ihr Liebhaber gestorben

sei. Sie stellt wiederholt in Abrede, daß die Fazekas zu dieser Zeit bei ihr gewesen sei, und behauptet, der Kranke sei mit ihrer Tochter allein zu Hause geblieben.

Die hierauf vernommenen Zeugen, als erste die Stieftochter der Angeklagten, sagen alle aus,

Frau Földvary habe mit ihrem Mann in ewigem Streit gelebt.

Der Tischlermeister des Dorfes sagt aus, den Sarg für den Liebhaber der Angeklagten habe die Fazekas bestellt und auch geholfen, die Leiche in den Sarg zu legen. Die Fazekas hätte dabei erklärt:

„Gott sei Dank, daß ich auch den Olah schon los bin."

Ein Freund des verstorbenen Olah sagt aus, Frau Földvary habe ihn nach der Einleitung der Untersuchung gebeten, nicht zu erwähnen, da er einen Tag vor dem Tode Olahs die Fazekas bei ihr gesehen habe.

Die Angeklagte stellt dies alles in Abrede und bleibt auch bei der Gegenüberstellung beharrlich bei ihrem Leugnen.

Die Verhandlung geht weiter.

Die Greuel der Tschechen in Sibirien

(Schluß des Aufsatzes von der vorhergehenden Seite.)

Zweiter Abschnitt

Charakteristik der Kriegführung in Sibirien. — Verbindung der Tschechen mit den Sozialrevolutionären. — Wie die Volksarmee aufgestellt wurde. — Das Ringen um die Wolga-Front.

Das Schalten und Walten des Grafen Mirbach in Moskau und die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Rußland nach Deutschland wirkte äußerst beunruhigend auf unsere früheren Verbündeten. Sie waren bereit, jede antibolschewistische Bewegung zu unterstützen.

Der Aufstand der Tschechen entsprach vollkommen den Plänen Englands und Frankreichs.

Die Ostfront an der Wolga oder gar am Ural wieder herzustellen, um wenigstens einen Teil der deutschen Kräfte von der Westfront abzulenken. Agenten Englands und Frankreichs nützten den Aufstand der Tschechen aus und führten nachgerade eine

Intervention der Alliierten in Sibirien

herbei. Man glaubte, der Aufstand würde den Anstoß zu einer allgemeinen Bewegung der russischen Volksschichten gegen die Bolschewiki geben, die Tschechen würden einen Kern bilden, um den sich eine neugeborene russische Armee sammeln würde.

Die militärischen Taten der Tschechen waren höchst unbedeutend.

Russische Offiziere und Freiwillige hatten bereits eine ganze Anzahl sibirischer Städte, wie Omsk, Irkutsk, Tschelliabinsk, von den Bolschewiken ohne Beihilfe gesäubert. Nunmehr zogen die Tschechen feierlich mit stolzen Siegermienen, ohne einen Schuß abgefeuert zu haben, in die befreiten Städte ein, nahmen die Ovationen der Bevölkerung als etwas Selbstverständliches in Empfang und machten sich sofort daran, das staatliche Eigentum zu beschlagnahmen. Die russischen Offiziere traten bescheiden in den Hintergrund. Ohne große Mühe besetzten die Tschechen Ufa, Samara, Simbirsk und Kasan.

Die bolschewistische Garde — Letten, Chinesen und Kronstädter Matrosen — war durch den Kampf an der Südfront, wie durch Unterdrückung von Bauernaufständen im Zentrum Rußlands, abgelenkt. Rote Kräfte, die eilends im Wolgagebiet zusammengezogen wurden, konnten den Tschechen nicht widerstehen und liefen beim ersten Kanonenschuß auseinander. Rotgardisten, in deren Taschen irgendwelche Kostbarkeiten sich vorfanden, wurden an Ort und Stelle erschossen. Ebenso Deutsche oder Magyaren.

Die Tschechen, deren Verluste von Kasan bis Wladiwostok minimal waren, dachten nicht im mindesten an das Wohlergehen des russischen Volkes. Die Tätigkeit der Führer war kleinliches Politisieren und

skrupelloseste Handelsspekulation.

Statt mit aller Energie den Zusammenschluß aller Anti-Bolschewisten zu betreiben, haben sie sich ausschließlich mit den Sozialrevolutionären verbunden!

Der Gründungsstein zu diesem Bunde wurde in Samara gelegt. Die Sozialrevolutionäre bestanden nämlich noch weiter. Ihnen, ihren ehemaligen Verbündeten und Mithelfern gegenüber verhielten sich die Bolschewiki ziemlich herablassend und nachsichtig. Die Möglichkeit, wieder zur Macht zu gelangen, war vorhanden. Solche Möglichkeiten spürend, begaben sich Tschernow und Awksentiew an die Wolga; mindere Größen folgten ihnen nach.

Der tschechische Nationalrat trug ausgesprochen sozialistische Färbung. Er empfing Tschernow und Konsorten mit offenen Armen. Die Samara-Regierung, das sogenannte Komitee der Mitglieder der konstituierenden Versammlung, durch tschechische Bajonette errichtet, stützte die Sozialrevolutionäre. Dabei war das ganze Ziel Tschernows eine Verständigung mit den Bolschewiki, eine sozialistische Einheitsfront.

Eine der ersten Sorgen der Samara-Regierung war eine Geheimpolizei zur Bekämpfung der Konter-Revolution von rechts. Dieser neuen Diktatur galten als Konter-Revolutionäre die Orenburger, die Ural- und die sibirischen Kosaken. Als demgemäß die Kosaken darum ersuchten, ihnen Geschütze, Maschinengewehre, Munition und Bedarfsartikel, die an der Wolga reichlich vorhanden waren, zu überlassen, schlug Samara die Bitte schroff ab.

Von einer Rettung Rußlands war keine Rede.

Die militärische Organisation war im Wolga-Gebiet zunächst einem Hauptmann Galkin übertragen worden. Dieser war 26 Jahre alt und war beinahe stets nur in der Etappe gewesen. Er wurde durch Tschernow General und zugleich Kriegsminister. Als Gehilfen gesellte man ihm Lebedew zu, der unter Kerenski Marineminister gewesen. Die Tschernowsche Meute verfolgte die russischen (zaristischen) Offiziere. Diese, denen man die Schuld an dem Zusammenbruch der Wolgafront hat zuschreiben wollen, wurden völlig in den Hintergrund gedrängt.

Am 7. August 1918 besetzten die Tschechen Kasan. Oberkommandierender über alle Streitkräfte wurde der zum General beförderte Syrowoj, über die Wolgafront General Tschetschek.

(Wir lassen, obwohl sehr aufschlußreich, die ausführlich erzählte Katastrophe von Kasan und die Eroberung von Samara durch die Bolschewiki für eine spätere Darstellung über, und nehmen den Faden des Tokioberichtes wieder auf.)

Oberst Kappel versuchte, Kasan zu helfen, indem er alle verfügbaren russischen (zaristischen) Truppenteile von Simbirsk her zur Entlastung absandte. Im entscheidenden Augenblicke aber, als die Tschechen den Vormarsch Kappells hätten unterstützen sollen, weigerten sie sich, den Kampfbefehl auszuführen, und rührten sich nicht von der Stelle. Die Folge dieser

verbrecherischen Tatenlosigkeit der Tschechen

war die Niederlage der Kolonne Kappel. Kasan verlor jede Hoffnung auf Entsatz.

Einige Tage später, nachdem neue Versuche, die Tschechen zum Kampfe zu bewegen, gescheitert waren, entwichen überhaupt die Tschechen, und verließen das Kampfgebiet. Nachdem sie auf Züge und Wagen alles aufgeladen hatten, was aus den russischen Depots mitzunehmen war, setzten sie sich nach Osten zu in Marsch. Eine Welle von Flüchtlingen aus dem Wolgagebiet schloß sich ihnen an.

Wer aber deckte den Rückmarsch der tschechischen „Befreier"? Russische (zaristische) Offiziere und Freiwillige. Schlecht beschuht, ohne warme Kleider, blickten diese echten Helden mit einem Gefühle tiefster Empörung auf die tschechischen Staffeln, die mit warmen Kleidungsstücken, Schuhwerk und sonstigem Material überladen waren.

Dritter Abschnitt

Abmarsch der Tschechen nach rückwärts, ihre Weigerung, gegen die Bolschewiki weiterzukämpfen. — Tod des Obersten Schwetz. — Ankunft der Generale Jeanin und Steffaneck.

Die aktiven Operationen der Tschechen, hatten, kaum begonnen, schon ihr Ende gefunden. Sie räumen die Front, und sammeln sich im Rücken. Ihr Mißerfolg wurde zugleich der ihrer Helfer, der Sozialrevolutionäre. Diese bestanden weder die Prüfung unter Kerenski, noch die Nachprüfung zusammen mit den Tschechen. Der blutgierigen, erbarmungslosen Gewalt der Bolschewiki stellten die Tschechen und die Sozialrevolutionäre nur Worte und Theorien gegenüber.

So mußte der Sieg den Bolschewiki bleiben. **Den Tschechen war es wichtiger, ihre reiche Kriegsbeute rückwärts in Sicherheit zu bringen.** Die Beute fiel nicht nur durch ihre Größe, sondern auch durch ihre Mannigfaltigkeit auf. Was war da nicht alles zu finden! Die Depots strotzten von unübersehbaren Mengen russischer Uniformen, Waffen, von Tuch, Proviant, und Schuhwerk.

Allein damit noch nicht zufrieden, die Staatsdepots geplündert zu haben, begannen die Tschechen von nun an, alles mitzuschleppen, was ihnen unter die Hand fiel, ohne zu beachten, wem eigentlich die Sachen gehörten. Metalle, Rohstoffe, wertvolle Maschinen, rassige Pferde, wurden für Kriegsbeute erklärt. Nur an Arzneimitteln nahmen die Tschechen um mehr als drei Millionen Goldrubel mit, Gummi um 40 Millionen, ferner aus dem Bezirk Tjumen eine ungeheure Menge Kupfer.

Die technische Abteilung der tschechischen Truppen requirierte im Kreise Jekaterinenburg sämtliche wertvollen Maschinen in den Fabriken. Einige davon wurden unterwegs verkauft, andere wurden wirklich in die Tschechei verbracht. Nicht einmal die berühmte Steinschliff-Fabrik von Jekaterinenburg blieb verschont.

Die Plünderer schämten sich nicht, die Bibliothek und das Laboratorium der Universität von Perm zur Beute zu machen. Nach den bescheidensten Berechnungen kostete diese eigenartige Kriegs-Kontribution, die die Tschechen dem russischen Volke auferlegten, hunderte von Millionen Goldrubel. Sie übersteigt die Kontribution, die die Deutschen von Frankreich 1870 erzwangen. (Das waren vier Milliarden Mark, richtiger hätte es 1871 geheißen!)

Ein Teil der Beute wurde das Objekt offenen Handels, wurde zu hinaufgeschraubten Preisen auf den Markt geworfen. Ein Teil wurde auf Waggons verladen, und zum Abtransport nach Tschechien bestimmt. Kurz,

der berühmte Handelsgeist der Tschechen blühte in Sibirien prächtig auf.

Als praktisches Volk hatten sie wenig Sinn für Vorurteile. Im Rücken hatten sie die besten Räume besetzt, ihre Staffeln längs der Bahnlinie bemächtigten sich, um bequem zu leben, und zugleich um ihre Beute unterzubringen, einer ungeheuren Anzahl von Eisenbahnwagen. Das brachte unverzüglich den Transport (der Flüchtlinge und der Koltschaktruppen) in Unordnung.

Ganz frische und sattgefressene Truppenteile der Tschechen versammelten sich in Tschelliabinsk und Jekaterinenburg; doch weigerten sie sich kategorisch, an die Front abzugehen. Im Gegenteil! Das tschechische Nationalkomitee unterbreitete den Alliierten die Frage, ob nicht alle tschechischen Truppen aus Sibirien weggebracht werden sollten.

Noch waren die in Samara und Kasan geraubten Stiefel nicht abgenützt, noch klebten in bunten Fetzen an den Zäunen der sibirischen Städte die feierlichen Aufrufe der Tschechen, die Bevölkerung ermahnend, gegen die Bolschewiki aufzutreten; mit dem Versprechen, bis auf den letzten Mann zu kämpfen, als bereits die Tschechen ihr wahres Gesicht zeigten.

Die Unverfrorenheit des tschechischen Generals Syrowoj ging so weit, daß er sich weigerte, sich dem russischen Kommando zu unterwerfen, daß er es dann freilich nominell anerkannte, aber tatsächlich vollkommen selbständig sich betätigte. Damit hörten aber die Einmischungen in russische Angelegenheiten noch lange nicht auf. Die Tschechen opponierten offen der Macht Koltschaks; sie unterstützten alle Strömungen, die dieser Macht feindlich waren. Sie nahmen Tschernow, Wolsky und Companie in Schutz und halfen ihnen, in den Schoß des Bolschewismus zurückzukehren. Die politische Zusammenarbeit mit den Sozialrevolutionären verwandelte sich in eine kommerzielle Gemeinschaft.

Ungestraft plünderten die Tschechen das russische Volkseigentum.

Die Hauptführer des Nationalkomitees, Pawlu, Kral, Medek, Patejdl, Lehmfeld und Blagosch, lauter Kriegsgefangene, hatten den ganzen Krieg in den Konzentrationslagern verbracht, und dort das Ende des blutigen Ringens erwartet. Sie erscheinen erst auf der Bildfläche, nachdem die Alliierten offiziell die Tschechen unter ihren Schutz genommen hatten.

Abenteurer wurden bald die Herren der Situation.

Das Komitee für Sibirien erklärte sich eigenmächtig für die tschechische Nationalversammlung; es verteilte die Ministerstellen unter seinen Mitgliedern. Die Beschäftigung mit Politik hinderte mittlerweile diese Gesellschaft durchaus nicht daran, gleichzeitig ihre kleinen eigenen Geschäftchen zu besorgen, und die unverschämteste Spekulation zu treiben.

Die Beziehungen zwischen Tschechen und Russen verschlechterten sich von Tag zu Tag. Offenes Plündern, unverfrorenes Schalten und Walten der Tschechen, ihr Hochmut, ihre Grobheit gegenüber den Russen ertöteten allmählich die Sympathien aller Schichten der Bevölkerung. Pawlu und Genossen hetzten, um die Aufmerksamkeit ihrer Leute von den eigenen Freveltaten abzulenken, die tschechische Masse gegen die Russen.

Als der Zug des Admirals Koltschak in Jekaterinenburg eingetroffen war, wurde die Leibwache des Admirals mit gröbsten Beschimpfungen gereizt. Die anwesenden tschechischen Offiziere hielten nicht nur nicht ihre Leute davon ab, sondern stachelten sie noch weiter an. Einer von der Leibwache, die aus lauter Serben bestand, erschoß einen der schlimmsten Lärmmacher und Schimpfer. Aus dem Begräbnis des Toten machte Pawlu eine Demonstration, und hielt eine Grabrede, die bittren Haß gegen Rußland und Russen atmete.

Es verschwanden bei den Tschechen die letzten Spuren militärischer Zucht.

Die zerfallene Masse entglitt ganz den Befehlen ihrer Führer. Der tapfere Oberst Schwetz, ein edler Patriot, war machtlos. Aus Verzweiflung gab er sich selbst den Tod. So verschwanden die besten Söhne Tschechiens. An ihre Stellen krochen alle Rückstände der Konzentrationslager. Beute witternd, wie Schakale, krochen sie aus ihren Schlupfwinkeln heraus, die traurigen Feiglinge!

Es erscheint am politischen Himmel Sibiriens, nach der Umwälzung durch Koltschak

ein neuer Stern, nämlich Gayda.

(Der Mann wurde später Generalstabschef in Böhmen.) Seines Zeichens Feldscher, kämpfte er in der österreichischen Armee gegen Serbien, und geriet in Gefangenschaft. Er gibt sich für einen Arzt aus, und wird als solcher mit Hauptmannsrang in das serbische Heer aufgenommen. Mit Teilen des Heeres gerät er in die Dobrudscha; (eine unbekannte Episode des Weltkriegs!) und von dort nach Rußland.

Dort verläßt er seine Serben und tritt zu den Tschechen über, bereits als Frontoffizier. Ohne Grundsätze, von Naturanlage ein geschickter Abenteurer, wird er bald volkstümlich bei den Soldaten. Als Gegner Syrowojs zeigt er allein unter den tschechischen Führern Mitgefühl für Koltschak. In Omsk (dem zeitweiligen Hauptquartiere Koltschaks) hoffte man immer noch, wenigstens einen Teil der Tschechen an die westsibirische Front heranzuziehen, und hoffte auf Gayda.

Man ernannte ihn zum Oberkommandierenden der Jekaterinenburger Armee. Einer so verantwortungsreichen Stellung war er in keiner Weise gewachsen, weder durch seine Kenntnisse noch durch sein moralisches Gewicht. Dennoch regneten Generalsrang und hohe Auszeichnungen auf diesen Abenteurer, wie aus einem Füllhorn hernieder. Aber kein einziger Tscheche traf an jener Front ein.

Ende 1918 sieht die tschechischen Truppen im vollen Zerfall. Sie verlangen auf das entschiedenste sofortigen Abtransport aus Sibirien. Es herrschte jedoch Mangel an Schiffsraum, außerdem wollten ja doch die Alliierten die Tschechen als Vorkämpfer gegen die Bolschewiki benutzen. Sie entsandten als Oberstkommandierenden den General Jeanin nach Sibirien.

Mit ihm erschien dort der Kriegsminister der in Prag entstandenen tschechischen Regierung, Stefanek. Dieser, ein idealer Herold der tschechischen Freiheit, war Anfang des Krieges in die französische Armee eingetreten. Er tat sich dort durch Tapferkeit und nicht gewöhnliche Kriegstüchtigkeit hervor. Sein Auftrag war, die tschechischen Truppen in Sibirien in Ordnung zu bringen, sie Jeanin zu unterstellen, die eigenmächtige Nationalversammlung in Sibirien aufzulösen, dem unfruchtbaren Politisieren ein Ende zu bereiten, und an Ort und Stelle Charakter und Tätigkeit der bisherigen Führer zu untersuchen.

Das war begreiflicherweise nicht nach deren Geschmack.

Sie begannen gegen Stefanek zu wühlen.

Immerhin wurde jene Nationalversammlung liquidiert. Sonst aber scheiterte die Mission Stefaneks. Entmutigt kehrte er nach Tschechien zurück. Bald darauf stürzte er dort mit einem Flugzeug und starb. Als diplomatischer Vertreter in Sibirien blieb Pawlu, der böse Geist der Nationalversammlung, zurück. Jeanin wurde vollends, dank seiner Charakterlosigkeit, das ergebene Spielzeug der tschechischen Führer. Die Alliierten überzeugten sich inzwischen, von der Unmöglichkeit, die Tschechen an der Front zu verwerten. Sie trugen ihnen einstweilen auf, die sibirische Bahn von Nowonikolajewsk bis Irkutsk zu bewachen. (Schluß folgt.)

Aus der Bewegung

Bekanntmachung

SA.-Versicherung.

In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 9. Februar 1930 wird der SA.-Versicherungsbeitrag je Kopf und Monat für Österreich auf 50 Groschen festgesetzt, die über den Oberführer Österreich zentral abzuführen sind.

SA.-Versicherung.

D.H.V.er im Gau Main-Weser

Der D.H.V. veranstaltet am 9. März eine politische Schulungstagung für solche N.S.D.A.P.-Anhänger, die gleichzeitig dem D.H.V. angehören. Einladungen versendet das Gaubildungsamt des D.H.V., Frankfurt a. M., Savignystr. 43. Es wird eine rege Teilnahme aller D.H.V.er erwartet. Meldet daher rechtzeitig Name und Anschrift an die vorbezeichnete Stelle.

Die tägliche Versammlung

Freitag, den 28. Februar

Altenburg (Thüringen): abends 8.30 Uhr öffentliche Versammlung. Redn.: Pg. Heines.

Aschaffenburg (Bayern): abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend. Redner: Pg. Wienand.

Alt-Mäderitz (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Schönwälder.

Berlin: abends 8.30 Uhr öffentl. Versammlung in der „Bockbrauerei“. Redner: Pg. Dr. Goebbels, M. d. R.

Bernsdorf (Sachsen): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Plietsch.

Bielefeld: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dreher, M. d. R.

Deila b. Meißen: abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Zitzmann.

Düsseldorf Sektion Benrath: abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend bei Goßmann. Redner: Pg. Duschön.

Dreschwitz auf Rügen: abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Schulz.

Frankfurt a. O. (Ostmark): abds. 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Wiemer.

Frankfurt a. M. Sektion Bockenheim: abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend. Redner: Pg. Werner.

Frankfurt a. M., Sektion Innenstadt: abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Staebe.

Guben (Ostmark): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Stürtz.

Halberstadt: abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Münchmeyer.

Hoppegarten Dahlwitz (Bradenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Dr. v. Leers.

Hilchenbach (Siegerland): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Giesler.

Hirschbach (Bezirk Dresden): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Gebrischer.

Ickelheim (Franken): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Roth.

Jüterbog (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Dr. Decker und Pg. Buchdrucker.

Kremmen (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Lauterbach.

Lobstädt (Bezirk Leipzig): abends 8 Uhr öffentl. Versamml. Redner: Pg. Studentkowski.

Lautersbach (Oberbayern): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redn.: Pg. Dauser, M. d. L.

Langenberg (Bergisch Land): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Börger.

Luckenwalde (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend. Redner: Pg. Meinshausen.

Liebenau (Ostmark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. v. Boetticher.

Mörs (Niederrhein): abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend bei Krause am Wasser. Redner: Pg. Wolf.

Naumburg a. Saale: abends 8 Uhr öffentliche Versamml. Redner: Pg. Pfarrer Krieger.

Nauen (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend. Redner: Pg. Heun.

Neuwied (Bezirk (Koblenz): abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend. Redner: Pg. Janicke.

Ostprignitz Kreis (Brandenburg): abend. 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Kerlen.

Ostprignitz Kreis (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Korn.

Ratingen (Berg. Land): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. v. d. Knesebeck.

Rheydt (Niederrhein): abends 8 Uhr öffentl. Sprechabend im „Bierstall“.

Radkersburg (Steiermark): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. v. Ribbentrop.

Rathmannsdorf (Bezirk Dresden): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Richter.

Roßbach b. Weißenfels: abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Pape.

Ruhlsdorf (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Saage.

Radebeul (Bezirk Dresden): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Mangler.

Nossen (Bezirk Dresden): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Dr. Albrecht.

Schöppenstedt (Braunschweig): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Oberlindober.

Straguth (Anhalt): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Czarnowski.

Schwepnitz (Bezirk Dresden): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Meyer, M. d. L.

Terheg (Bezirk Aachen): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Croonen.

Trier: abends 8 Uhr öffentlicher Sprechabend. Redner: Pg. Simon.

Taucha (Bezirk Leipzig): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Haake.

Wiesbaden: abends 8 Uhr Deutscher Volksabend im „Paulinenschlößchen“.

Westprignitz Kreis (Brandenburg): abends 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Hanke.

Westhavelland Kreis (Brandenburg): abend 8 Uhr öffentliche Versammlung. Redner: Pg. Krischer.

Wallroda (Bezirk Dresden): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Möckel.

Zeilsheim bei Höchst (Main-Taunus-Kreis): abends 8 Uhr öffentl. Versammlung. Redner: Pg. Rausch.

Unsere Ortsgruppen melden:

Gera i. Thüringen:

Versammlung am Freitag mit Pg. Gottfried Feder, M. d. R., in den Sälen der „Heinrichsbrücke“ war wiederum ein Bombenerfolg mit etwa 1300 Besuchern. Eine Überraschung gab es, als der Versammlungsleiter mitteilte, daß der Ortsgruppenführer Pg. Wohlleben ausgerechnet 1 Stunde vor Beginn der Versammlung zum Antritt seiner Gefängnisstrafe, die er wegen angeblicher „Beleidigung“ eines Geraer Warenhausjuden erlitten hat, verhaftet wurde. Diese Nachricht löste einen wahren Entrüstungssturm aus. Aufs äußerste gefesselt, folgten die Zuhörer den Ausführungen Feders, der es meisterhaft verstand, unser Wollen unter besonderer Berücksichtigung der Finanzfragen jedem Volksgenossen klar zu machen. Stürmischer Beifall lohnte ihn. Mit einem Appell an die Zuhörer, dem im Gefängnis sitzenden Pg. Wohlleben dadurch zu danken, daß sich jeder einzelne in den Dienst der Partei stellen möge und mit einem Hoch auf Adolf Hitler wurde die Versammlung geschlossen. Zahlreiche Neuaufnahmen Zeitungsbestellungen und gute Tellersammlung waren der äußere Erfolg.

Arolsen i. Hessen-Nassau-Nord:

In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal des Waldecker Hofes sprach am 22. Februar Pg. Franke über das Thema „Die Diktatur der Großbanken führt zur Zwangsverwaltung des Staates“. Es war eine Versammlung, wie wir sie uns in Arolsen schon lange einmal gewünscht hatten. Vertreter aller Berufsstände waren erschienen. Zum ersten Male suchte auch der ehemalige Fürst von Waldeck unsere Versammlung auf. Nachdem ausführlichen zweistündigen Vortrag erntete der Redner für seine mit großer Begeisterung vorgetragenen Worte einmütigen Beifall. Eine Kampfspende von 36.— Mk. und sofortige Anmeldung von 10 neuen Kämpfern, sowie neue Bezieher für unsere Presse und guter Schriftenverkauf zeugten von der hervorragenden Stimmung.

Ziegenhain i. Hessen-Nassau-Nord:

Am 19. Februar sprach hier vor mehreren hundert Zuhörern Pg. Franke. Ziegenhain galt als uneinnehmbares Bollwerk der Sozialdemokraten. Nachdem nun in zäher Kleinarbeit der Boden für eine weitere Versammlung gelockert worden war, gelang es uns auch, eine glänzende Versammlung durchzuführen. Pg. Franke verstand es durch seinen äußerst sachlichen Vortrag die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen. In der Diskussion wagte nur ein Wirtschaftsparteiler das Wort zu ergreifen und trat lebhaft für die Sozialdemokraten ein. Er bekam denn auch die gebührende Antwort im Schlußwort, das mit einem dreifachen Heil auf unsere Bewegung schloß. Jubelnd stimmte die Versammlung mit ein. Neuaufnahmen waren der sichtbare Erfolg. Zeitungsbestellungen stärkten unsere Presse.

Vermaringen i. Württemberg.

Glänzend verlaufene, von Bezirksführer Greß wohlvorbereitete öffentliche Versammlung. Pg. Dreher, M. d. R., spricht im überfüllten großen Saale des „grünen Baumes“ zu den in Massen erschienenen Landwirten und Handwerkern. Atemlose Stille, unterbrochen von Beifallsstürmen. Bauern, die keinen Einlaß mehr finden, fordern stürmisch Parallelversammlung. S.A.-Führer Hagenmayer spricht in dieser mit bestem Erfolg. Das stramme Auftreten des Sturmes 2, sowie die recht guten Leistungen des S.Z. und M.Z. erregen Aufsehen. Erster sichtbarer Erfolg: 15 Neuaufnahmen und Gründung einer Ortsgruppe.

Salzburg:

Beide Teile des großen Saales „Mödelhammer“ waren gerammelt voll, als Pg. Dauser über „Totentanz des deutschen Volkes“ unter höchster Spannung der Anwesenden sprach. Kommunisten, in geringer Anzahl anwesend, sind still und lauschen andächtig ohne Widerrede. Es meldet sich niemand. Das Deutschlandlied wird stehend gesungen. Ein Wald von Händen erhebt sich zum Treuegelöbnis für ein einiges freies drittes Deutsches Reich. Beitritte und Zeitungsbestellungen, neue Anhänger und Erwachende sind das Ergebnis!

Niederraunau i. Schwaben:

Unsere letzte Versammlung mit Pg. Dreher, M. d. R., als Redner, war wieder ein voller Erfolg. Über zwei Stunden hielt Pg. Dreher die aus allen Bevölkerungsschichten zahlreich erschienenen Zuhörer im Bann. Seine Ausführungen, denen das Thema „Die Wahrheit staatsgefährlich“ zugrunde lag, fanden starken Beifall. Wieder haben wir Neuaufnahmen und zwar hauptsächlich aus Landwirtskreisen zu buchen. Unser Vormarsch ist hier nicht mehr aufzuhalten.

Zu unserem Kieler Wahlsieg

Die Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes teilt uns zu dem schon gemeldeten Ergebnis der Kieler Studentenwahlen noch mit:

Bei den Kammerwahlen der Kieler Studentenschaft stellte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund zum ersten Male eine eigene Liste auf, konnte aber sogleich den zweiten Platz erobern.

Es erhielten:

	1930 Stimmen	1930 Sitze	1929 Stimmen	1929 Sitze
Liste A: 7 Korporationen und Freistudenten	225	7	338	12
Liste B: 3 Korporationen, Stahlhelm und Bund deutscher Studentinnen	153	5	186	6
Liste C: Nat.-Soz. deutscher Studentenbund	190	6	—	—

Da sowohl die Liste B als auch die Liste C für eine Politik sind, die das Ziel der Aktivierung der Deutschen Studentenschaft hat, so kann man nach diesem Wahlergebnis erwarten, daß der Kurs der Freien Kieler Studentenschaft wie bisher streng national sein wird. Die Kieler Studentenschaft hat mit dem Wahlergebnis erklärt, daß sie eine Kursänderung nicht wünsche.

Nationalsozialismus und deutsche Studentenschaft

Die Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes teilt uns mit: Am Mittwoch, den 19. Febr. 1930, fand in der Seeburg in Kiel der 4. Vortragsabend des Nationalsoz. Deutschen Studentenbundes als Wahlversammlung statt. Herr Dr. Haupt sprach über das Thema: „Was wollen wir Nationalsozialisten in der Deutschen Studentenschaft?“ Herr Dr. Haupt ging von der Entstehung des Liberalismus im Anfang des 19. Jahrhunderts aus. Dieser hat als Ziel die individuelle Entwicklung des einzelnen, und zwar zunächst rein geistiger Art, wonach aber bald eine Umstellung auf rein materiellen Gewinn eintritt. Der erste Versuch des Bürgertums, sich politisch zu betätigen, scheitert 1848. Dann schafft Bismarck seinen Staat. Er ist konservativ insofern, als er die Substanz des Volkstums wahren will, die äußere Form des Staates ist liberal. Bismarck will das Bürgertum zur Mitarbeit heranziehen. Der Erfolg ist nur die Bildung von Parteien, die unter Beibehaltung schönklingender Namen in reine Interessenverbände ausarten. Sie vertreten nur Forderungen einzelner Teile des Volkes dem Staat gegenüber. Diese Entwicklung setzt sich nach Bismarcks Entlassung fort. Der Weltkrieg zeigt, daß ein instinktives Volksbewußtsein noch vorhanden ist, das in seiner Unbestimmtheit und noch unvollendeten Entwicklung dem fertig ausgebildeten angelsächsischen und romanischen Volkstum rätselhaft und verhaßt ist. Der Krieg geht verloren, zum großen Teil infolge des letzlichen Überwiegens des westlichen, demokratischen Geistes, dessen ungehemmtes Eindringen die geschichtliche Schuld des deutschen Bürgertums schon vor dem Krieg ist. Nach der Revolution ist die neue Staatsregierung großenteils auf das Wohlwollen des Auslands angewiesen, was der Grund für die sogenannte Erfüllungspolitik wird. Die Interessenpolitik der einzelnen Parteien setzt sich fort. Es ist dies wieder eine liberale Reaktion auf den Durchbruch des gemeinsamen Volksempfindens bei Kriegsausbruch. Einheitlich ist jetzt nur die gemeinsame Tributpflicht. Vor der Anarchie, der letzten Folge eines konsequenten Liberalismus, schützt sich die Regierung durch die Freikorps, die während des Krieges gerade die Vertreter des neu erwachten Volkstums gewesen sind. Ihr Ziel ist jetzt nur die äußere Erhaltung des Staates. Aus ihnen entwickelt sich mit den Wehrverbänden auch die deutsche Studentenschaft. Sie hat zunächst die Selbstverwaltung und ist staatlich anerkannt. Sie vertritt den großdeutschen Gedanken. Selbstverwaltung und staatliche Anerkennung, mit ihr aber auch staatliche Bindung hören auf; es bleibt nur die großdeutsche Idee, zu deren praktischer Verwirklichung von der Deutschen Studentenschaft aber kaum etwas getan wird, da sie fürchtet, sich dadurch in Parteipolitik zu verstricken. Hier scheidet sich der Weg der Nationalsozialisten von dem der Deutschen Studentenschaft. Wie diese vertreten auch die Nationalsozialisten die Selbstverwaltung und den großdeutschen Gedanken, fordern aber in dieser Frage auch wirklich Arbeit in diesem Sinne. Es ist also von der Deutschen Studentenschaft zu fordern ein Eintreten für das im Kriege schon einmal erwachte Volksbewußtsein, für eine Staatsidee, die kein Spezialinteresse einzelner Parteien ist. Das zunächst noch nicht recht erfaßbare Volksbewußtsein soll darin seine äußere Form erhalten. Zu einem organischen Staat gehören einerseits lokale Selbstverwaltung, auf der anderen Seite eine kräftige Staatsleitung, deren Grundlage nicht nur Organisation und Macht wie im italienischen Faschismus, sondern auch die Idee eines Volksstaates bildet. Die führende jüdische Intelligenz muß durch eine deutsche ersetzt werden. Die Forderung des Nationalsozialismus ist nicht neu, sie will nur ein Erwecken des vorhandenen Volksbewußtseins, den Kampf sowohl gegen die westliche Demokratie wie gegen die östliche Formlosigkeit, mit dem Ziel eines organischen Staates. Für diesen Kampf sind Mitarbeiter wesentlicher als bloße Anhänger. Der Kampf hat zwei Seiten: Eine organisatorisch-politische und eine geistige. Beiden muß sich die Deutsche Studentenschaft widmen.

G.

Brennabor Juwel ● Extra

10/45 PS 6 Cylinder

das

Meisterstück Deutscher Arbeit

entspricht verwöhntestem Geschmack:

1. Niederrahmen mit Starrkreuz
2. Verlängerter Radstand
3. Verbreiterte Spur
4. Bremsen von außen nachstellbar
5. Bremswellen auf Rollen-Lagern
6. Federn in Gummi-Lagerung
7. Schmierstellen „7“ statt „31“
8. Nelson Bohnalite-Kolben mit Invar-Stahlstreifen

Preis trotzdem nur M. 5650.- ab Fabrik

Zur Besichtigung ladet ein:

Brennabor-Handelsgesellschaft m. b. H.

Niederlassung München

Sonnenstr. 3 / Telephon 54821/23

Der arme Bauer und die reichen Düngergesellschaften

Während heute die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft 15 Milliarden RM. beträgt bei einer jährlichen Zinsenlast von 1200 Millionen RM., die dem internationalen jüdischen Bank- und Börsenkapital alljährlich in den Rachen geworfen werden, während heute die Zwangsversteigerungen zunehmen und Tausende von Bauern von Haus und Hof kommen oder in die Städte abwandern, um hier das Arbeitsangebot noch mehr zu vergrößern, während die gesamte Landwirtschaft durch den seit 1927 andauern.... Preissturz des Getreides, verursacht durch unsere unverantwortliche internationale Wirtschaftspolitik, heuer einen Gesamtverlust von über 500 Millionen Mark erleidet und die einzelnen Bauernfamilien sich in ihrer Lebenshaltung immer mehr einschränken müssen, zahlt die Farbenindustrie-A.-G. (früher Badische Anilin- und Sodafabrik), die Herstellerin der deutschen Stickstoffdünger, nach Mitteilung der „Bayerischen Beamtenzeitung“ an ihre Aufsichtsratsmitglieder für das verflossene Jahr die nette Summe von 3,2 Millionen Reichsmark. Wird dieser Betrag auf die 49 Aufsichtsräte gleichmäßig aufgeteilt, so erhält jedes Mitglied für das vergangene Jahr 65 000 RM.

Angesichts der Notlage des deutschen Bauern, der doch vor allem durch seinen Kunstdüngerverbrauch die Rentabilität dieser Aktien-Gesellschaft sicherstellt, muß diese riesenhafte Entschädigung, die nicht für eine dauernde Arbeitsleistung, sondern nur für die Teilnahme an wenigen mühelosen Sitzungen bezahlt wird, als ein Faustschlag ins Gesicht des notleidenden Bauern bezeichnet werden. Die letzte Generalversammlung lehnte noch dazu eine Kürzung dieser Beträge ab. Das mit dem Schweiß des deutschen Bauern und des deutschen Arbeiters erworbene Geld wirft man solchen Drohnen der Wirtschaft in ihren unersättlichen Rachen, während der darbende Bauer nicht mehr weiß, wie er sich durchhalten soll.

Diese Aufsichtsratsvergütungen sind aber nur Nebeneinnahmen, und die meisten dieser Herren haben sehr viele solcher Aufsichtsratsposten inne, wobei sie für jeden Posten mindestens 10 000 RM. jährlich beziehen. Man rechne sich das nun aus der folgenden Liste aus dem Jahre 1928 der „Bayerischen Beamtenzeitung“ aus:

	Aufsichtsratsposten
Herr v. Schwabach (Bleichröder-Bankhaus)	37
Herr v. Klemperer (Dresdner Bank)	43
Herr Robert Guthmann (Dresdner Bank	45
Herr Nathan (Dresdner Bank)	45
Herr Solmsen (Diskonto-Gesellschaft)	45
Herr Fürstenberg (Berliner Handelsgesellschaft)	45
Herr Oskar Schlitter (Deutsche Bank)	50
Herr Schultze (Kommerz- und Privatbank)	52
Herr Sebernheim (Kommerz- u. Privatbank)	50
Freih. v. Oppenheim, Köln	57
Herr D. Fr. Schröder, Bremen	59
Herr v. Stein, Köln	59
Herr Louis Hagen, Köln	65
Herr O. Weißenberger, Dresden	65
Herr Mill. Hermann (Deutsche Bank)	67
Herr Jak. Goldschmidt (Deutsche Bank)	94

Wer hilft dir nun, deutscher Bauer, daß dieser Zustand beseitigt wird, daß diese Drohnen nicht mehr ernten, was du gesät hast?

Nur die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die ganz allein scharf und rücksichtslos gegen die Ausbeutung des deutschen arbeitenden Volkes durch das Bank- und Börsenkapital, gegen die Beherrschung der Wirtschaft durch internationale Konzerne und Aktiengesellschaften kämpft. Darum, deutscher Bauer, erwache und kämpfe!

Dipl.-Landwirt Hergenröder.

Die versunkene Flotte

Roman von Helmut Lorenz

14 — Nachdruck verboten

„Un as se vorbi wür de groot Bö . . .?“

„. . . seehn wü nix miehr von den Ewer. Wü krüzen noch lang in de ossige See rüm, hebbt em ober nee fund'n . . . he wür weg.“

„Un du hest Vadder Jakob nix van seggt?!“

„Wat kunn ick dat woll ober dat Hart bring'n?!“ Thees faßte mit beiden Händen Kords Hand, „goh du man hin, büst jo de Neuchste doarto“.

Bleich und ernst schritt Kord Roewer die lange Dorfstraße hinauf zum Deich. Blickte nicht rechts und links. Die Leute schauten ihm nach: He geiht'n swoaren Gang!

Im Vorgärtchen bei ihren Rosen stand Großmutter Fieken. Sie sah Kord nahen. Wie verstört seine Miene! . . . Dat wür de Doodesnohricht!

„Harm is bleeb'n!“ schrie sie auf.

„Jo, he is bleeb'n . . .“

Jammernd führte sie Kord hinein in die niedrige Stube. Großvater Jakob stand dort, umfaßte zärtlich Fieken: „Dat hebb ick all weet'n, Mudder, dat hebb ick all weet'n . . .“

Im Zimmer war es still. Die Standuhr tickte. Das Geißblatt rauschte ins offene Fenster. Fieken wimmerte vor sich hin.

Jetzt trat Anna herein. Wie vergrämt und abgesorgt! Trostlosigkeit in den Augen. Sie sah die drei und wußte alles. In wildem Schmerz sank sie auf den Stuhl, warf sich über den Tisch und schluchzte laut.

Still ging Großvater hinaus; er konnte den Jammer nicht ansehen.

Der kleine Gorch stand neben der Mutter, weinte mit und streichelte sie.

„Anna,“ sagte Kord und legte leise die Hand auf ihre Schulter, „kiek din Jung, den lütt'n Gorch. Den heft du jo ook noch um dinen Jonni . . .“

„Jonni!“ die junge Frau fuhr empor, „Jonni! De ward mi ook noch nohm'n! Keen Unglück kummt alleen. Krieg givt dat! Wü hebbt dat leest, Kord. Du weest dat sicher ook.“

Kord konnte nicht mehr trösten. Auch er bekam plötzlich solche Angst um seinen Bruder da draußen, hatte noch den dumpfen Trauersalut aus Kiel im Ohr, dieses drohende Grollen, dieses dumpfe Donnern des nahenden Gewitters!

Wie schwül war es hier drinnen! . . . Leise bat er Anna, mit ihm ins Freie zu gehen.

Schleppenden Schrittes folgte sie. Schweigend gingen die beiden auf dem Deiche hin. Der Bootsmaat blickte mit innigem Mitleid auf die weinende Frau.

Jetzt sahen sie, wie Großvater Jakob auf seinem neuen Ewer drüben am Ufer die schwarzweißrote Flagge halbstocks holte. Langsam sank sie herunter. Kord nahm die Mütze ab . . .

Es war kein Erzherzog dahingerafft, kein hoher Herr in seiner Macht — nur ein schlichter Fahrensmann auf der solten See.

Seit Sonntag, den 28. Juni, jenem schwarzen Tage, hatte sich über das Treiben in Kiel eine lähmende Macht gelegt, allenthalben lauerte sie, kroch unheimlich heran. Das frohe Lachen erstarb unter dem bangen Druck der Sorge.

Ein Teil der Festlichkeiten wurde abgesagt. Noch leuchteten die weißen Segel der schlanken Jachten; aber keine frohen Menschen saßen am Steuer.

Der Kaiser brach am Montag früh zur Abfahrt nach Berlin auf. Stumm und ernst grüßten die versammelten Admirale, auch die englischen. Lautlos stand die Volksmenge, als der Hofzug leise aus der Halle glitt . . .

Bei Hilde Elsberg und Fritz Kämpf hatte sich der Jubel der jungen Herzen nicht zurückdämmen lassen. Sie hörten kaum den Trauersalut, sahen nicht die Flaggen halbstocks wehen, nur hellen Sonnenschein und holdes Glück. Sie freuten sich, noch einige Tage in Kiel beisammen zu sein.

Da kam die Nachricht, daß der Hapagdampfer „Victoria Luise“ sofort nach Hamburg zurückzukehren habe. Für Vater Elsberg, der besorgt die Börsenberichte gelesen hatte, gab es kein Halten mehr. Es drängte ihn die Werftdirektion: die Aufträge seien nunmehr ganz besonders dringlich. Also sofortige Abreise . . . Scheiden . . .

Und nun schlug Fritz Kämpf wieder des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr. So manche Wache war ihm von seinen Kameraden abgenommen worden. Jetzt mußte er sie nachholen. Entschlossen tat er die Schärpe um und ging seine Abendwache. —

Am 30. Juni gegen Mittag machten die englischen Schiffe seeklar. Auf 1 Uhr war die Abfahrt befohlen.

Emsiges Treiben auf „King George V.“. Die Beiboote wurden an Deck geschwungen, alles Bewegliche festgezurrt; ein Fallreep war bereits eingenommen. Ab und zu eine Erschütterung im Schiff; die Maschinen wurden probiert.

Charles Norton hatte als Artillerieoffizier mit dem nichts zu tun. Er saß in seiner Kammer, von Abschiedsschmerz erfüllt.

Wie ein Traum von Glück deuchten ihm die wenigen Tage. Lindernd hatte Erikas Nähe auf ihn gewirkt. Seine hoffnungslose Liebe zu der schönen Frau war jetzt abgeklärt wie ein stilles Wasser. Bis auf den Grund konnte er sehen: keine Trübung mehr durch Leidenschaft. So wollte er sich denn ruhig und gefaßt in das bittere Scheiden fügen.

Eine Ordonnanz brachte Akten. Norton ließ sich am Pulte nieder. Schwer wurde es ihm, seine Gedanken auf die Arbeit zu vereinigen.

Vor ihm lag die Begutachtung eines Artillerieschießens auf größte Entfernungen. Ja, es war richtig, daß die englische Admiralität diese gewaltigen Distanzen anstrebte. Hatten doch die englischen Schiffe eine dünnere Panzerung, dafür aber höhere Geschwindigkeit und größeres Geschoßkaliber. Man wußte genau, daß die deutsche Marine nahe Gefechtsentfernung anstrebte, auf die diesigen Tage der Nordsee rechnend. Ihre stärkere Panzerung mußte dadurch ausgeglichen werden, daß man größte Enfernungen gewissermaßen diktierte und so die Durchschlagskraft der deutschen Geschosse minderte. Zudem entzog man sich dabei der Feuerschnelligkeit der gefürchteten Mittelartillerie. Auch die Torpedowaffe war dann weniger gefährlich.

Richtig, sehr richtig. Aber alles auf einen Konflikt mit Deutschland zugeschnitten, der Macht, mit der man am ersten in Frieden leben sollte!

Es klopfte. Ein Läufer meldete Besuch. Kapitänleutnant Barnow und Erika traten ein:

„Es drängt uns, unserem lieben Freunde kurz vor der Abfahrt noch einmal Lebewohl zu sagen. Als Zeichen der Anhänglichkeit und des treuen Gedenkens hier diesen Strauß!“

Erika sprach es herzlich und legte Rosen auf den Mahagonischreibtisch.

Norton dankte gerührt.

„Wir trennen uns ja nicht auf immer, alter Junge. Die Welt ist klein, wir werden uns schon wiedertreffen.“

„Aber wie, Barnow? . . . Wie?!“

Barnow wußte, worauf die Frage des Freundes deutete. Auch ihn hatte seit Bellevue das bange Ahnen nicht losgelassen. Doch in der Abschiedsstunde sollte es nicht laut werden. Da vereitelte Erika seinen Wunsch.

„Sie glauben doch nicht etwa an Krieg?! Wohin ist die Zuversicht, die Sie vor einigen Tagen noch bei uns äußerten?“

„Krieg, gnädige Frau? . . . Nein, nein . . . Krieg darf es nicht geben! Niemals! Er wäre Wahnsinn und Verbrechen!“

„Das meinen wir alle hier in Deutschland“, bestätigte Erika, „England kann dabei nichts gewinnen, wird sich hüten, auf das falsche Pferd zu setzen.“

„Ein großes Unglück wäre es für alle, auch für uns!“ rief Norton aus.

Barnow schwieg, konnte die Hoffnung, an die sich sein Freund verzweifelt klammerte, nicht teilen. Er lenkte ab und wies auf den Tisch.

„Aha, Artillerietabellen? Sag mal, schießt ihr denn wirklich auf 16 Kilometer?“

„Ob du es glaubst oder nicht — wir tun es!“

„Aber ihr trefft nichts mehr. Fauler Zauber, mit dem ihr uns Sand in die Augen streut. Ernstliche Artilleriewirkung auf so große Entfernungen gibt es nicht.“

„Der Erfolg ist erprobt. Ich könnte ihn dir, wenn ich dürfte, aus diesen Tabellen klar und unwiderleglich beweisen.“

Erika lachte:

„Endlich hat der Hans seinen Meister gefunden. Ja, ja, das kränkt seinen artilleristischen Ehrgeiz.“ Auch der ernste Norton mußte lachen, als sie ihm belustigt zunickte.

„Übrigens, lieber Englishman, warum wetten Sie denn nicht? Das Schießen mit Kanonen ist doch für euch Artilleristen Sport wie jeder andere. Was gilt die Wette?“

„Gut — um eine Flasche Sekt, kredenzt von zarter Hand beim nächsten Wiedersehen!“

„Bin dabei!“ Der deutsche Kapitänleutnant reichte die Hand, und Erika schlug durch.

Trillern der Bootsmannspfeifen an Deck. Bojenmanöver! Es galt zu scheiden. Tief bewegt erhoben sich die drei. (Forts. f.)

„Also doch Gehaltskürzung"?

Der Young-Plan als Totengräber der Berufsbeamten

Der „Deutsche Rundfunk" sowie zahlreiche Zeitungen brachten in diesen Tagen von „zuständiger Stelle" die Mitteilung, daß die Behauptung des Deutschen Beamtenbundes, es sei eine Kürzung der Beamtengehälter beabsichtigt, nicht den Tatsachen entspreche. Zu der aufsehenerregenden Alarmnachricht des Organs des Deutschen Beamtenbundes, die zu dem amtlichen Dementi Veranlassung gab, schreibt die „Nationale Beamten-Zeitung" u. a.:

Unter der Überschrift „Also doch Gehaltskürzung" bringt „Der Beamtenbund", die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, in Nr. 9 vom 31. Januar einen Leitartikel, in dem es unter anderem wörtlich heißt:

„Wenn bisher Gerüchte über Absichten auf Gehaltskürzungen auftauchten, gab es Empörung und Widerrufe und auch empörte Widerrufe. **Heute läßt sich nicht mehr leugnen, daß solche Absichten ernsthaft bestehen und diskutiert werden. Wir wissen, daß, noch bevor Herr Dr. Moldenhauer Reichsfinanzminister wurde, die Frage einer allgemeinen Besoldungskürzung um fünf Prozent erwogen wurde.** Man hatte aber scheinbar eingesehen, daß die Schwierigkeiten, die ihr entgegenstanden, zu große waren. Vor allem scheint ein Gutachten, das im Hinblick auf die Danziger Vorgänge eine Zweidrittel-Mehrheit für das Zustandekommen des Gesetzes im Reichstag verlangte, den Ausschlag gegeben zu haben. Man ließ den Gedanken wieder fallen.

Jetzt ist er erneut aufgetaucht. Diesmal nicht nur vom Reichsfinanzministerium aus, sondern auch aus den Fraktionen der Regierungsparteien und aus Länderkreisen. Die eine Version will lediglich die Heranziehung der Reichsbeamten zu den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die andere eine allgemeine und nach oben schärfer zupackende Kürzung der Gehälter. Eine dritte Auffassung wünscht sogar beides. Wir betonen ausdrücklich, daß es sich hier nicht um vage Gerüchte handelt, sondern um ganz ernsthafte Bestrebungen, die beginnen, greifbare Formen anzunehmen."

Am Schluß meint der Artikelschreiber, daß er sich nicht vorstellen könne, daß sich im Reichstag für diesen Plan eine Zweidrittel-Mehrheit finden werde, selbst wenn Regierung und Regierungsparteien mit solchen Anträgen und Gesetzentwürfen herausrücken sollten. Auch wäre zu hoffen, daß die Bemühungen des Deutschen Beamtenbundes, bei den Parteien des Reichstags aufklärend zu wirken, ihren Erfolg zeitigen würden.

Wie naiv müssen doch die führenden Männer des Deutschen Beamtenbundes sein, wenn sie anscheinend allen Ernstes die Möglichkeit erörtern, daß es gelingen werde, durch einen Appell an die Regierung oder durch Aufklärungen der Regierungsparteien die ungeheueren Wirkungen des Youngplanes, die in absehbarer Zeit ins Grauenhafte sich steigern werden, von einem Teil des Volkes, der aus den Beamten besteht, abzuwenden, einer Entwicklung zu begegnen, die durch die uferlose Erfüllungspolitik der letzten elf Jahre zwangsläufig vorgezeichnet ist. Keine Regierung, keine Partei oder Einzelperson der Erfüllungsfront ist in der Lage oder wird jemals in der Lage sein, die geradezu entsetzlichen Auswirkungen des Youngplanes von auch nur einem einzigen deutschen Beamten fernzuhalten.

Der Deutsche Beamtenbund hat seinerzeit den Dawesplan begrüßt und ist auch Befürworter des Youngplanes gewesen. Wer das getan hat, mußte sich, wenn er ehrlich sein wollte, von vornherein darüber klar sein, daß das ganz ungeheuere, in der Weltgeschichte noch nicht dagewesene Ausmaß der übernommenen finanziellen Verpflichtungen so außerordentliche Opfer von jedem einzelnen deutschen Volksgenossen erfordern würde, daß darüber das gesamte Volk wirtschaftlich zusammenbrechen mußte. Wer sich für Dawes und Young eingesetzt hatte, mußte wissen, daß die aus dieser Erfüllungspolitik sich zwangsläufig ergebenden Wirkungen an keinem Bauer, Arbeiter, Angestellten, Gewerbetreibenden, an keinem Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, an keinem Angehörigen der freien Berufe, Kaufmann oder sonst einem deutschen Menschen vorübergehen würden, ohne tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Schichten und Berufsstände einzugreifen. Das gilt aber in allererster Linie für die deutsche Beamtenschaft. Die Weltfinanz, unterstützt vom Kapitalismus des Inlandes, wird es immer erzwingen, daß die breiten Massen des Volkes die Tributlasten dieser Erfüllungspolitik tragen müssen. Welch lächerliche Vorstellung, zu glauben, man könne eine einzelne Berufsschicht auf Kosten der anderen vor dem drohenden, unausbleiblichen Schicksal bewahren. Nur einer wird davon nicht betroffen werden: das ist der internationale Bank- und Börsenkapitalist als alleiniger Nutznießer der Erfüllungspolitik.

Kennen denn die Herren Erfüllungspolitiker vom Deutschen Beamtenbund nicht die Grundprinzipien für Deutschlands jährliche Belastung, die im Teil VIII des Dawespaktes niedergelegt sind, und die selbstverständlich auch für den Youngplan, den man schamhafterweise den „neuen Plan" nennt, Geltung haben, und die also lauten:

„Deutschland muß auch bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit für seine äußeren Verpflichtungen aus dem Vertrage Sorge tragen."

Und an anderer Stelle:

„Wir lehnen selbstverständlich die Ansicht ab, daß aus Deutschlands Hilfsquellen zunächst seine vollen inneren Bedürfnisse erfüllt werden müssen, und daß für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Vertrage lediglich das verfügbar ist, was ihm etwa an Überschüssen herauszuwirtschaften beliebt."

Bei diesen Grundprinzipien, die auch der Deutsche Bamtenbund sich zu eigen gemacht hat, und die in ihrer brutalen Nacktheit nichts anderes besagen als, daß das deutsche Volk auf ein nicht mehr zu unterbietendes Minimum seiner Lebenshaltung herabgedrückt werden muß, um Tribute zahlen zu können, glaubt der Deutsche Beamtenbund ernstlich daran, es könne ihm gelingen, mit einem Appell oder vielleicht einem lendenlahmen Protest an die Regierung bzw. den Reichstag, oder mit der Phrase einer „Aufklärung" bei den Parteien des Reichstags die Beamtenschaft vor dem so vorgezeichneten Schicksal zu bewahren. Wie schrieb doch der youngfreundliche „Vorwärts" (Nr. 599):

„Wir werden alle Gesetze, auch die sozialpolitischen, ändern müssen nach dem Diktate desjenigen, der uns die Beamtengehälter zahlen hilft!"

Hofft der Deutsche Beamtenbund wirklich, man werde an einer Änderung des Reichsbesoldungsgesetzes von 1927 vorbeigehen, wenn im Interesse der Erfüllung alle sonstigen Lebensgesetze der Nation ins Wanken geraten?

Dawes und Young sind die Totengräber des deutschen Berufsbeamtentums. Dawes und Young werden es für die Folge in immer mehr verstärkten Maße dem deutschen Beamten unmöglich machen, für eine gesicherte Zukunft seiner Kinder Sorge zu tragen.

Möge die deutsche Beamtenschaft allzeit sich dessen bewußt sein. Möge sie vor allem kritisch prüfen, wie die Führer des Deutschen Beamtenbundes gehandelt haben, als über das Schicksal der deutschen Nation und damit zugleich über den Bestand des Berufsbeamtentums entschieden wurde, möge aber schließlich auch der noch im Deutschen Beamtenbund organisierte Beamte sich ernstlich die Frage vorlegen, ob nicht auch ihn ein Mitverschulden trifft, indem er, wie das leider vielfach der Fall ist, aus politischer und wirtschaftlicher Indolenz sich von den Dingen hat treiben lassen, bis sein Schicksal sich unabwendbar vollzogen hatte.

Die „Europa" auf dem Wege nach den Shetland-Inseln. Bremen, 25. Februar. Laut Radiomeldung machte der zur Zeit auf einer Probefahrt befindliche Schnelldampfer „Europa" des Norddeutschen Lloyd am Dienstag seine erste Meilenfahrt an der norwegischen Küste und fährt zur Zeit mit Kurs auf die Shetland-Inseln.

Armes Ungarn

Budapest, 11. Febr.

Verwandtschaft ist doch etwas Schönes. Wie schmerzlich würde es wohl das „Berliner Tageblatt" empfinden, wenn es im nationalen Ungarn keinen Vetter sitzen hätte, der in ebenso entrüsteten Tönen auf die elenden Nationalsozialisten schimpfen und in betroffenen Jammertönen über die Unvernunft eines Volkes stöhnen würde, das einen Minister wie Dr. Becker gehen ließ, dessen Reden zu hören ein Labsal war. Es wäre gar nicht auszudenken, welch ein Verlust das für das nach Aufklärung hungernde Volk der Ungarn wäre, wenn auch zu hoffen stünde, daß die ungarische Intelligenz sich die gedruckte Weisheit des großen „deutschen" Weltblattes dank seiner vielseitigen Sprachbegabung trotzdem lieblich eingehen ließe. Die gütige Vorsehung Jahwes hat jedoch auch dort eine literarisch Pflanze eigener Art erblühen lassen, die zu den Nachtschattengewächsen gehört, auffallend große rot-weiß-grüne Blüten zur Schau trägt und nur leider den Fehler hat, denselben intensiven Knoblauchgeruch zu verbreiten wie eine in die gleiche Kategorie gehörende „deutsche Presse".

Dieses seltene Blümelein nennt sich „Pester Lloyd".

In der Morgennummer vom 2. Februar d. J. läßt sich der Leitartikler dieser ungarischen Tageszeitung in einem „Glossen zum roten Februar" überschriebenen Artikel folgendermaßen vernehmen:

„Vertiefen wir uns in die Psychologie dieser kommunistischen und nationalsozialistischen völkischen Jugend, so können wir nicht nur die gegenseitige Berührung der Gegensätze konstatieren (Leider nur zu oft in unseren Versammlungen! D. Red.), sondern etwas Tieferes und Interessanteres: der Gedanke der Revolution ist hier wie dort bloß Vermummung einer geistigen und seelischen Haltung, die sich in Wahrheit **bald als Dunkelheit, Geistlosigkeit, ja Geistfeindlichkeit entpuppt. In der Tat wird die Haltung dieser Jugend nicht anders verständlich, als wenn man bis in die Tiefenregionen Thomas Mannscher Seelenanalyse vordringt."**

Nun wird besagter Herr Mann in einigen seiner abgrundtiefen Weisheitsoffenbarungen über die Seele der deutschen Jugend zitiert. Dann fährt der Artikel fort: „Eine unbewußte, verdrängte Animosität gegen alles, was nicht interessenmäßig gebunden ist, was sich nicht auf eine einfache platte Formel bringen läßt, beherrscht den Geist der extremen Jugend von heute. Ja, das muß man der Jugend von heute sagen, daß nämlich Revolution nicht mit der Verachtung der Vernunft, mit der Auflehnung gegen den Geist, mit der „Rückkehr zur Natur" gleichbedeutend sei. Dieser Jugend tut Leidenschaft des Geistes not, damit sie die falschen von den echten Propheten unterscheiden lernt, damit sie nicht jedem Dummkopf, der sie mit demagogischen Phrasen verblendet, gedankenlos nachrennt oder nachplappert. Eine innere Gärung des Geistes, eine wahre Bereitschaft der Seele, die ewige Sprungbereitschaft zur guten als gut erkannten, als gut gewerteten Tat, das geht dieser Jugend ab, und zu solchem Zustand der inneren Klärung wird sie sich noch durch schmerzliche Desillusionen und durch strenge Selbstzucht durchdringen müssen."

Der brave Leser müßte hiernach annehmen, daß die Nationalsozialistische Bewegung ein zu bedauernder Verein von schwärmerisch veranlagten Gymnasiasten und politisierenden Hanswursten auf der einen und stumpfsinnigen jugendlichen Gelegenheitsarbeitern auf der anderen Seite wäre, eine Gesellschaft verblendeter armer Idealisten bestenfalls, die erst lernen müßten, ihren verschleierten Verstand zu gebrauchen.

Dieser Erguß steht auf der ersten Seite dieses Journals. Auf der achten Seite der gleichen Ausgabe finden sich am Schlusse eines Artikels „Deutschland — Ein kritischer Tag" folgende Sätze:

„Ein bedenkliches Symptom der innerpolitischen Entwicklung bleibt aber das dauernde Wachstum der Nationalsozialistischen Partei, das seinen seelischen Grund in der Entwurzelung so vieler kleinbürgerlicher Existenzen hat. Viel erörtert ist und bleibt die Frage, wer diese Partei des verarmten, rein gefühlsmäßig gestimmten Kleinbürgers eigentlich finanziert, und man nimmt wohl nicht mit Unrecht an, daß ihr die nicht unerheblichen Mittel, die sie für ihre Propaganda braucht, aus denjenigen Industriekreisen zufließen, die in ihr eine Art Schutztruppe gegen den Marxismus sehen, eine beklagenswerte Auffassung, die sich an ihren Vätern schwer rächen wird. **Die Nationalsozialisten können aber um so mehr auf Zulauf rechnen, je mehr das alte Parteisystem in sich zusammenbricht, wofür die letzten Tage wieder ein so eklatantes Beispiel gezeigt haben."**

Bitte, nur auszusuchen! Wer an den betörten Jugendlichen nicht glaubt, der glaubt vielleicht an den verarmten, gefühlsmäßig gestimmten Kleinbürger. Sicher ist nur, daß dieser wie jener einen geistigen Defekt haben muß. Daß es dem Hebräer aus Budapest, dem Vertreter dessen, „was interessenmäßig gebunden ist," immer ein Rätsel bleiben wird, wie eine nicht vom Kapital oder dem Teufel finanzierte Bewegung so anwachsen kann wie die des Nationalsozialismus, glauben wir gern.

Daß aber führende Ungarn, wie die Minister a. D. Gustav Gratz und viele andere ihre ihre Feder einem Blatt zur Verfügung stellen können, das in so verlogener Weise gegen das erwachende Deutschland kämpft, weil es genau weiß, daß Ungarn in dem kommenden deutschen Staat einen ehrlichen starken Freund hat, der die Stunden gemeinsamen Kampfes und gemeinsamer Not nie vergessen wird, daß diese Herren nicht erkennen, daß hinter den schwulstigen Phrasen dieser Presse mehr steckt als eben nur Phrasen, das verstehen wir nicht!

Ob es daran liegt, daß diese leidige Pest, der „Pester Lloyd", die einzige Zeitung ist, die in Ungarn in deutscher Sprache erscheint, und so im Auslande verstanden werden kann? Oder sollte man um literarischer Lorbeeren willen in Ungarn wirklich die Frage der Rasse außer acht lassen?

Wir können unter Hinweis auf die obige Kostprobe jedenfalls zurzeit nur eines sagen:

Armes Ungarn! F.

Die Stahlhelm-Bundesführer beim Reichspräsidenten. Berlin, 25. Febr. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Der Herr Reichspräsident empfing die Bundesführer des Stahlhelms, die ihm über die in letzter Zeit sich häufenden Überfälle der Linken auf Stahlhelm-Kameraden Vortrag hielten.

Briefkasten

Windsheim. Bestellung auf Werbematerial ohne Anschrift eingegangen; erneuter Auftrag erbeten. Heilgruß! Verlag.

„Volkmar". Briefe dankend erhalten.

Umfrage. Welche nationale Firma liefert Stocknägel? Zuschriften u. Sch. M. L. an Anzeigen-Abteilung des „V. B.", Thierschstr. 11/15.

Bestellzettel für Werbematerial

Gau: .... Ortsgruppe: ....

Nicht beschreiben!

Deutlich schreiben!

Bestellschein

Verlag Frz. Eher Nachf. G.m.b.H., München

Senden Sie mir bitte baldmöglichst ....Pakete*), Päckchen*) Werbematerial zur Verwendung für die Werbeaktion. Spes. von M........ folgen anbei /per Postscheck auf Konto 11346 Amt München. Ich beantrage die Eröffnung eines Werbekontos*). Meine Kontonummer ist ....*).

Adresse:

Name: ....

Wohnort: ....

.... Straße Nr. ....

*) Nichtzutreffendes streichen!

Youngplan-Abzeichen (die offiziellen)

Stück **60** Pf., bei 5 Stück **50** Pf., bei 10 Stück **45** Pf. Wiederverkäufer dafür gesucht!

Parteiabzeichen (groß u. klein) **50** Pf., bei 10 Stück **40** Pf.

Reklame-Marken „Großdeutschland erwache" 1 Bogen **50** Pf., 10 Bogen M. **1.80**

Illustrierte Werbeschrift: „Des Bauern Untergang - der Jude" 1 Stück **10** Pf., bei 10 Stück à **8** Pf., bei 50 Stück à **5** Pf.

Braunhemden M. **6.80**, **Sturmmützen** M. **2.90**, neue Form

Breecheshosen, braun, lt. Vorschrift, Ia Velveton (bis 30. März um ermäßigten Preis) nur M. **9.90**

bei Pg. Paul Arendt, Sulzbach

Verlangt Preisliste! Oberpfalz (Bayern)

Mosel-Weine kauft man nur von **Parteigenossen**

1927er Wolfer Lauferberg 1,40
„ „ „ Goldgrube 1,50
1928er „ Lauferberg 1,70
„ „ „ Goldgrube nat. 2,–

die Flasche inklus. Glas, Kiste und Ausstattung. Ziel 3 Mon. Bei frachtfreier Rücksendung pro leere Flasche 20 Pf. Vergütung, evtl. in Aufrechnung b. Nachbestellung. Lieferung nur in 30er u. 50er Kisten. Berechnete Proben auf Wunsch.

Rudolf Meisheimer, Diplomlandwirt, Weingutsbesitzer, Wolf/Mosel

10 n. Rosen	4 M.
25 n. Rosen	8 M.
50 n. Rosen	15 M.
10 Johannisb.	4 M.
25 Johannisb.	8 M.
10 Schlingrosen	6 M.
10 Himbeerruten	1 M.
100 Erdbeeren Ia	4 M.

Baumschulen J. Schlind, Pg., Mettmann (Rhld.)

Versteigerungshalle Petzold Augsburg

Fortlaufend freihändiger Liquidationsverkauf von

Schrank-Gramolas und **Tisch-Gramolas**

zu äußerst günstigen Gelegenheitspreisen

Fritz Petzold gerichtl. Schätzmeister am Amtsgericht Augsburg

Geschmackvolle Ausführung und Umarbeitungen sowie Reparaturen v.

Goldschmiedearbeiten

Otto Gahr, Goldschmied und Ziseleur, München Mariannenstr. 3/3 l.

„Ihre Abhandlung ... hat mich ergriffen wie selten eine Schrift in meinem langen Leben"

schrieb A. Geistbeck über das durch die Buchhandlung **Franz Eher Nachf. G. m. b. H. München, Thierschstr. 11** zu beziehende Buch:

Vogel Denke und fühle deutsch

Preis kartoniert M. 1.50

Musik **Musik**

Alles was Sie an Musik gebrauchen, ob Noten, Musikinstrumente aller Art, Sprechmaschinen, Elektrola u. die neuesten Platten, Trommeln, Pfeifen, **Pianos, Harmoniums.** Billigste Bezugsquelle bei **Pg. Hugo Reiber, Heidelberg, Brückenstr. 8**

Musik **Musik**

Heilquelle Tafelwasser Silvana

Groschlattengrün, Fichtelgebirge

Brunnenverwaltung München 23

Kaiserstr. 18 / Fernspr. 32196

30 ⅟₁ Flaschen 9 Mark, mit Weinen, Säften, Milch ohne Trübung mischbar.

Briefmarken-Sammler verlangt Auswahl ohne Kaufzwang. Zus. postlr. eingeschr. Bedingung: Ebens. Rücksend. innerhalb 5 Tagen. Schwerkriegsbesch.äd. Bruno Bermanseder Neresheim - Dossingen Nr. 12. (Württ.)

Laufend vollfrische, gestempelt.

Trinkeier von Pg. aus eigener Hühnerfarm an Private abzugeben. Stück 18 Pf., 55—65 Gramm schwer.

Andreas Seidl, Schwandorf in Bayern.

Hakenkreuzring

Ring Doublé	3.50
Ring Silber	5.50
Ring echt Gold	15.
Anhänger Silber	3.50
Anhänger echt Gold	9.50

Verlobungsringe, 585 gestempelt, Paar 34.—

Gravierung gratis. Verlangen Sie kostenlos Ringmaß.

Juwelier Schwabe Apolda. Gegründet 1901.

Wer beteiligt sich

still oder tätig an der praktischen Durchführung einer weltumwälzenden(!) Erfindung (**Ergebnis langjähriger Forschung!**) bezüglich **Erzeugung** von Kraft, Licht und Wärme? Forscher ist Fachmann von Weltruf (Ingenieur). Größere Mittel nicht erforderlich. Kapital wird auf Wunsch sichergestellt. Vermittler nicht erwünscht. Anfragen u. **Weltproblem 10837** an den „V. B."

Billige Bücher

Nachstehend aufgeführte Bücher geben wir zu bedeutend herabgesetzten Preisen ab, da dieselben geringe Fehler aufweisen

Frank/Altmann, Tonkünstler-Lexikon 1926. Leinen . . statt 10.– **5.00 M.**

Deutschbein-Mutschmann, Handbuch der englischen Grammatik. Leinen . . . . . statt 8.— **5.00 M.**

Menzer, Eine Vorlesung Kants über Ethik. Broschiert . . statt 8.— **4.50 M.**

Becher, Einführung in die Philosophie Leinen . . . . statt 12.50 **8.00 M.**

Laue, Das französische Schulwesen Leinen . . . . statt 5.— **3.00 M.**

Paul W., Suchen u. Finden i. Chemieunterricht. Halbl. . statt 4.80 **3.60 M.**

Wagner Jul., Einführung in die Pädagogik als Wissenschaft. Leinen . . . . . statt 8.— **5.00 M.**

Behm K., Erholungsfürsorge. Ein Leitfaden zur Arbeit an erholungsbedürft. Kindern. Leinen statt 6.— **4.00 M.**

Schmeil O., Tiertafeln für Schule u. Haus. Leinen . . . . statt 4.40 **3.00 M.**

Wecken, Taschenbuch für Familiengeschichtsforschung. 3. Auflage. Halbleinen . . . statt 6.50 **4.50 M.**

Da die Bücher größtenteils nur einmal vorrätig sind, behalten wir uns Zwischenverkauf vor. Weitere billige Bücherangebote veröffentlichen wir an gleicher Stelle in drei Tagen.

Buchhandlung **Frz. Eher Nachf., München 2, NO**

Postscheckkonto München 11346 Thierschstraße 11/15

Eier Butter Schmalz Fette Honig

Nur Qualitätsware, bei **Babette Koller** Viktualienmarkt, Stand 70 gegenüber dem Cafe Neumayr. Telephon 22628.

1—2 sonnige, schön möbl.

Zimmer

sofort oder später zu vermieten. München, Mannhardtstraße 3/2, l., Gths.

Möblierte, helle

Kammer

an Herrn oder Fräulein **sofort zu vermieten.** Zentr. Lage. **Mathildenstr. 10 o r. Rückgebäude.**

Jg., solider S. A.-Mann, 2? Jhr., Autoschlosser, **sucht Stellung** auch als **Chauffeur** Führerschein 3b. Angeb. unt. 10844 a. d. V. B.

Kaufmann

25 Jahre, Pg., perfekter Buchhalter, steuerkundig, auch jeder körperlichen Arbeit gewachsen, **sucht Stellung, gleich welcher Art.** Angeb. unt. 10843 a. d. V. B.

Tüchtiger

Maler

19 Jahre alt, an intensives Arbeiten gewöhnt, firm in Dekorations-, Möbel- u. Freihandmalerei sucht per sofort Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden. Angebote an S. A.-Mann Alfred Reidhardt, Glauchau i. Sa., Theaterstr. 54.

Landw. Beamter, Pg., 24½ J. alt, seit 3 J. in ungekünd. Stellung als 1. Feldbeamter, sucht Vertrauensstelle als

alleiniger Beamter

unt. Chef auf größ. Gut. Beste Empfehlungen und persönl. Auskünfte. Bin Reiter u. Motorradf. Angeb. u. 10827 a. d. „V.B."

Junger

Hochfrequenz-Ingenieur

sucht Anfangsstellung zum 1. April oder später in Industrie oder Handel **b. bescheiden. Ansprüchen.** Offerten unter Nr. 10845 an den „V. B."

Älterer Herr kaufmännisch und technisch gebildet, mit vielseit. Kenntnissen und Erfahrungen, rüstig u. beweglich, als Landw.-Offizier an den Kämpfen b. Arras u. Loretto teilgenommen, E. K. I, sucht

Tätigkeits- und Wirkungsfeld

in dtsch.-völk. Kreisen. Zuschr. erbeten unter 10835 an die Geschäftsstelle des „V. B."

Pg., 21 Jhr., mit Fachschulausbildung sucht Stellung als

Feinmechaniker oder Mechaniker

Angebote unter 10836 an den „V. B."

Altangesehenes, gut eingeführtes

Fahr- u. Motorrad-Geschäft

verbunden mit gutbeschäftigter **Reparaturwerkstätte,** an Pg. zu angemessenem Preise **abzugeben** wegen anderweitiger Etablierung. Lage im Mittelpunkt von Wiesbaden. Zuschriften unter „10838" an den „V. B."

Wir vergeben

an jedermann leichte Beschäftigung von der Wohnung aus usw., auch als Nebenerwerb, nach unseren Arbeitsunterlagen.

Monatsverdienst bis 600 Mark

Beginn u. Verdienst sofort. Kapital nicht erforderl.

Nees - Versand - Gesellschaft m. b. H. Münster i. W. Nr. 336

Verlangt in allen Gasthöfen u. Restaurants unsere **Zeitung!**

S.O.S.!

Wo findet aufgeweckter, intelligenter **Kaufmann**

Pg., 25 Jahre alt, Primareife, sprachkundig, gewandt, unbedingt vertrauenswürdig, **Stellung?**

Kaution, evtl. auch kleine **Beteiligung** möglich. Freundliche Zuschriften bitte zu richten an **Bruno Schneider, Berlin NW 21,** Bredowstraße 23.

Such die Welt im Buch

Buchhandlung Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München 2 NO 2 Thierschstraße 11

Empfehlenswerte Gaststätten

München

Gasthaus „Gartenlaube"

Blutenburgerstr. 106 (Straßenbahnlinie 1, 4, 11, Hindenburgplatz) — Spatenbräubier, vorzügliche bürgerliche Küche, schöner Garten. Lokal der S.A. Telephon 63615

Weinhaus 's Klauserl Hochbrückenstraße 14

Tel. 28786. Nähe Hofbräuhaus. **Mittwoch u. Samstag großer Faschingsrummel. U-Boot-Klauserl mit Polizeistundenverlängerung und Tanz. Eintritt frei.** Inh.: Hans Sachsenhauser

„Konditorei-Café Fischer"

Adalberstr. 41a (nächst Ecke Barerstr.), Trambahn-L. 10 u. 20, Tel. 27972. Gemütliches Tages- u. Abend-Café. Gut bürgerlicher Mittagstisch M. 1.— **Samstag und Sonntag fidele Faschingsveranstaltungen mit Tanz.** Parteibl. liegen auf. **Sonntags früh 5 Uhr geöffnet**

Wild-West Völkische Gaststätte, Rosengasse 2? - Bes. Zacharias Wenze - Tel. 27424 - Guten bürgerlichen Mittagtisch. Reichhaltige Abendkarte, ff. Biere, gut gepflegte Weine, Tee und Kaffee mit ff. Gebäck. Treffpunkt aller Nat.-Soz. in Nürnberg.

Lia Teufel „Georg-Ritter", Hummelsteinerweg 8? - Speiserestaurant - Vom Hauptbahnhof, Südausgang, in 3 Min. erreichbar. Treffpunkt aller Nationalsozialisten - ff. Biere, Weine, Kaffee usw. - Jeden Freitag Metzelsuppe - Samstag und Sonntag Konzert - Aufmerksame Bedienung.

Nürnberg

„Batzenhäus'l" Altdeutsche Wein- u. Bierstube - Jakobstraße 50 (hinter der Jakobskirche). Telephon 25893. Spez. Tiroler Weine sowie Pfälzer Weine. Bier von der Stadtbrauerei Roth. Champagner-Weizenbier - Jeden Dienstag Metzelsuppe. Georg Steichele

Augsburg

Gaststätte Café Schachamayer

Restaurateur Leonhard Zach. Vereinshaus des D.H.V. - Treffpunkt der N.S.D.A.P. - „V. B." liegt auf. Säle und Nebenzimmer im 1. und 2. Stock

Bad Kreuznach

Schwarz-weiß-rot Hotel Fehner, Steingasse 6. Zentralheizung, fließend Wasser. Parteilokal d. Nationalsozialisten

Besuchen Sie diese Gaststätten!

Dieser Raum darf nicht beschrieben werden! Eingang-Stempel

Gutschein Nr. 9 (Der Gutschein hat 7 Tage Gültigkeit.) Der Einsender dieses Gutscheines ist berechtigt, in unserem Blatte „Völk. Beobachter" eine Gelegenheitsanzeige (Stellengesuche, -Angebote usw., ausgeschlossen sind reine Geschäftsanzeigen) in der Höhe von 30 mm einspaltig (7 Petitzeilen) aufzugeben, gegen Einsendung von Schreibgebühren von 40 Pf. Für größere Inserate ist der entsprechende Zuschlag (5 Pf. pro mm-Zeile) durch Einsendung des Betrages im Brief oder auf Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München 11346 oder durch usw. an Verlag „Völk. Beob." München Thierschstr. 11, zu bezahlen. Wir bitten dabei anzugeben: „Zuschein Nr. 9". (Belegexempl. können nicht versand werden.)

Verlag „Völk. Beobachter", Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., Anz.-Abt. Thierschstr. 11

Text ....

Deutlich schreiben

Name ....

Wohnort ....

Straße Nr. ....

9